

### **3. Faktoren des Kriegsausbruchs**

Neben der im zweiten Kapitel dargestellten historischen Analyse der Entwicklung Bosniens und des Libanon sind weitere Faktoren von Bedeutung für das Verständnis der besonderen Situation beider Staaten, die zum Bürgerkrieg führten. Sechs Elemente beleuchten die politische, soziale und wirtschaftliche Lage der beiden Länder vor und während des Krieges. In staatlichen Institutionen und Parteien offenbarten sich die Spannungen, während die angespannte wirtschaftlichen und soziale Lage dazu beitrug, die Gesellschaft in die Krise zu treiben. Einen weiteren Faktor von Bedeutung bildet die Instrumentalisierung der Religion und die Stellung der Kirchen. Anschließend werden den Medien als Spiegel und Verstärker gesellschaftlicher Entwicklungen dargestellt. Schließlich wird der Einfluß der Nachbarstaaten auf die Entwicklung kurz betrachtet.

Der Schwerpunkt der Darstellung liegt in der Zeit vor Ausbruch des Krieges. Die Weiterentwicklung während des Krieges wird nur dann gestreift, wenn dies nötig ist, um das Verständnis der Bedeutung der jeweiligen Faktoren zu verdeutlichen.

#### **3.1. Institutionen**

Die Rolle der staatlichen Institutionen ist in doppelter Hinsicht ein zentraler Bestandteil des Verständnisses der Krise in Bosnien und im Libanon. Differenzen über die Ausgestaltung der politischen Institutionen bildeten eine Kriegsursache und zugleich drückte sich im politischen System die Vielschichtigkeit der beiden Staaten aus. Während die meisten Maroniten in Libanon am Status-Quo festhalten wollten, streben viele Muslime eine Neuverteilung der konfessionellen Postenverteilung an. In Bosnien setzten sich die meisten Muslime hingegen für einen Zentralstaat ein, während Kroaten und Serben meist eine Dezentralisierung bzw. die Zerschlagung des Staates in nationale Para-Staaten anstrebten.

##### **3.1.1. Bosnien-Herzegowina**

Während im Libanon vor und während des Krieges das gleiche politische System bestand, änderte sich in Bosnien das System. Dieser Systemwechsel von einem kommunistischen Staat zu einer demokratischen Republik war von dem Staatszerfall Jugoslawiens begleitet. Bereits vor den bosnischen Wahlen Ende 1990 nahm der Einfluß Jugoslawiens als Bundesstaat auf Bosnien ab. Dagegen verstärkte sich die Einmischung der Nachbarrepubliken, Kroatien und Serbien, in die internen Angelegenheiten Bosniens (vgl. Kapitel 3.6.1.).

Die Wahlen im November 1990 und die daraufhin gebildete Koalition stellten den ersten größeren institutionellen Wandel dar. Der zweite Bruch erfolgte mit dem Kriegsausbruch im April 1992 durch den Zerfall der staatlichen Autoritäten und dem Entstehen von drei parallelen politischen Systemen. Der muslimisch-kroatische Föderationsvertrag 1994 änderte an dieser Teilung de facto nichts. Der Friedensvertrag von Dayton stellte hingegen „Bosnien-Herzegowina“ (ohne den Zusatz Republik) wieder her. Die auf den neuen bosnischen Staat bezogenen Institutionen sind jedoch so schwach ausgeprägt, daß die Teilung in zwei bzw. drei Teile fortbesteht.

Diese Entwicklung erfordert die gleichzeitige Betrachtung mehrerer institutioneller Gefüge. Am Anfang steht die Struktur Jugoslawien in den achtziger Jahren und die Rolle der Republik Bosnien-Herzegowinas in diesem Bundesstaat. Anschließend werden die Institutionen Bosniens nach der Wahl bis zum Kriegsausbruch analysiert.

Obwohl Bosnien erst gleichzeitig mit Ausbruch der Krieges formal unabhängig wurde, ist die Funktion des jugoslawischen Bundesstaates bereits 1990 so stark begrenzt, daß er spätestens nach den Wahlen nur noch eine untergeordnete Rolle spielt (mit der Ausnahme der Bundesarmee). Abschließend sollen die Institutionen der nationalen politischen Einheiten betrachtet werden, die auf dem Territorium Bosniens mit Kriegsausbruch entstanden sind.

#### *Bosnien als Republik des föderalen Jugoslawien*

In den siebziger Jahren führte Tito eine Trennung von Staats- und Parteiämter ein. Weiterhin wurden die wichtigsten Staatsorgane umorganisiert und weitgehend dezentralisiert. Diese Abkehr vom demokratischen Zentralismus änderte jedoch nicht die Machtverteilung im Staat. So dominierten lange Zeit die Partisanengeneration des BdK: „The principle of rotation of offices and the separation between state and party functions did not weaken the grip of the ex-Partisans. It simply meant that a larger number of them joined in the game of musical chairs, occupying a different seat each time the music stopped.“<sup>1</sup>

Im Zentrum der Restrukturierung Jugoslawiens stand die Verfassung von 1974, die länger als alle ihre drei Vorgänger (1946, 1953, 1963) in Kraft blieb,<sup>2</sup> und die Föderalisierung des Bundes der Kommunisten. Bereits vor 1974 war der Staat föderal organisiert, da der Bund der Kommunisten jedoch zentralistisch organisiert war, blieb die reale Eigenständigkeit der Republiken eingeschränkt. Dieser Dualismus war in Wirklichkeit eine Täuschung: „Während die staatliche Organisation auf dem Prinzip des Föderalismus aufgebaut war, gründete sich die Organisation der Kommunistischen Partei auf den demokratischen Zentralismus. Diese zwei Prinzipien schließen sich untereinander aus. Deshalb hat in Wirklichkeit *das Parteiprinzip des demokratischen Zentralismus das Prinzip des Föderalismus in den staatlichen Organen beherrscht.*“<sup>3</sup> Die Dezentralisierung des Bundes der Kommunisten schuf faktisch ein kommunistisches Mehrparteiensystem. Die Republiksparteien konkurrierten miteinander auf der Bundesebene, insbesondere nach dem Tod Titos 1980. Die Föderalisierung der Partei ermöglichte dementsprechend erst die Dezentralisierung auf staatlicher Ebene.<sup>4</sup>

Die Verfassung wertete weiterhin die Republiken und autonomen Provinzen auf und gab Jugoslawien eine konföderale Form. Sie enthielt jedoch unklare Aufgabenverteilungen und widersprüchlichen Regelungen. Die Verfassung, die mit 406 Artikeln zu den längsten der Welt gehörte, gilt allgemein als ein komplexer Gesetzestext mit vielen Mängeln. Sie bringt die schwierige Balance zum Ausdruck, die der Bund der Kommunisten versuchten zwischen allen Gruppen Jugoslawiens herzustellen. Die wichtigsten Bundesämter wurden nach einem Nationenschlüssel aufgeteilt, was die

---

<sup>1</sup> Fred Singleton, A Short History of the Yugoslav Peoples (Cambridge 1985) 255.

<sup>2</sup> Für die wichtigsten Auszüge aus der 1. Verfassung (1946) und der Verfassung von 1974 s. Snežana Trifunovska (Hg.) *Yugoslavia through Documents. From its creation to its dissolution* (Dordrecht/Boston/London 1994) 212-233.

<sup>3</sup> Ivan Kristan, Föderalismus und demokratischer Zentralismus, in: *Internationale Politik*, 5.-20.7.1990, Nr. 966 f., Jhrg. 41, 6.

<sup>4</sup> Hierzu s. Najdan Pašić, Vom zentralistischen zum dezentralistischen Bundesstaat, in: *Probleme des Föderalismus. Deutsch-Jugoslawisches Symposium, Belgrad 1984* (Tübingen 1985) 59-69.

nationale Identität der Bürger stärkte. Die Republiken wurden als Vertreter der jeweiligen Nation anerkannt und konnten dementsprechend eine nationale Politik innerhalb Jugoslawiens führen. Da in Bosnien keine Nation vorherrscht, bemühte sich die Republik stets um einen Interessensaustausch der anderen Republiken.<sup>5</sup>

Nach dem Tod Titos wurde in Jugoslawien ein Kollektivorgan, das Präsidium der SFRJ, zum obersten Staatsorgan. Das Präsidium bestand jedoch bereits seit 1971, um die Nachfolgefrage Titos zu klären.<sup>6</sup> Ihm gehörten jeweils ein Vertreter aller Republiken und autonomen Provinzen an, die von der jeweiligen Versammlung gewählt werden. Das Präsidium besaß das Initiativrecht bei der Gesetzgebung, vertrat den Staat nach außen und war Oberbefehlshaber im Kriegsfall (Art. 313, 316 und 317). Der Präsident des Präsidiums und sein Stellvertreter wurden jährlich neu gewählt. Sie durften nicht aus der gleichen Republik bzw. Provinz stammen. Der Vorsitzende des Präsidium war somit nicht das Staatsoberhaupt, sondern nur der Vertreter des Staatsoberhaupts und konnte nur in wenigen Bereichen alleine entscheiden. Die meisten Beschlüsse mußten entweder mit einer einfachen oder sogar mit einer zweidrittel Mehrheit verabschiedet werden. Diese Föderalisierung des höchsten Staatsamtes wirkte der Vorherrschaft einer Republik entgegen. Zugleich konnte es Entscheidungen schwierig machen und am Ende Jugoslawiens wurden tatsächlich kaum mehr Entscheidungen in diesem Organ getroffen.<sup>7</sup>

Die Regierung, offiziell Bundessexekutivrat genannt, wurde von der Versammlung des Bundesstaates gewählt und war diesem gegenüber verantwortlich. Die Kompetenzen des Exekutivrats lagen in der Durchführung von Gesetzen und der Vorlage eines Haushaltsentwurfes. Der Vorsitzende des Bundessexekutivrates läßt sich mit dem Posten eines Premierministers vergleichen.<sup>8</sup> Auch in der Regierung mußten alle Republiken gleichberechtigt vertreten sein. Der Bundessexekutivrates war jedoch das einzige höhere Organ, daß nicht nach einem Nationalitätenschlüssel aufgegliedert wurde. Trotzdem mußte ein Gleichgewicht gehalten werden und der Vorsitzende sollte jedes Mal aus einer anderen Republik stammen. Trotzdem waren drei der fünf Vorsitzenden seit 1974 Kroaten. Zwei Mal war Bosnien vertreten (durch einen Muslimen und einen Kroaten).<sup>9</sup>

Das Parlament bestand aus zwei Kammern: Bundesrat und Rat der Republiken und Autonome Provinzen. Im Gegensatz zu anderen kommunistischen Staaten hielt das Parlament häufige Sitzungen und es kam in Ausschüssen zu regulärer Parlamentsarbeit. Die Aufgaben entsprachen den klassischen Kompetenzen von Parlamenten.

Der Bundesrat besaß 220 Mitglieder (30 pro Republik, 20 pro autonome Provinz). Die Kandidatenlisten wurden vom Sozialistischen Bund der Werktätigen aufgestellt. Diese

---

<sup>5</sup> Singleton, A Short History of the Yugoslav Peoples, 262 f.

<sup>6</sup> Vgl. Ebd., 255 f.

<sup>7</sup> Monika Beckmann-Petey, Der jugoslawische Föderalismus (=Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas 29, München 1990) 142-153; Jovan Djordjević, Die föderale Ordnung - ihre Formen und Struktur in Jugoslawien, in: Probleme des Föderalismus. Deutsch-Jugoslawisches Symposium, Belgrad 1984 (Tübingen 1985) 85-105.

<sup>8</sup> Um die umständliche Bezeichnung "Vorsitzende des Bundessexekutivrates" zu vermeiden dieser Posten als Premierminister bezeichnet.

<sup>9</sup> Vojin Dimitrijević, The 1974 Constitution as a Factor in the Collapse of Yugoslavia or as a Sign of Decaying Totalitarianism (= EUI Working Papers RSC 94/9, Florenz 1994) 22 f.

Listen enthielten bei den meisten Wahlen in Jugoslawien mehr Kandidaten als Delegierte, so daß die Wähler eine begrenzte Wahlmöglichkeit besaßen. Eine Verfassungsänderung im Mai 1990 sollte eine direkte Wahl in den Wahlkreisen ermöglichen. Statt Bundeswahlen kam es 1990 jedoch nur zu Wahlen auf Republiksebene, so daß die Neuregelung keine Anwendung fand.

Der Rat der Republiken und Autonomen Provinzen ist vergleichbar aufgebaut (88 Mitglieder, 12 pro Republik, 8 pro Autonome Provinz). Im Gegensatz zum Bundesrat wurden die Abgeordneten nicht gewählt, sondern von den Versammlungen der Republiken und Autonomen Provinzen entsandt. Die Abgeordneten waren zugleich Republiksabgeordnete und stellte eine Verbindung zwischen Bundesstaat und seinen Bestandteilen dar. Bei Verfassungsänderungen wurde nach dem Einstimmigkeitsprinzip entschieden (für die Kompetenzen des Parlaments s. Art. 283) Keine der beiden Kammern repräsentiert die Bevölkerung gemäß ihrem Anteil in den Republiken. Im Vordergrund stand eine Balance zwischen den Republiken. So kamen auf einen Abgeordneten aus Montenegro im Bundesrat 30.000 Einwohner, im Kosovo jedoch etwa 100.000 Einwohner.

Monika Beckmann-Petey vergleicht diese Kammer des Parlaments mit dem Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft bzw. heute die Europäische Union.<sup>10</sup> Im Gegensatz zum jugoslawischen Parlament findet im Ministerrat der EU eine Gewichtung der Länder statt. Der Vergleich der Struktur beiden Parlamentskammer mit dem Ministerrat der EU verdeutlicht den fortgeschrittenen Grad an Dezentralisierung in Jugoslawien.

Bosnien besaß wie alle anderen Republiken eine eigene Verfassung und Staatssymbole, wie eine Flagge und Hymne. Die Einwohner der Republiken besaßen auch eine eigene Republiksangehörigkeit. Die wichtigsten Kompetenzen der Republiken bezogen sich auf Wirtschaftslenkung, Soziales, innere Sicherheit, Steuerwesen, Wissenschaft und Kultur. Im Sinne eines föderativen Staatswesens finanzierten die Republiken den Bund (ab 1989/90 zahlten die meisten Republiken nicht mehr ihre Abgaben an den Bundesstaat).<sup>11</sup> Trotzdem wird ihnen in der Verfassung von 1974 keine volle Souveränität zugestanden. In allen jugoslawischen Verfassung seit dem zweiten Weltkrieg verfügen den Republiken jedoch über das Recht auf Sezession. Das Sezessionsrecht war jedoch nicht klar definiert, da es sich in lediglich in den Verfassungsgrundsätzen fand und somit keinen normativen Charakter besaß. In der Verfassung werden weiterhin separatistische Aktion unter Strafe gestellt. In Folge kann man davon ausgehen, daß bei der Verabschiedung der Verfassung die Kommunistische Partei und insbesondere der wichtigste Autor Edvard Kardelj eine Sezession nicht vorhersahen und diesen Verfassungsgrundsatz im Rahmen der Föderalisierung einfügten, ohne damit rechtliche Ansprüche schaffen zu wollen. Zudem bezieht sich das Sezessionsrecht der Präambel nicht auf die Republiken, sondern auf die Nationen Jugoslawien.<sup>12</sup> Die rechtliche Bedeutung des Verfassungsgrundsatzes der Sezession war

---

<sup>10</sup> The Constitution of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, 21.2.1974, in: Trifunovska (Hg.) Yugoslavia through Documents, 224-233; Beckmann-Petey, Der jugoslawische Föderalismus, 142-153.

<sup>11</sup> Beckmann-Petey, Der jugoslawische Föderalismus, 118.

<sup>12</sup> „The nations of Yugoslavia, proceeding from the right of every nation to self-determination, including the right to secession, on the basis of their freely expressed common struggle of all nations and nationalities in the National Liberation War and Socialist Revolution, and in conformity with

stets umstritten. Erst 1990/91 erlangte dieses Debatte eine praktische Bedeutung. Das Sezessionsrecht für Nationen ist unklar, da die Nationen keine Repräsentationsorgane besaßen und somit nicht über eine Sezession entschieden konnten. Kroatien und Slowenien waren der Meinung, daß sich die Republiken als Vertreter der slowenischen bzw. der kroatischen Nation von Jugoslawien loslösen könnten. In Bosnien hingegen gab es drei anerkannte Nationen, so daß die Zustimmung aller drei im Falle der Sezession nötig gewesen wäre. Die bosnischen Serben boykottierten jedoch überwiegend das Referendum, was dessen Legalität in Frage stellt. Zu diesem Zeitpunkt, im März 1992, waren Slowenien und Kroatien bereits unabhängig, so daß das alte Jugoslawien nur sehr bedingt fortbestand.<sup>13</sup>

Die Regierung in Bosnien war der Exekutivrat, dessen Struktur jener des Bundessexekutivrats entsprach. In Bosnien, wie in den anderen Republiken auch, bestand das Parlament aus drei Kammern: Der Rat der assoziierten Arbeit (120 Mitglieder), der Rat der Gemeinden (60 Mitglieder) und der gesellschaftspolitische Rat (60 Mitglieder). Der Rat der assoziierten Arbeit war bis 1989 gemeinsam mit dem gesellschaftspolitischen Rat für die Wirtschaft zuständig. Später verstand der Rat der assoziierten Arbeit nur die sozialistische Selbstverwaltung. Innere Sicherheit und Justiz verstanden dem gesellschaftspolitischen Rat. Am wenigsten Kompetenzen hatte der Rat der Gemeinden, der sich mit dem Personenstandsrecht und Meldewesen beschäftigte. Die drei Kammern entschieden gemeinsam über den Haushalt und Verfassungsänderungen.<sup>14</sup>

Weder in Jugoslawien, noch in Bosnien, wurde eine Vertretung für „Jugoslawen“ gesichert. Während alle anderen Nationen nach Schlüsseln ihre Ämter zugeteilt bekamen, blieben alle jene, die sich als Jugoslawen deklarierten (1981: 6 %), keine Repräsentation im Staat zugesprochen. Die Notwendigkeit von allen Politikern, auch wenn sie aus gemischten Ehen stammten oder sich als Jugoslawen empfanden, sich zu einer Nation zu bekennen, verstärkte die nationalen Trennungslinien auf politischer Ebene. Der einzige „Jugoslawe“ in Jugoslawien war somit Tito bis zu seinem Tod 1980.<sup>15</sup>

Ähnlich wie in anderen kommunistischen Ländern war die jugoslawische Verfassung und die in ihr ausgearbeitete Ordnung lange Zeit nur Fassade der Diktatur der jeweiligen kommunistischen Partei. Die Föderalisierung des Staats und die gleichzeitige Föderalisierung der Partei hat jedoch Jugoslawien bereits Mitte der siebziger Jahre

---

their historic aspirations, aware that further consolidation of their brotherhood and unity is in common interest, have together with the nationalities with which they live, united in a federal republic of free and equal nations and nationalities...“ Präambel, The Constitution of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, 21.2.1974, in: Trifunovska (Hg.) Yugoslavia through Documents, 224; Beckmann-Petey, Der jugoslawische Föderalismus, 124-131.

<sup>13</sup> Zur Interpretation des Sezessionsrechts in Jugoslawien s. Ciril Ribičić, Self-determination in Yugoslavia, in: Konrad Ginther, Hubert Isak, Self-determination in Europe. Proceedings of an International Workshop held at the Akademie Graz, July 5-6, 1989 (Wien-Köln-Weimar 1991) 87-95; Dimitrijević, The 1974 Constitution as a Factor in the Collapse of Yugoslavia, 16 f. Für weitere Literaturhinweise s. Ingo von Münch, Das Recht auf Sezession, Völkerrechtliche Aspekte der Kriese Jugoslawiens, in: Josip Furkes, Karl-Heinz Schlarb (Hg.) Jugoslawien: Ein Staat zerfällt. Der Balkan - Europas Pulverfaß (Reinbek bei Hamburg 1991) 193-199.

<sup>14</sup> Beckmann-Petey, Der jugoslawische Föderalismus, 131 f., 190-192, 207.

<sup>15</sup> Dimitrijević, The 1974 Constitution as a Factor in the Collapse of Yugoslavia, 21.

fragmentiert. Da ab 1980 keine gesamtjugoslawischen Politiker mehr existierten, sondern vielmehr die Republiken und Provinzen ihre Politiker für den Bundesstaat delegierten, konnten viele Politiker der jüngeren Generation neue Legitimität durch die Vertretung der Partikularinteressen der jeweiligen Republik erlangen. Der Schritt zum Nationalismus wurde somit sehr klein.<sup>16</sup>

#### *Bosnien nach den freien Wahlen*

Da das institutionelle System Bosniens nach den Wahlen 1990 nur zwei Jahre Bestand hatte, lässt sich die Funktionsweise der Institutionen nicht von den politischen Entwicklungen getrennt betrachten. Somit erhalten politische Akteure in der Beschreibung der Institutionen Bosniens zwischen 1990 und 1992 eine größere Bedeutung, als bei der Darstellung der Institutionen des Libanons oder Bosniens vor 1990.

Mit den Wahlen im November und Dezember 1990 wurden die Institutionen in Bosnien geändert. So erhielt das neue bosnische Parlament (*Skupština*) nur zwei Kammern: Die Bürgerkammer (*Vijeće Gradanstvo*, 130 Abgeordnete) und die Gemeindekammer (*Vijeće Opeina*, 110 Abgeordnete). Das Parlament wurde entgegen den formalen Kompetenzen von den meisten Entscheidungen ausgeschlossen. Dies war möglich, da die drei nationalen Parteien es mit Hilfe von Absprachen umgingen.

Weiterhin wurde ein Staatspräsidium aus sieben Mitgliedern geschaffen. Das Vorbild für die Einrichtung war das Präsidium der SFRJ. Es wurde gleichzeitig mit dem Parlament gewählt und gliederte sich nach einem Nationalitätenschlüssel. Die Muslime, Kroaten und Serben erhielten je zwei Sitze; einem „Jugoslawen“ wurde ein Sitz eingeräumt. Neben dem Nationalitätenschlüssel im Präsidium vereinbarte die Koalition der drei nationalen Parteien eine weitere Postenverteilung nach den Nationalitätenprinzip (vgl. Kapitel 2.5.1.).

Die Koalition konnte sich nicht auf eine neue Verfassung einigen, so daß die alte kommunistische Verfassung in Kraft blieb. Lediglich das Wort „sozialistisch“ wurde aus dem Namen der Republik gestrichen, so daß der offizielle Staatsname „Republik Bosnien und Herzegowina“ war. Vor den Wahlen wurde der erste Artikel der Verfassung verändert und definierte die Republik nun als „a democratic sovereign state of equal citizens, the nations of Bosnia and Herzegovina - Muslims, Serbs, Croats, and the members of other nations and nationalities living within it.“<sup>17</sup>

#### *Die Armee*

Neben dem Bund der Kommunisten und den föderalen Institutionen in Belgrad war die Jugoslawische Volksarmee die dritte Säule des jugoslawischen Staates. Da das kommunistische Jugoslawien aus dem Zusammenspiel von Partei und Armee entstanden war, besaß das Militär stets eine besonders einflußreiche Rolle. Die Volksarmee war sehr gut ausgerüstet und verfügte über eine umfangreiche Logistik und Waffenindustrie, insbesondere in Bosnien

---

<sup>16</sup> Ebd., 32-34.

<sup>17</sup> Zitiert nach: Robert M. Hayden, Constitutional Nationalism and the Logic of the Wars in Yugoslavia, in: Problems of Post-Communism, September/October 1996, Nr. 5, Jhrg. 43, 27.

Seit 1969 bestanden neben der regulären Armee in jeder Republik auch Territorialverteidigungen. Sie wurden eingerichtet, um einer Intervention der Sowjetunion Widerstand zu leisten zu können und wurden als direkte Reaktion auf den Einmarsch der Roten Armee in der Tschechoslowakei aufgestellt. Die Territorialverteidigung gliederte sich in kleine Einheiten, um nach dem Vorbild der Partisanen einen Guerillakrieg führen zu können. Sie unterstanden bis 1980 der direkten Kontrolle der jeweiligen Republiksführung. Zugleich waren sie personell und organisatorisch eng mit der regulären Armee vernetzt und mußten zudem mit dem örtlichen Bund der Kommunisten zusammenarbeiten. Die meisten Angehörigen der Territorialverteidigung waren keine aktiven Soldaten, sie rekrutierte sich vielmehr aus Reservisten. Ihre Ausrüstung bestand leichten Waffen, die oftmals veraltet waren und konnte somit in keinster Weise mit Volksarmee mithalten. Zeitweise waren die Territorialverteidigungen der Armee als Bestandteil der Nationalen Verteidigung gleichgestellt. Aus innenpolitischen Gründen setzte sich die Vorherrschaft der Bundesarmee durch: Bei der Beendigung des „kroatischen Frühlings“ 1971 spielte die jugoslawischen Armee eine zentrale Rolle. In der Verfassung von 1974 wurde die Vorherrschaft der Jugoslawischen Armee wiederhergestellt.<sup>18</sup>

In den achtziger Jahren spielte die Armee zunehmende eine innenpolitische Rolle, während ihre außenpolitische Bedeutung abnahm. Spätestens mit der Machtübernahme Gorbatschows 1985 wurde deutlich, daß von der Sowjetunion keine Bedrohung für Jugoslawien ausgeht. An innenpolitischem Einfluß gewann die JNA durch die Unruhen im Kosovo, die der Staat durch massiven Militäreinsatz in der Autonomen Provinz unterdrückte. Obwohl die Armee einer der wenigen gesamtjugoslawischen Einrichtungen war, blieb sie personell von Serben dominiert. Zudem führte der Armeeeinsatz im Kosovo gegen die albanische Bevölkerung zu einer wachsende Ablehnung der JNA durch nicht-Serben, insbesondere Slowenen und Kroaten. Zugleich verblaßte die historische Legitimität der Armee. Seit dem Partisanenkampf im 2. Weltkrieg waren 40 Jahre vergangen.<sup>19</sup>

	<i>Serben</i>	<i>Kroaten</i>	<i>Muslime</i>	<i>Jugoslawen</i>
Offizierskorps (1990)	60 %	12,6 %	2,4 %	5,4 %
Gesamtbevölkerung (1991)	36,2 %	19,7 %	10 %	3,0 %

Tabelle 1: serbische, kroatische, muslimische und jugoslawische Bevölkerungsanteile am Offizierskorps und an der Gesamtbevölkerung Jugoslawiens<sup>20</sup>

Wie aus Tabelle 1 deutlich wird, stellte die serbische Bevölkerung bei weitem den größten Anteil der Offiziere in der Jugoslawischen Volksarmee (JVA). Der Grund für die serbische Dominanz liegt in dem niedrigeren wirtschaftlichen Entwicklungsgrad als

<sup>18</sup> James Gow, Legitimacy and the Military. The Yugoslav Crisis (London 1992) 45-51, 57-59, U.S. Department of the Army (Hg.) Army Area Handbook Yugoslavia (Washington D.C. 1990) zitiert nach: gopher://umslvma.umsl.edu:70/00/library/govdocs/armyahbs/aabh2/aahb0176; Anton Bebler, Staat im Staate. Zur Rolle des Militärs, in: Josip Furkes, Karl-Heinz Schlarb (Hg.) Jugoslawien: Ein Staat zerfällt. Der Balkan - Europas Pulverfaß (Reinbek bei Hamburg 1991) 119.

<sup>19</sup> Gow, Legitimacy and the Military, 72-76.

<sup>20</sup> Ebd. 142.

in Slowenien und Kroatien und dem höheren Ansehen des Militärs in Serbien. Bei der Zahl für die Muslime muß jedoch bedacht werden, daß sich viele Muslime als Jugoslawen bezeichneten, was die Angaben leicht verfälscht. Die serbische Dominanz in Bundeseinrichtungen, wie der Armee, ist nicht zu überschätzen. Durch die Konföderalisierung Jugoslawiens lagen die wirklichen Machtpositionen bei den Republiken und hier hatten Serben nur in Serbien selber eine dominante Stellung.<sup>21</sup>

Seit 1991 bestand lediglich die Armee als bundesstaatliche Einrichtung fort.<sup>22</sup> Ihr Auftrag, die Einheit Jugoslawiens zu erhalten, wurde durch offenen Sezessionsbestrebungen Sloweniens und Kroatiens seit den Wahlen 1990 in Frage gestellt. Die Volksarmee stand aus naheliegenden Gründen der Einführung eines Mehrparteiensystems in den Republiken Jugoslawiens feindlich gegenüber. Zudem war die Armee aus eigenem Interesse an der Einheit Jugoslawiens interessiert. Ein Großteil (etwa 50 %) des Bundesbudget wurde für die Armee verwandt. Bereits 1990 zahlte kaum eine Republik mehr in die Bundeskasse ein, so daß die Armee durch die Nationalbank finanziert werden mußte. Ein Reform des Staates oder sogar dessen Zerfall hätte somit die Existenz des Militär bedroht. Dies führte zu einer engen Kooperation zwischen dem serbischen Präsidenten Slobodan Milošević und dem Verteidigungsminister Kadijević. Traditionell setzte sich die Volksarmee für ein einheitliches kommunistisches Jugoslawien ein, da jedoch die Mehrheit der Armeeangehörigen, insbesondere in den höheren Rängen, Serben waren (s. Tabelle 1), fand die Errichtung eines Großserbiens verstärkt in der Armee Anhänger. Diese Tendenz verstärkte sich, als deutlich wurde, daß sich das bisherige Jugoslawien nicht erhalten konnte.<sup>23</sup>

In der ersten Jahreshälfte 1991 gab es Gerüchte über einen möglichen Militärputsch, um einen Staatszerfall zu verhindern. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Volksarmee bereits die Legitimität in den Augen der Bevölkerung in den nordwestlichen Provinzen verloren. Zudem wurden die slowenische und kroatische Territorialverteidigungen zu Armeen aufgebaut.<sup>24</sup>

Die Territorialverteidigung in Bosnien wurden vor den Wahlen 1990 von der Volksarmee entwaffnet. Erst nach Kriegsbeginn, am 14. Mai 1992 verkündete Alija Izetbegović die Schaffung einer eigenen Armee von Bosnien und Herzegowina. In der Armeeführung dominierten zwar Muslime, trotzdem waren auch Kroaten und Serben zahlreich vertreten. Die meisten führenden Militärs gehörten zuvor der JNA an und verließen diese nachdem sich diese in die neue „Jugoslawische Armee“ der Bundesrepublik Jugoslawien und in die bosnisch-serbische Armee aufgeteilt wurde.<sup>25</sup> Die Zahl der Soldaten (44.000-80.000) war höher als die Armeen und paramilitärischen

---

<sup>21</sup> Bebler, Staat im Staate, 115-117.

<sup>22</sup> Da die Armee aus den kommunistischen Partisanen heraus entstanden ist, trug der Zerfall des BdKJ 1990 zu einer ideologischen Orientierungslosigkeit der Armee bei. hierzu siehe Gow, Legitimacy and the Military, 140 f.

<sup>23</sup> Marko Milivojević, The Armed Forces of Yugoslavia: Sliding into War, in: Sabrian Petra Ramet, Ljubiša S. Adamovich (Hg.) Beyond Yugoslavia, Politics, Economic and Culture in a Shattered Community (Boulder, Col./San Francisco/Oxford 1995) 67-82.

<sup>24</sup> Gow, Legitimacy and the Military, 139 f., 143.

<sup>25</sup> zum Zerfall der Armee und ihrer Rolle im Krieg in Kroatien s. Bebler, Staat im Staate, 120-132.

Verbände der SDS und HDZ, die Ausrüstung war jedoch sehr mangelhaft. Die meisten Waffen zu Beginn der Krieges stammten von der JNA, deren Soldaten diese teils illegal verkauften oder durch die Entwaffnung von Armeeeinheiten bei ihrem Abzug aus Slowenien, Kroatien und Bosnien. Erst später kam es zu Waffenlieferung über Kroatien, wobei das UNO-Waffenembargo gegen alle Kriegsparteien und „Transitzölle“ durch Kroatien ein Hindernis bei der Aufrüstung der Armee darstellte.

Neben der Armee unterstanden der Regierung einige paramilitärische Verbände, wie die „Grünen Brette“ und die „Patriotische Liga“. Oftmals beteiligten sich Kriminelle, aber auch ehemalige Soldaten und normale Bürger an diesen Milizen. Die Aktivitäten der Milizen wurden durch eine traditionell hohe private Bewaffnung begünstigt.<sup>26</sup> Zudem befanden sich 40 % der jugoslawischen Waffenindustrie in Bosnien (vgl. Kapitel 3.3.1). In Bosnien lagerten etwa zwei Drittel der 250.000 Tonnen Waffen, die für den Fall einer Invasion Jugoslawien im gesamten Land gelagert wurden. Schließlich standen große Truppenverbände der JNA (100.000 Soldaten) in Bosnien, die sich zuvor aus Slowenien und Kroatien zurückgezogen hatten.<sup>27</sup>

#### *Der Institutionelle Zerfall Bosniens*

Im Laufe der Jahre 1991 und 1992 verringert sich der Einflußbereich der Institutionen der Republik zunehmend. Zuerst entziehen sich die Gebiete unter der Kontrolle der Serbischen Demokratischen Partei (SDS) der Regierung, später folgen die Gebiete unter der Herrschaft der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ). Mit den militärischen Erfolgen der kroatischen und der serbischen Seite reduzierte sich der Einflußbereich der Reste der Zentralregierung auf ein Gebiet von weniger als 20 % der bosnischen Gesamtfläche.<sup>28</sup>

Die Serbische Republik in Bosnien („Republika Srpska“)<sup>29</sup> ist das Ergebnis der Ausrufung von autonomen serbischen Gebieten in Bosnien 1991/92. Das Vorbild war die „Serbische Republik Krajina“ in Kroatien, wo die SDS in den von ihr kontrollierten Gemeinden bald nach den Wahlen im April 1990 einen Parallelstaat aufzubaut. Das Parlament der „Republika Srpska“, das in Banja Luka tagt, bestand aus den Abgeordneten der SDS, die 1990 in das bosnische Parlament gewählt wurden. Der

---

<sup>26</sup> Im Juni 1991 waren 110.400 Feuerwaffen auf 92.500 Muslime, 157.200 auf 131.900 serbische Bürger und 51.800 auf 43.000 Kroaten registriert. Neben den registrierten Waffen muß man von einer sehr hohen Zahl nicht gemeldeter Waffen ausgehen, die seit den späten achtziger Jahren von Serbien an bosnische Serben verteilt wurden. s. Miroslav Lazanski, *Jedan avion i 80 hiljada ljudi* [Ein Flugzeug und 80.000 Mann], in: Politika, 21.6.1993, zitiert nach: Osteuropa, Oktober 1993, Jhrg. 43, A577-A579. Zur Struktur der Milizen in Bosnien s. Roland Hofwiler, *Armeen, Milizen, Marodeure, Die kämpfenden Parteien und ihre Hintermänner - eine Übersicht*, in: Erich Rathfelder (Hg.) *Krieg auf dem Balkan. Die europäische Verantwortung* (Reinbek bei Hamburg 1992) 78-89.

<sup>27</sup> Jens Reuter, *Die politische Entwicklung in Bosnien-Herzegowina*, in: Südosteuropa, Nr. 11-12/1992, Jhrg. 41, 673.

<sup>28</sup> Da zuerst die SDS und später die HDZ die Regierung verließen wurden die leeren Posten im Präsidium und im Parlament durch Serben und Kroaten ersetzt, die für ein einheitliches Bosnien eintraten. Ihnen fehlte jedoch ausreichende demokratische Legitimation, um die Zentralregierung zu stärken.

<sup>29</sup> In der Arbeit wird der serbische Name „Republika Srpska“ verwandt, um eine Verwechslung mit der Republik Serbien (Teilrepublik der seit April 1992 bestehenden Bundesrepublik Jugoslawien) auszuschließen.

Präsident der Republik wurde Radovan Karadžić, der Präsident der SDS. Der Amtssitz der Regierung wurde Pale, ein früherer Erholungsort bei Sarajevo. Ihre Recht die serbische Bevölkerung zu repräsentieren ist begrenzt, da sich dieser Staat nur aus einer Partei rekrutierte. Weiterhin fanden keine anderen Nationen Repräsentation in den Strukturen der „Republika Srpska“. Dies wird in der im März 1992 verabschiedeten Verfassung der „Republika Srpska“ deutlich: „Proceeding from the inalienable and untransferable natural right of the Serbian nation to self-determination, self-organization, and association, on the bases of which it freely establishes its own political status and secures its economic, social, and cultural development...To proclaim [the Serbian nation's] determination to decide independently its own fate and to proclaim its firm will to establish its own sovereign and democratic state,...“<sup>30</sup> Die „Republika Srpska“ versteht sich als rein serbischen Staat und schließt andere Bevölkerungsgruppen auf dem Staatsgebiet aus.<sup>31</sup>

Offizielles Ziel der „Republika Srpska“ war der Zusammenschluß mit den anderen serbischen Ländern (Krajina, Serbien und Montenegro). Trotz der engen militärischen Zusammenarbeit mit Serbien (vgl. Kapitel 3.6.1.) kam es nur mit „Serbische Republik Krajina“ zu einer politischen Kooperation.<sup>32</sup>

Der institutionelle Zerfall Bosniens setzt sich mit der Vorherrschaft des separatistischen Flügels der kroatischen HDZ fort. Die Verbindung zwischen dem neuen Para-Staat „Herceg-Bosna“ und Kroatien wurden noch enger als jener zwischen Serbien und der „Republika Srpska“ (vgl. Kapitel 3.6.1.) In allen Bereichen schloß sich die Herzegowina Kroatien an. Durch diese enge Bindung konnten keine ausgeprägten Institutionen entstehen. Mit dem von den USA ausgehaltenen Föderationsvertrag zwischen bosnischen Kroaten und Muslimen endet offiziell die „Herzeg-Bosna“.<sup>33</sup> Doch auch diese neue Föderation spiegelt einen nationalistischen Kurs wieder. So wird im ersten Artikel der Verfassung der muslimisch-kroatischen Föderation die Vorherrschaft der beiden Nationen verankert: „Bosniacs and Croats...in the exercise of their sovereign rights, transform the internal structures of the territories with a majority of Bosniac and Croat population in the Republic of Bosnia and Herzegovina into a Federation.“<sup>34</sup> Dieser Artikel und der Rest der Verfassung privilegiert Kroaten und Muslime vor allen anderen

---

<sup>30</sup> zitiert nach: Hayden, Constitutional Nationalism, 26.

<sup>31</sup> Hayden vergleicht diese Formulierung mit der amerikanischen Verfassung: Diese müßte bei gleicher Logik anstatt mit „We the people of the United States“ mit „We, the White, Protestant People of the United States“ beginnen. Ebd., 26.

<sup>32</sup> So verkündeten die „Parlamente“ der beiden Republiken im November 1992 die „Union der serbischen Staaten“. Es begannen daraufhin Verhandlungen über eine Vereinigung, die jedoch ohne Erfolge blieben. Diese Pläne wurden mit der kroatischen Offensive und dem Ende der „Serbische Republik Krajina“ im August 1995 überflüssig. Spätestens als die "Republika Srpska" der serbischen Krajina nicht militärisch zu Hilfe kam, zeigte sich die Differenzen der beiden Einheiten. s. Marie-Janine Calic, Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina (Frankfurt 1996) 95 f. Zu den Beziehungen mit Serbien s. Obrad Kesić, Politics, Power, and Decision Making in the Serb Republic, in: Problems of Post-Communism, March/April 1996, Nr. 2, Jhrg. 43, 56-64.

<sup>33</sup> „Herceg-Bosna“ besteht jedoch über den Friedensvertrag von Dayton hinaus. So gab es bis Mitte 1998 eigene Nummernschilder heraus und die Staatssymbole der nicht anerkannten Republik finden sich nach wie vor in der Herzegowina. s. Laura Silver, Allan Little, The Death of Yugoslavia (London 1995) 323-335.

<sup>34</sup> zitiert nach: Hayden, Constitutional Nationalism, 27.

Nationen und Volksgruppen im Gebiet der Föderation. Selbst das amerikanische Außenministerium, unter dessen Vermittlung die Föderation Zustande gekommen war, gestand ein, daß Serben, aber auch Juden, Roma und andere, die dem Staat loyal geblieben sind, ihren Rechten beraubt wurden.<sup>35</sup>

Somit bilden sich vor und während des Krieges zwei bzw. drei para-staatliche Entitäten auf dem Gebiet Bosniens, die alle, in unterschiedlichem Ausmaß, nationalistisch geprägt waren und andere Nationen aus ihren Institutionen weitgehend ausschlossen.

### **3.1.2. Libanon**

Der Libanon weist im Unterschied zu Bosnien eine höhere staatliche Kontinuität auf. Während Bosnien erst kurz vor Kriegsausbruch die Unabhängigkeit erlangte, war der Libanon bereits dreißig Jahre vor Kriegsausbruch ein souveräner Staat. Auch während des Krieges bestand der Libanon zumindest formal fort. Nur 1988/89 gab es keinen Präsidenten und keine einheitliche Regierung. Während des Krieges blieb der Einfluß der staatlichen Institutionen gering und die Kontrolle übernahmen Milizen oder die beiden Nachbarländer. Im Unterschied zu Bosnien rief diese keine eigenen Staaten aus. Lediglich im maronitischen Kerngebiet zwischen Ostbeirut und Tripoli bestand informell ein Para-Staat, der unter maronitischer Vorherrschaft blieb. Der libanesische Staat und alle seine Institutionen waren schwach und konnten gegen den Einfluß von Milizen und benachbarten Staaten nicht erfolgreich ankämpfen.

#### *Der Präsident*

Der Präsident bildet bei weitem die bedeutendste Einrichtung des politischen Systems. Im Einklang mit dem Nationalpakt von 1943 mußte der Präsident der maronitischen Konfession angehören. Er besaß den Oberbefehl über die Armee und den Geheimdienst, die *Sûreté Générale*. Weiterhin ernannte er hohe Beamte und Richter, sowie Minister. Er konnte „dringende“ Gesetze per Dekret verabschieden (Art. 58), ein Veto gegen Gesetze einlegen, sowie das Parlament auflösen (Art. 55). Weiterhin konnte der Präsident Änderungsvorschläge zur Verfassung einbringen (Art. 76) und war in der Lage, Verfassungsänderungen des Parlaments abzulehnen (Art. 77).<sup>36</sup> Neben der verfassungsmäßigen Macht besaß er großen informellen Einfluß gegenüber den Abgeordneten, so daß nach Schätzungen stets mindestens ein Drittel der Abgeordneten den Präsidenten in seiner Politik unterstützten.<sup>37</sup> Die Aufrechterhaltung der Balance zwischen Christen und Muslimen erforderte vom Präsidenten Ausgleich mit muslimischen Politikern zu suchen. Das Parlament wählte ihn entweder in der ersten Runde mit einer Zweidrittelmehrheit oder mit einfacher Mehrheit im zweiten Wahlgang. Die Wiederwahl des Präsident ist seit 1948 verboten.<sup>38</sup>

#### *Der Ministerrat*

---

<sup>35</sup> Ebd., 27.

<sup>36</sup> Adnan Ansawi, Libanon, Vereinigte Arabische Republik, Irak (=Die Staatsverfassungen der Welt 2, Frankfurt/Berlin 1960) 24-29.

<sup>37</sup> Bei fast allen Wahlen kam es zu Manipulationen zugunsten von Abgeordneten, die dem Präsidenten nahestehen.

<sup>38</sup> David C. Gordon, The Republic of Lebanon. Nation in Jeopardy (Boulder, Col. 1983) 78.

Die Minister werden vom Präsidenten ernannt und entlassen. Der Ministerpräsident mußte entsprechend dem Nationalpakt immer ein sunnitischer Muslime sein. Im Ministerrat müssen nach der Verfassung die wichtigsten Konfessionen vertreten sein (Art. 95). Dementsprechend waren im Kabinett meist die wichtigsten Repräsentanten der größten Konfessionen vertreten. So gehörten dem Kabinett 1979 drei Sunnit, zwei Schiiten, Maroniten und Orthodoxe, sowie je ein Druse und ein griechisch-katholischer Minister an. Die zentrale Bedeutung der Konfession in der Zusammensetzung des Kabinetts unterstrich die Rolle dieses Organs zur Repräsentation und weniger zur Bestimmung der staatlichen Politik. Man kann den Ministerrat als kleines Arbeitsparlament sehen. Es dient zur Stabilitätsierung des Staates und verhielt sich kaum als Exekutive. Im Jahr 1969 bestand zum Beispiel für ein halbes Jahr keine Regierung, was auf die Staatsführung jedoch kaum einen Einfluß hatte.

Kaum eine Regierung blieb länger als ein Jahr an der Macht, die durchschnittliche Amtszeit einer Regierung lag zwischen 1926 und 1964 bei 8 Monaten. Sowohl Parlament als auch Präsident können nach Verfassung den Ministerrat auflösen. De facto wurde das Kabinett jedoch fast immer vom Präsidenten abgesetzt.

	<i>Repräsentation im Kabinett</i>		<i>Kabinettsposten</i>	
	Zahl der Monate	in %	Zahl der Monate	in %
<i>Maroniten</i>	886	25,9	105	25,5
<i>Sunniten</i>	806	23,7	102	24,7
<i>Schiiten</i>	480	14,1	55	13,3
<i>Orthodoxe</i>	421	12,3	52	12,6
<i>Drusen</i>	408	11,9	48	11,6
<i>Katholiken</i>	376	11,0	46	11,1
<i>Andere</i>	39	1,1	5	1,2

Tabelle 2: Repräsentation der größten Konfessionen im Regierungskabinett<sup>39</sup>

Da das Kabinett als Repräsentationsorgan der konfessionellen Elite zu sehen ist, war der häufige Regierungswechsel nicht das Zeichen einer Krise. Ein häufiger Wechsel ermöglicht eine breite Repräsentation der Konfessionen und Interessen, so daß er zur Erhöhung der Legitimität der Herrschaft im Land diente. Die Politiker, die Ministerposten übernahmen blieben weitgehend die selben. So gab es zwischen 1926 und 1963 333 Ministerposten, die von nur 134 verschiedenen Personen bekleidet wurden.<sup>40</sup>

### *Das Parlament*

<sup>39</sup> Richard Hrair Dekmejian, Conciational Democracy in Crisis. The Case of Lebanon, in: Comparative Politics, January 1978, 255.

<sup>40</sup> Gordon, The Republic of Lebanon, 79 f., Michael Kuderna, Christliche Gruppen im Libanon: Kampf um Ideologie und Herrschaft in einer unfertigen Nation (Wiesbaden 1983) 51 f., 63, 66; Ansawi, Libanon, 24.

Im Vergleich zum Präsidenten war das Parlament weitgehend machtlos. Seine wichtigste Befugnis bestand in der Zustimmung zur Regierungsbildung. Dem Nationalpakt zufolge stand das Amt des Parlamentspräsidenten einem Schiiten zu. Wie in den meisten Staaten ist auch im Libanon die Funktion des Parlamentspräsidenten vor allem repräsentativ. Die Regelung des Nationalpaktes belegt damit den geringen Einfluß der schiitischen Bevölkerung auf das politische System (vgl. 4.2.2. schiitische Parteien). Als Vermittler besaß der Parlamentspräsident jedoch durchaus informelle Macht. Da im Parlament die Eliten der Konfession vertreten waren, mußte der Parlamentspräsident versuchen Kompromisse auszuhandeln. In dieser Funktion konnte der Parlamentspräsident dazu beitragen die großen Linien der libanesischen Politik mitzubestimmen.<sup>41</sup>

Innerhalb des Parlaments vermochte lediglich die maronitische Kata'ib-Partei die Abgeordneten zu einer parteipolitischen Disziplin anzuhalten. Ein Teil der übrigen Abgeordneten gehörte zwar auch Parteien an, es herrschte jedoch kein Fraktionszwang. Vor dem Krieg wurde zum letzten Mal 1972 gewählt. Da zwischen 1975 und 1990 keine Wahlen stattfinden konnten, verlängerte das Parlament insgesamt vier Mal die Legislaturperiode nach dem Ablauf von jeweils vier Jahren. Erst 1992, zwei Jahre nach Kriegsende, konnte das Parlament neu gewählt werden. Zwischen 1972 und 1992 wählte das Parlament selbst neue Abgeordnete für verstorbene Volksvertreter.

Gemäß Artikel 27 der Verfassung vertreten die Abgeordneten das gesamte libanische Volk. Im Widerspruch dazu steht das Wahlrecht, demzufolge Abgeordnete im Rahmen ihrer jeweiligen konfessionellen Gruppe gewählt werden.<sup>42</sup> Wie aus Tabelle 2 ersichtlich ist, waren fast alle anerkannten Konfessionen mit mindestens einem Abgeordneten vertreten. Das im Nationalpakt ausgehandelte Verhältnis von 6:5 zwischen Christen und Muslimen in allen staatlichen Institutionen (vgl. Kapitel 2.3.2.) reflektiert sich bei der Zahl der Abgeordneten. Die Zahl der Abgeordneten war somit stets durch 11 dividierbar, zwischen 1960 und den Reformen von Taif (1989) lag sie bei 99 Sitzen.<sup>43</sup>

Das Wahlrecht ist konfessionell gebunden. Zugleich zwingt es die Bevölkerung konfessionsübergreifend zur Kooperation. In jedem Wahlkreis wird nach der Volkszählung von 1932 bestimmt, wieviele Sitze jeder Konfession zustehen. Da nicht nach konfessionell getrennten Wahllisten gewählt wird und sich die wirkliche Bevölkerungsverteilung seit 1932 stark verändert hat, kann der Kandidat einer Konfession nicht allein mit deren Stimmen gewählt werden (vgl. Kapitel 2.3.2). Dies führt zu Listenverbindungen und Zugeständnissen von Kandidaten an andere Konfessionen. Die Koalitionsbildung setzt sich im Parlament fort. Obwohl das Parlament als Symbol christlicher Vorherrschaft im Libanon galt, wurde nie eine Entscheidung allein mit christlicher Mehrheit beschlossen.<sup>44</sup>

---

<sup>41</sup> Antoine Nasri Messara, The accomodation between communities in Lebanon: Parliament and paraparliaments in plural societies, in: Social Compass, Nr. 4/1988, Jhrg. XXXV, 625 f.

<sup>42</sup> Die libanische Verfassung geht nicht davon aus, daß das Volk Träger der Souveränität ist, s. Ansawi, Libanon, 20-24.

<sup>43</sup> Kuderna, Christliche Gruppen im Libanon, 66.

<sup>44</sup> Theodor Hanf, Die drei Gesichter des Libanonkrieges, in: Friedensanalysen 8, (Frankfurt 1978) 75-77.

Ein wichtiges Element des Wahlrechts war der Ort der Stimmabgabe. Um der konfessionellen Wahlkreiszuordnung zu entsprechen, mußte die Bevölkerung am Herkunftsor und nicht am Wohnort wählen. Die Schiiten traf diese Regelung am stärksten, da viele Schiiten des Südlibanon in den sechziger Jahren in die südlichen Vororte Beiruts emigriert sind. Da sie in ihren Herkunftsgebieten wählen mußten, fehlte ihnen eine angemessene Interessensvertretung in Beirut. Die schiitische Elite, die nach wie vor in den Herkunftsgebieten gewählt wurde, entfremdete sich zunehmend von ihren Wählern. Somit hatten die Schiiten einen doppelten Nachteil aus dieser Regelung.<sup>45</sup>

Christen	Katholiken	- Maroniten	30
		- griechisch-katholisch	6
		- armenisch-katholisch	1
		- syrisch-katholisch	-
		- Chaldäer	-
		- römisch-katholisch („Lateiner“)	1
	Orthodoxe	- griechisch-orthodox	11
		- armenisch-orthodox („Gregorianer“)	4
		- syrisch-orthodox („Jakobiten“)	-
		- assyrisch-orthodox („Nestorianer“)	-
	Protestanten		1
		<i>Christen insgesamt</i>	54
Muslime		- Sunnit	20
		- Schiiten	19
		- Ismailiten	-
		- Drusen	6
		- Alawiten	-
		<i>Muslime insgesamt</i>	45
Juden			-
		<i>Gesamtzahl</i>	99

Tabelle 3: Anerkannte Religionsgemeinschaften im Libanon und Sitzverteilung im Parlament (1960-1992)<sup>46</sup>

Durch das Wahlrecht und den konfessionellen Charakter des Staates entwickelte sich das Parlament zur Repräsentationsorgan der konfessionellen Eliten. Die Meinungen und Position der Spitzenvertreter jeder Konfession wurden wiederum in informellen

<sup>45</sup> Samir Khalaf, Guilain Denoeux, Urban Networks and Political Conflict, in: Nadim Shehadi, Dana Haffar Mills (Hg.) Lebanon: a History of Conflict and Consensus (London 1988) 187.

<sup>46</sup> Michael Kuderna, Libanon, in: Udo Steinbach, Robert Rüdiger (Hg.) Der Nahe und Mittlere Osten: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte und Kultur, Bd. 2: Länderanalysen (Opladen 1988) 236.

„Paraparlamenten“ getroffen, wo die Elite der jeweiligen Religionsgemeinschaft ihre Politik bestimmten. Somit trafen im Parlament die bereits formulierten Vorstellungen der Konfessionen aufeinander. In Folge dieser Funktion des Parlaments verlagerte sich der tatsächliche Aufgabenbereich des Parlaments vom Verabschieden von Gesetzen zu einem Forum der Konfessionen, in dem Kompromisse zu den Grundsätzen der Staatsführung ausgehandelt wurden.<sup>47</sup> Dies wurde 1957/58 deutlich, als durch Wahlmanipulationen einige konfessionelle Eliten nicht mehr im Parlament vertreten waren und dies 1958 den Bürgerkrieg einleitete. Der Konflikt konzentrierte sich nicht auf bestimmte Gesetzesprojekte, sondern um die Rolle des Parlaments als Repräsentation der Spitzenvertreter der Religionsgemeinschaften (vgl. Kapitel 2.4.2).

### *Die Armee*

Die Schwäche des Staates zeigte sich nirgendwo deutlicher als in der Armee. Sowohl in der Zahl der Soldaten wie auch bei der Ausrüstung lag die Armee im Vergleich zu den umliegenden Staaten weit zurück. So gab es bei Kriegsausbruch 1975 etwa 15.000 Soldaten im Libanon. Der wichtigste Grund der geringen Militarisierung war die Abneigung der maronitischen Elite gegen Israel zu kämpfen. Eine starke Armee hätte unweigerlich auf Seiten der anderen arabischen Staaten gegen Israel kämpfen müssen. Die libanesische Armee nahm nur am ersten arabisch-israelischen Krieg 1949 teil, bei allen folgenden Kriegen blieb sie entweder unbeteiligt oder wirkte nur der Form halber mit. Tatsächlich war sie nicht in der Lage, wirklich offensiv oder defensiv aktiv werden.

Die libanesische Armee war eine Freiwilligenarmee. Durch das Fehlen allgemeiner Wehrpflicht drohte sie bei innerstaatlichen Krisen entweder zu zerfallen oder Partei zu ergreifen. Gerade in multi-nationalen oder multi-konfessionellen Gesellschaften können Armeen mit Wehrpflicht eine integrative Wirkung entfalten.<sup>48</sup> Der libanesischen Armee war dies jedoch nicht möglich, da sie von den Muslimen als Instrument der herrschenden Maroniten angesehen wurde.<sup>49</sup> Die meisten Offiziere waren Christen, während die Mannschaften oft aus den armen schiitischen Bevölkerungsschichten stammten.

Präsident Shihab, der zuvor Oberbefehlshaber der Armee war, wertete die Armee auf. Die Armee wurde ziviler Kontrolle entzogen und sollte dem Präsidenten als innenpolitisches Machtinstrument dienen. Der Militärgeheimdienst sollte den staatlichen Einfluß gegenüber den traditionellen Eliten stärken. Dieser Versuch, diese Schicht zu entmachten, stieß auf so viel Widerstand, daß die Armee ab 1970 wieder unter zivile Kontrolle gestellt und der Geheimdienst entmachtet wurde.<sup>50</sup> Große Teile der muslimischen Bevölkerung forderten die Einführung des Militärdienstes, um die Armee repräsentativer zu gestalten. Diese widersetzte sich jedoch einer solchen Öffnung. Die unparteiische Rolle der Armee, die sie spätestens seit dem 1. Bürgerkrieg 1958 beanspruchte, wurde von den Muslimen Ende der sechziger Jahre nicht mehr anerkannt. Wegen der Konfrontationen mit der PLO nahmen viele Muslime zunehmend Distanz

---

<sup>47</sup> Messara, The accomodation between communities in Lebanon, 625-636.

<sup>48</sup> Ein Musterbeispiel für den gezielten Einsatz dieser Wirkung ist die Wehrpflicht in der Schweiz.

<sup>49</sup> Kuderna, Christliche Gruppen im Libanon, 33.

<sup>50</sup> D. Th. Schiller, Der Bürgerkrieg im Libanon. Entstehung, Verlauf, Hintergründe (München 1979) 54 f.

zur Armee. Die maronitische Bevölkerung sahen hingegen in der Armee einen nur unzureichenden Schutz gegen die Palästinenser und rüstet ihrerseits Milizen auf.<sup>51</sup> Somit war die Armee bereits vor Ausbruch des Krieges marginalisiert und zerfiel mit dessen Beginn. Im Verlauf des Krieges versuchten die jeweiligen Präsidenten, die Armee zu stärken. Insbesondere Präsident Amin Gemayel baute 1982 die Armee erneut auf. Sie zerfiel jedoch nur zwei Jahre später nach dem israelischen Rückzug aus dem Libanon. Nachfolgend blieb die Armee lediglich eine von vielen Konfliktparteien. Erst mit dem Ende des Bürgerkrieges 1990 und der Entwaffnung der Milizen ein Jahr später entstand wieder eine einheitliche libanesischen Armee.

#### *Strukturelle Probleme des Staates*

Der libanische Staat bildet in vielerlei Hinsicht eine Fortführung des osmanischen Millet Systems. Auf den meisten Ebenen findet Wettbewerb innerhalb und nicht zwischen den Konfessionen statt. Nur in zwei Bereichen konkurrieren Mitglieder verschiedener Konfessionen miteinander: In der Gestaltung der Außenpolitik und in der Verwaltung. Dementsprechend bilden diese beiden Themen den Ausgangspunkt für interkonfessionelle Konflikte um die Vorherrschaft. Der Nationalpakt mit seiner „doppelten Negierung“ (weder westlich, noch arabisch) ist nicht zuletzt eine Widerspiegelung dieser beiden Ebenen.<sup>52</sup>

Die Institutionen des Libanon sind von Widersprüchen geprägt. Einerseits spricht die Verfassung in Artikel 12 allen Bürgern die gleiche Rechte zu („Jeder Libanese ist berechtigt, nach seiner Eignung, Befähigung und Leistung den gleichen Zugang zu den öffentlichen Ämtern zu haben, und zwar gemäß den Bedingungen des Gesetzes...“). Andererseits hebt die Konfessionalisierung des gesamten politischen Systems gerade diese Offenheit wieder auf. Ein ähnlicher Widerspruch findet sich zwischen dem Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit und der Abwesenheit von wichtigen Grundrechten (Asylrecht, Freizügigkeit für Ausländer, Brief- und Postgeheimnis).

Adnan Ansawi sieht diesen Konflikt als „ein redaktionelles Versehen, denn die Verfassung baut im Grunde auf den Grundsätzen des Humanismus und des Liberalismus auf.“<sup>53</sup> In Wirklichkeit sind diese Widersprüchlichkeiten Indikatoren für spätere Konflikte und zeigen die Spannungen auf, die der Staat nicht lösen konnte. Das entscheidende Problem des institutionellen Systems im Libanon war die Abwesenheit eines Regulationsmechanismus. Bis 1989 und erst dann unter starkem Druck Syriens gelang es, die Institutionen den veränderten demographischen und sozialen Bedingungen anzupassen. Die politischen Parteien und die Elite verhinderten notwenige Veränderungen, während das politische System es ihnen ermöglichte sich für lange Zeit gegen neue politische Kräfte zu behaupten.<sup>54</sup>

#### **3.1.3. Zusammenfassung**

---

<sup>51</sup> Itamar Rabinovich, The War for Lebanon, 1970-1983 (Ithaca, N.Y./London 1984) 71 f.

<sup>52</sup> David C. Gordon, The Republic of Lebanon. Nation in Jeopardy (Boulder, Col. 1983) 82 f.

<sup>53</sup> Ansawi, Libanon, 13-16.

<sup>54</sup> Negede Tsegaye-Tadesse, The Lebanese Crisis and Foreign Intervention (Diplomarbeit Wien 1992) 23 f.

Libanon und Bosnien weisen große institutionelle Unterschiede auf. Während der Libanon von einer hohen Kontinuität als Staat vor, während und nach dem Bürgerkrieg geprägt ist, hat sich das staatliche Gefüge Bosniens innerhalb der Jahre vor und während des Krieges dramatische Veränderungen durchgemacht.

Im Zentrum der Unterschiede stehen die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Konfliktparteien im Libanon und in Bosnien. Im Libanon bestanden zwar unterschiedliche Auffassung über das politische System, insgesamt herrschte aber ein Konsens, den Staat zu erhalten. Nur wenige Gruppen forderten einen Anschluß an ein Nachbarland oder einen Zerfall des Libanons in Para-Staaten. Ein Anschluß an Israel bot sich selbst für die pro-israelischsten Maroniten nicht an. Während noch in der Zwischenkriegszeit große Bevölkerungsgruppen einen Anschluß an Syrien unterstützten, hat sich bis zum Ausbruch des Krieges das Nationalbewußtsein bereits so weitgehend gefestigt, daß Syrien für manche Konfliktpartei zwar als Verbündeter, nicht jedoch als zukünftiges Heimatland in Frage kam: „...[N]one of the local „governments“ which resulted from so many local coup d'états ever went so far as to wage a war of secession or to advocate separatism...There was, all along, a unanimous call for a strong united Lebanon, but differences as to how its unity would be best structured. Partition was thus self-defeated.“<sup>55</sup> In Bosnien betrieb die Serbische Demokratische Partei dagegen offen einen Anschluß an Serbien und an die serbisch besetzten Gebiete in Kroatien. Mit Kriegsausbruch strebte auch die drittstärkste Partei, die Kroatische HDZ einen Anschluß an Kroatien an. Die militärisch stärksten Gruppen waren somit bemüht, den Staat Bosnien zu zerschlagen. Diese im Vergleich zum Libanon grundlegend unterschiedlichen politischen Zielsetzungen als im Libanon bedingten den hohen Grad an institutionellem Wandel in Bosnien.

### **3.2. Parteien**

Weder in Bosnien, noch im Libanon bestanden festgefügte Parteiensysteme, wie sie in Westeuropa üblich sind. In Bosnien ist die Alleinherrschaft der kommunistischen Partei während 45 Jahren die Hauptursache dieser Entwicklung. Im Libanon hingegen hat die traditionelle Gesellschaftsstruktur und der hohe Grad an Zersplitterung unter den Konfession eine stabile Parteienlandschaft verhindert. Gleichwohl formierten sich auch im Libanon zahlreiche Gruppen als politischen Parteien und bestimmten als solche die politischen und militärischen Auseinandersetzungen.

Bei der Darstellung der Parteien wird zuerst das Entstehen und die Entwicklung der Parteien vor dem Krieg beschrieben. Die Lage während des Krieges wird kurz angeschnitten, wenn diese Parteien in dieser Phase eine bedeutsame Rolle spielten. Abschließend wird jeweils das Programm und die Ziele der Parteien erläutert.

#### **3.2.1. Bosnien-Herzegowina**

In der Nachkriegszeit wurden Jugoslawien und Bosnien durch eine Partei, den Bund der Kommunisten, dominiert. Mit der Föderalisierung von Staat und Partei nach 1974 wurden die jeweiligen kommunistischen Parteien so weitgehend unabhängig, daß man von neun eigenständigen Parteien reden kann.<sup>56</sup> Die ersten anderen Parteien entstanden

---

<sup>55</sup> Ghassan Tuéni, Lebanon: A New Republic? in: Foreign Affairs, Fall 1982, Nr. 1, Jhrg. 61, 91.

<sup>56</sup> Jede Republik und autonome Provinz besaß eine eigene Parteiorganisation. Weiterhin bestand der BdK unabhängig hiervon in der Armee.

in Slowenien bereits Mitte der Achtziger Jahre, da in der reichsten Republik ein relativ liberales politisches Klima herrschte. Doch auch in Bosnien bestanden Ende der achtziger Jahre Gruppen und Vereine, die eine pluralistische Grundlage für die spätere Parteienbildung bildeten. Der Machtverlust des BdK bedeutete nicht, wie in anderen sozialistischen Staaten, auch notwendigerweise eine Machtübergabe. Vielmehr zerfiel zuerst die Bundespartei. Die Demokratisierungswelle in Osteuropa und interner Druck zur Liberalisierung zwangen dann die einzelnen Republiken zu Wahlen. Im Mai 1989 kündigte die jugoslawische Regierung an, Mehrparteiwahlen vorzubereiten. Es fanden jedoch keine Bundeswahlen mehr statt. Die Wahlen in den Republiken verliefen 1990 nacheinander. Lediglich der „Bund der Reformkräfte“ des jugoslawischen Premierministers Ante Marković war auf Bundesebene organisiert. In Bosnien wurden Parteien mit ausschließlich nationaler oder religiöser Ausrichtung zeitweise nicht zugelassen. Alle Regelungen der Parteien blieben jedoch auf die Ziele und Programme begrenzt und schränkten somit nicht das Verhalten der Parteien ein. Somit sind viele Parteiprogramme (z.B. HDZ, SDS) sehr viel moderater als die wirklichen Ziele der nationalen Parteien in Bosnien. Bei der Wahl in Bosnien fand ein Mehrheitswahlrecht Anwendung, daß in zwei Wahlgängen umgesetzt wurde. Im zweiten Wahlgang durften nur die zwei stimmstärksten Kandidaten kandidieren. Dieses Wahlrecht wurde neben Bosnien in allen anderen Republiken angewendet.

In bosnischen Geschichte hatten zuvor erst wenige Wahlen stattgefunden. Es gab lediglich die Landtagswahlen nach der Annexion Österreich-Ungarns 1910 und die Wahlen in Jugoslawien zwischen 1920 und 1928. Die jugoslawischen Wahlen 1935 und 1936 können höchstens als partiell freie Wahlen bezeichnet werden. Da die vorhergehenden Wahlen in anderen Staatsgebilden stattfanden bzw. Bosnien im Jugoslawien der Zwischenkriegszeit keine eigenständige administrative Einheit darstellte. Die drei nationalen Parteien Bosniens hatten jedoch historische Vorbilder gewählt, da auch die bedeutsamsten Parteien bei den vorangegangenen Wahlen nach nationalen Kriterien organisiert waren. So knüpfte die muslimische SDA an die Tradition der JMO der Zwischenkriegszeit an. Die serbische SDS besitzt programmatische Übereinstimmungen mit der Radikalen Partei von Nikola Pašić. Die kroatische Bauernpartei des Stjepan Radić diente wiederum der kroatischen HDZ zumindest teilweise zum Vorbild (vgl. Kapitel 2.3.1.). Die Rückbesinnung diente meist zur Stärkung des Einflusses und besaß keine personelle Kontinuität.

John Allcock beschreibt fünf Bruchlinien die die Parteienlandschaft Jugoslawiens 1990 gliederten:

1. nationalistische und nicht-nationalistische Parteien,
2. kommunistische und anti-kommunistische Parteien,
3. moderne und traditionelle Parteien,
4. säkulare und religiöse Parteien,
5. urbane und ländliche Parteien.

*Ad 1.* Die dominante Rolle der nationalistischen Parteien durch das Wahlergebnis hat alle anderen Bruchlinien in den Hintergrund gedrängt. Weiterhin sollte zwischen Parteien, die zwar eine Nation vertreten, nicht jedoch nationalistisch sind (z.B. MBO), und Partei mit einem extremen Nationalismus im Programm unterschieden (z.B. SDS).

*Ad 2.* In der Politik der drei nationalistischen Parteien lassen sich die anderen Bruchlinien wiederfinden. So waren in Bosnien alle nationalistischen Parteien ausdrücklich anti-kommunistisch (im Gegensatz zu Serbien). Von den beiden größeren nich-nationalen Parteien war eine die kommunistische Partei und die andere besaß eine personelle Verbindungen zum BdK.

*Ad 3.* Die nationalistischen Parteien vertraten ohne Ausnahme eine traditionelle Rolle und besaßen kaum Modernisierungspläne (anders als z.B. Demos in Slowenien). Obwohl alle drei großen nationale Parteien die Einführung der Marktwirtschaft verbal forderten, spielte die Lösung von wirtschaftlichen Problemen nur eine zweitrangige Rolle im Parteiprogramm.

*Ad 4.* Die nationalistischen Parteien besaßen alle ein unterschiedliches Verhältnis zur jeweiligen Religion (vgl. Kapitel 3.4.1.). Zumindest verbal bemühten sie sich jedoch um eine Naheverhältnis zur Religion.

*Ad 5.* Die Bruchlinie zwischen urbanen und ländlichen Parteien unterschied einerseits die nationalistischen Parteien untereinander und andererseits trennte sie die nationalistischen Parteien von den nicht-nationalistischen Parteien. Aufgrund der Bevölkerungsverteilung lebte ein verhältnismäßig großer Bevölkerungsteil der bosnischen Muslime in den Städten. Somit war der Stimmanteil der muslimischen SDA in den Städten höher als jener der anderen nationalistischen Parteien. Zugleich dominierten in den größeren Städten die nicht-nationalen Parteien.<sup>57</sup>

Die drei nationalen Parteien geben zwar selber hohe und teils höhere Mitgliederzahlen als die KP an, diese Daten sind jedoch sehr fragwürdig. So gäbe es nach Angaben der Parlamentsparteien fast 2,3 Millionen Parteimitglieder. Nach der letzten Volkszählung 1991 hatte Bosnien etwas mehr als 4,3 Millionen Einwohner. Somit wäre mehr als die Hälfte der Bürger Parteimitglied. (für die Wahlergebnisse von 1990 s. Kapitel 2.5.1.)<sup>58</sup>

#### *Der Bund der Kommunisten*

Ähnlich wie die der Staat war auch der Bund der Kommunisten föderativ gegliedert. Diese Struktur wurde im März 1969 eingeführt. Die Bundespartei bestand aus 8 Organisationen der Republiken und Autonomen Provinzen und einer Parteiorganisation innerhalb der jugoslawischen Volksarmee.<sup>59</sup>

Am 23. Januar 1990 verließen die slowenischen Delegierten den Parteitag des Bundes der Kommunisten, da sie immerfort am Widerstand Serbiens scheiterten. Die serbische Stimme in Gremien des Bundesstaates ist zu dieser Zeit stark gewesen, da der Serbische Präsident Milošević die autonome Provinz Vojvodina und Kosovo gleichgeschaltet hatte und auch in Montenegro eine ihm gut gesinnte Regierung amtierte. Somit verfügte Serbien über die Stimmen von 4 der 8 Republiken und Provinzen Jugoslawiens und konnte somit jedes Vorhaben stoppen. Im Mai 1990 versuchte Serbien die Einheit BdK wiederherzustellen. Die Bemühungen scheiterten jedoch an dem Widerstand

---

<sup>57</sup> zu den Bruchlinien in neu entstehenden Parteiensystemen s. Klaus von Beyme, Systemwechsel in Osteuropa (Frankfurt 1994) 286-312.

<sup>58</sup> John B. Allcock, Yugoslavia, Bogdan Szajkowski (Hg.) New Political Parties of Eastern Europe and the Soviet Union (Harlow 1991) 300-311.

<sup>59</sup> zur Struktur der Partei s. Beckmann-Petey, Der jugoslawische Föderalismus, 310-314.

Sloweniens, Kroatiens und Mazedonien. In Folge agierten die kommunistischen Parteien auf Republiksebene unabhängig voneinander.<sup>60</sup>

In Bosnien fügte der Bund der Kommunisten dem Parteinamen „Partei des demokratischen Wandels“ (*Savez Komunista Bosne i Hercegovine - Starnka Demokratskikh Promjena*, SK BiH-SDP) hinzu. Neben dem „Bund der Reformkräfte“ war die kommunistische Partei die einzige größere Partei, die sich an allen Nationen wandte.<sup>61</sup> Die Partei versuchte, sich als moderne linke Kraft zu präsentieren, die die Marktwirtschaft einführen will und zugleich umfangreiche staatliche Intervention beibehält. Der Bestand Jugoslawiens und die Ablehnung einer nationalen Orientierung dürfte jedoch die zentralen Elemente für die Wahl der Partei bilden. Im Gegensatz zu den neuen Parteien war die SK BiH im ganzen Land gut organisiert und besaß viele Mitglieder. Ihr gehörten 1990 noch 350.000 Personen an. Ähnlich wie die anderen Oppositionsparteien wurde sie im Verlauf des Krieges in den Hintergrund gedrängt.<sup>62</sup>

#### *Bund der Reformkräfte*

Am 30. Juli 1990 gründete der jugoslawische Premierminister Ante Marković in Bosnien den gesamtjugoslawischen „Bund der Reformkräfte“ (*Savez Reformskih Snaga Jugoslavije za Bosnu i Hercegovinu*, SRSJ BiH). Marković besaß wegen seines erfolgreichen Wirtschaftsprogrammes große Beliebtheit bei der Bevölkerung ganz Jugoslawiens (vgl. Kapitel 2.5.1., 3.3.1.). Seine betont pro-jugoslawische Politik wurde von den nationalistischen Parteien, insbesondere in Serbien, heftig kritisiert. Marković, selber Kroate, gelang es nicht, vor den Wahlen in den übrigen Republiken eine ausreichende Machtbasis aufzubauen.

Da Marković seine Partei erst nach den Wahlen in Kroatien und Slowenien gegründet hatte, warfen ihm serbische Politiker vor, den Sieg der Nationalisten in Kroatien erst ermöglicht zu haben. Durch die fehlende Repräsentation des „Bundes der Reformkräfte“ in diesen beiden Republiken fehlte Marković die nötige Unterstützung für seine Pläne zur Erhaltung Jugoslawien.<sup>63</sup> Die Niederlage bei den Wahlen am 9. November 1990 war entsprechend groß. Der Bund erhielt nur 12 der 130 Sitze in der unteren Kammer des Parlaments und sogar nur einen in der Gemeindekammer.<sup>64</sup>

Der „Bund der Reformkräfte“ besaß als einzige größere Partei eine gesamtjugoslawische Struktur. Die SRSJ blieb in den anderen Republiken jedoch schwach<sup>65</sup> und die Zusammenarbeit der Partei auf Bundesebene brach mit dem Ende der Amtszeit von Ante Marković als Premierminister zusammen. Neben dem geringen Organisationsgrad

---

<sup>60</sup> Sabrina P. Ramet, Nationalism and federalism in Yugoslavia, 1962-1991 (Bloomington, Ind. 1992) 246 f.

<sup>61</sup> Leonard J. Cohen, Broken Bonds: The Disintegration of Yugoslavia (Boulder, Col. 1993) 143.

<sup>62</sup> Allcock, Yugoslavia, 315 f.

<sup>63</sup> Die Wahlen in Serbien fanden erst im Dezember 1990 statt. Der Sieg der SPS war jedoch abzusehen, weiterhin vertraten fast alle Oppositionsparteien ein nationalistisches Programm, s. Jens Reuter, Jugoslawien: Zerfall des Bundesstaates. Systemwechsel und nationale Homogenisierung in den Teilrepubliken, in: Magareta Mommsen (Hg.), Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie (München 1992) 138 f.

<sup>64</sup> Silver, Little, The Death of Yugoslavia, 231 f.

<sup>65</sup> Das bestes Ergebnis außerhalb Bosniens erreichte der Bund in Mazedonien mit 6 von 120 Sitzen.

der Partei ist einer Hauptgründe für ihren geringen Wahlerfolg das Bekenntnis zu Jugoslawien. Formal sprachen sich die nationalen Parteien auch für Jugoslawien aus, im Gegensatz zum „Bund der Reformkräfte“ war dies jedoch nur ein Lippenbekenntnis.

Anders als die Wahlsieger konnte die SRSJ ein umfangreiches Reformprogramm der Wirtschaft anbieten. Daneben legte der Bund Reformvorschläge für die Institutionen der Republiken und Jugoslawiens vor. Der „Bund der Reformkräfte“ setzte sie sich für eine Annäherung an die Europäische Gemeinschaft und andere europäische Institutionen ein. Zusammenfassend lässt sich der „Bund der Reformkräfte“ als einzige moderne Partei in Bosnien sehen.<sup>66</sup>

#### *Partei für Demokratische Aktion*

Die Partei für Demokratische Aktion (*Stranka demokratske akcije*, SDA) war von Muslimen aus dem gesamten politischen Spektrum gegründet worden und sollte die Belange der Muslime vertreten. In der SDA waren zu Anfang islamischen Dissidenten, kommunistischen Funktionäre und Unternehmer versammelt.<sup>67</sup>

Während die kroatische und serbische Partei in Bosnien Gründungen kroatischer Parteien sind, rief die SDA eine Parteiorganisation im Sandžak (Grenzgebiet zwischen Montenegro und Serbien) ins Leben, um die Muslime dort zu repräsentieren. Auch nach der Abspaltung der MBO bestanden religiöse und säkulare Flügel in der SDA fort, der Parteipräsident Alija Izetbegović gehört jedoch dem religiösen Flügel der Partei an (vgl. Kapitel 3.4.1). Die SDA strebte gemeinsam mit der politischen Führung Mazedoniens einen Mittelweg zwischen den konföderalen Plänen Sloweniens und Kroatiens und den föderalen (bzw. zentralistischen) Kurs Serbiens und Montenegros an. Izetbegović nahm sich die Vermittlerrolle der größten muslimischen Partei der Zwischenkriegszeit, der JMO, zum Vorbild (vgl. Kapitel 2.3.1). Obwohl die SDA versuchte zwischen Serben und Kroaten zu vermitteln, stand sie den Kroaten näher. Zugleich zeigt die Art der Annäherung an Kroatien die Zerbrechlichkeit des Bündnisses. Die Vereinnahmung der Muslimen als „islamisierte Kroaten“ durch kroatischen Nationalisten stellte eine geringere Bedrohung als die Ausgrenzung der Muslimen als „islamische Gefahr“ von serbischer Seite dar. Izetbegović beschreibt diese Position folgendermaßen: „The Serbian minister of Foreign Affairs...and the vice-president of the Serbian Executive Council go to Israel and the people living there convince them, and adopt them as allies in the struggle against some kind of Islamic conspiracy against Yugoslavia and Europe. To me that shows unbelievable political blindness...We are not aware of anything similar in Zagreb.“<sup>68</sup>

Im Parteiprogramm der SDA nimmt die nationale Komponente einen weniger breiten Raum als bei den anderen beiden nationalen Parteien ein. Doch auch bei der SDA steht die Affirmation des historischen und kulturellen Erbes der Bosniaken im Vordergrund. Das Motto der Partei „SDA - in ihrer Religion in ihrem Land“ verdeutlicht die religiös-nationale Komponente der Partei. Die SDA betont weiterhin die Einheit des Staates, ein Forderung die mit der breiten Streuung muslimischer Siedlungsgebiete in Bosnien in Zusammenhang steht. Im Gegensatz zur HDZ und SDS spricht sie sich ausdrücklich für

---

<sup>66</sup> Reuter, Jugoslawien: Zerfall des Bundesstaates, 140; Allcock, Yugoslavia, 314 f.

<sup>67</sup> Francine Friedman, The Bosnian Muslims. Denial of a Nation (Boulder, Col. 1996) 212 f.

<sup>68</sup> zitiert nach: Leonard J. Cohen, Broken Bonds, 145 f.

die gleichen Rechte aller Nationen Bosniens und eines friedlichen Zusammenlebens aus. Abschließend findet sich im Parteiprogramm die Forderung nach Autonomie der Muslime im Sandžak und Minderheitenrechte in Kroatien, Slowenien und Mazedonien.<sup>69</sup>

Als einzige nationalistische Partei war die SDA ernsthaft an einem Erhalt Jugoslawiens interessiert. Sie sprach sich für einen Schutz der Menschenrechte in ganz Jugoslawien aus, wobei in erster Linie die Albaner des Kosovo gemeint waren. Im wirtschaftlichen Bereich unterstützte der SDA die Reformvorhaben Ante Marković.<sup>70</sup>

#### *Muslimisch-Bosniakische Organisation*

Im September 1990 traten einige Spitzengesetzgeber der SDA, allen voran Adil Zulfikarpašić und Tunjo Filipović, aus der Partei aus und gründeten die Muslimisch-Bosniakische Organisation (*Muslimanska-Bošnjačka Organizacija*, MBO). Sie warfen der SDA vor, einer islamistischen Linie zu folgen und religiösen Themen zu viel Raum einzuräumen. Im Zentrum der Partei steht Adil Zulfikarpašić, der in der Schweiz zu einem wohlhabenden Geschäftsmann geworden war und dort ein wichtiges wissenschaftliches Zentrum über die bosnischen Muslime gegründet hatte. Obwohl die Partei nur wenige Monate vor den Wahl entstand, konnte sie zwei Sitze in der Bürgerschaft erlangen. Im Sommer 1991 bemühte sich Slobodan Milošević um die MBO und Adil Zulfikarpašić. Ziel war eine Marginalisierung der SDA. Die MBO setzte sich in Belgrad für einen Erhalt Jugoslawiens ein. Diese Allianz blieb jedoch ohne praktische Auswirkungen, da der MBO die Massenunterstützung in Bosnien fehlte. Im Krieg verlor die Partei an Bedeutung. Die MBO versuchte stärker als die SDA neben Muslimen auch andere Nationen, die sich als Bosnier sehen, zu vertreten.<sup>71</sup>

#### *Kroatische Demokratische Gemeinschaft*

Die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (*Hrvatska demokratska zajednica*, HDZ) wurde 1990 als bosnische Ableger der kroatischen Regierungspartei gegründet. Unter dem Gründer Stejpan Kljuić konnte sie bei den ersten Wahlen 20 Sitze erlangen. (zur Entwicklung der Mutterpartei in Kroatien s. Kapitel 3.6.1.).

Wie in den beiden anderen Parteien fand mit Kriegsausbruch eine Radikalisierung statt. Im Oktober 1992 ersetzte Mate Boban den bisherigen Vorsitzenden Stejpan Kljuić. Boban verfolgte einen Anschluß der kroatischen Siedlungsgebiet an Kroatien. Internationaler Druck führte zu einer Entmachtung Bobans, die Partei strebte jedoch mehrheitlich weiterhin einen Anschluß der Herzegowina an Kroatien an.<sup>72</sup> Ein Großteil der Verbindungen zwischen der HDZ in Kroatien und der Schwesterpartei in Bosnien liefen über den Umweg der kroatisch-herzegowinischen Emigration, die oft als

---

<sup>69</sup> Die Parteiprogramme für die Wahlen 1996 wurden von der OSZE gesammelt. Stranka Demokratska Akcije, Od Osnivanja, zitiert nach: <http://www.oscebih.org/platform.htm>.

<sup>70</sup> Allcock, Yugoslavia, 317.

<sup>71</sup> Silver, Little, The Death of Yugoslavia, 235 f.; Friedman, The Bosnian Muslims, 212 f.; Allcock, Yugoslavia, 316.

<sup>72</sup> Calic, Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina, 72.

„Herzegowina-Lobby“ bezeichnet wird.<sup>73</sup> Viele einflußreiche Emigranten, die die HDZ in Kroatien finanzierten, stammten aus der Herzegowina. Diese übten deshalb Druck auf die regierende Partei in Kroatien aus, mit dem Ziel eines Anschlusses der Herzegowina an Kroatien. Die zentrale Persönlichkeit dieser Emigranten war der kroatische Verteidigungsminister Gojko Šušak, der aus seinem kanadischen Exil 1990 nach Kroatien zurückkehrte (vgl. Kapitel 3.6.1.).<sup>74</sup>

Die HDZ definiert sich in Bosnien als christdemokratische Partei der Kroaten Bosniens. Dabei sieht sie sich als legitimen und legalen Vertreter des politischen Willens des kroatischen Volks in Bosnien. Besondere Aufmerksamkeit widmete sie der ländlichen Struktur. Die HDZ will die kroatische bäuerliche Kultur erhalten.<sup>75</sup> Im Programm zu den Wahlen 1990 sprach sich die Partei zumindest im Programm noch gegen eine Kantonisierung oder eine Aufteilung Bosniens zwischen Kroatien und Serbien aus. Ähnlich wie die SDA gab sich die HDZ anti-kommunistisch. Während die Partei keine umfangreichen Vorstellungen von Wirtschaftsreformen besaß, nahm die Förderung der Familie und die Erhöhung der Geburtenrate unter Kroaten einen zentralen Platz ein.<sup>76</sup>

#### *Serbische Demokratische Partei*

Neben des HDZ stammte auch die Serbische Demokratische Partei (SDS) ursprünglich aus Kroatien. Dort wurde sie von Jovan Rašković gegründet. Im Sommer 1990 baute die Serbische Demokratische Partei ein Netzwerk von lokalen Vertretungen in Bosnien auf. Das Zentrum der Aktivität lag vorerst im Nordwesten und Zentrum Bosniens, wo die Verbindung in die Krajina am stärksten war. Die SDS in Bosnien stand unter der Führung Radovan Karadžić's. Neben engen Kontakten mit der Schwesterpartei in Kroatien unterhielt sie Beziehungen zur Sozialistischen Partei Serbiens (SPS). Offiziell ist die SDS mit der gleichnamigen Partei in Serbien verbunden. Die marginale Rolle der serbischen SDS ließ die Kontakte zur SPS jedoch in den Vordergrund treten (vgl. Kapitel 3.6.1.).<sup>77</sup>

Die SDS in Kroatien und Bosnien verlangte nicht sofort eine Loslösung der serbischen Bevölkerungsgebiete von den beiden Republiken. Ihre anfänglichen Forderungen zielten vielmehr auf eine Kulturreautonomie der Serben. Doch bereits zur Zeit der Wahlen in Bosnien Ende 1990 überwog der Anspruch auf eine territoriale Autonomie. Diese Forderung wurde in Kroatien schon klar ausgesprochen, in Bosnien jedoch erst im Verlauf des folgenden Jahres propagiert. Die zunehmenden Autonomieansprüche der SDS standen in direkten Zusammenhang mit den Sezessionsbestrebungen Kroatiens und Bosniens. Die Partei behauptete lediglich auf die Sezession Kroatiens und Bosniens zu

<sup>73</sup> zur Verbindung zwischen HDZ und der "Herzegowina-Lobby" s. Hans-Joachim Hoppe, *Croatia's New Political Elite* (=Bericht des BI Ost 7/1997, 15. Dezember 1996); Andrea Christiane Mayr, *Die HDZ (Hrvatska Demokratska Zajednica): Eine Analyse der Partei und ihrer Politik im Hintergrund der Entwicklungen in Kroatien seit 1989* (Diplomarbeit Wien 1996) 96-101.

<sup>74</sup> Christopher Cvijić, *Kroaten ohne Reue*, in: *Europäische Rundschau*, Nr. 4/94, Jhrg. 22, 76 f.

<sup>75</sup> Hrvatska Demokratska Zajednica, *Sažetak Izbornog Programa*, zitiert nach <http://www.oscebih.org/platform.htm>.

<sup>76</sup> Allcock, *Yugoslavia*, 314, 323 f.; Stejpan Ključić, *Sudbinu BiH rješavat čemo sami* [Das Schicksal von Bosnien und Herzegowina werden wir selbst entscheiden], in *Vjesnik*, 13.1.1991, zitiert nach: Osteuropa, Mai 1991, Jhrg. 41, A278 f.

<sup>77</sup> Calic, *Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina*, 72.

reagieren. Mit jedem Schritt zur Loslösung der Republiken von Jugoslawien wollte die SDS die Gebiete unter ihrer Kontrolle von den Republiken weiter trennen. Sie begründete dies, indem sie das Sezessionsrecht auf Nationen, nicht Republiken, anwenden wollte (vgl. Kapitel 3.1.1.). Wenn Kroaten und Muslime das Recht hätten, sich von Jugoslawien zu trennen, dann wären die Serben berechtigt, im Bundesstaat zu verbleiben. Im Wirklichkeit war der Loslösungsprozeß der Gebiete unter Kontrolle der SDS der Unabhängigkeitsbewegung Kroatiens und Bosniens immer um einen Schritt voraus.<sup>78</sup>

In ihrem Parteiprogramm gibt die SDS vor, die Staatlichkeit des serbischen Volkes erreichen zu wollen. Als Ziel ihrer Aktivitäten sieht sie die Schaffung einer Einheit aller serbischen Länder. Diese Einheit steht auch im Mittelpunkt des Wirtschaftsprogrammes. So soll sich auch die Marktwirtschaft den Nationalinteressen unterordnen. Ähnlich wie die HDZ stellt sie hierbei die Förderung der Dörfer und Landwirtschaft in den Vordergrund. Im Vergleich der Parteiprogramme mit anderen beiden nationalen Parteien fällt die starke Betonung des nationalen Elements auf. So findet sogar die Wiederherstellung der Denkmäler der Nationalgeschichte Eingang in das Programm. Anhand dieser Monmente soll der jahrzehntelange gerechte Kampf des serbischen Volkes für Freiheit und einen eigenen Staat untermauert werden. Die SDS strebt auch eine stärkere Bindung an die Religion an. So spricht sie sich für eine umfassende Zusammenarbeit mit der serbisch-orthodoxen Kirche aus.<sup>79</sup>

Im Programm der SDS vor dem Krieg fordert die Partei in Kroatien und Bosnien lediglich regionale Autonomie und den speziellen Schutz von nationalen Minderheiten. Ähnlich wie die HDZ ist dies jedoch in erster Linie als Versuch zu werten, ein Verbot zu vermeiden. Auch in den öffentlichen Stellungnahmen der Parteiführer vor der Wahl bleibt die Absicht einer Zerschlagung Bosniens unerwähnt.<sup>80</sup>

### 3.2.2. Libanon

Der Einfluß der Parteien war im Libanon stets sehr viel geringer als in Bosnien. 1968 traten zum Beispiel nur ein Drittel der Kandidaten für die Parlamentswahl als Anhänger von Parteien an. Die Kata'ib als einflußreichste Partei kontrollierte nie mehr als neun von 99 Sitzen (1968).<sup>81</sup> Zugleich bestanden im Libanon seit der Unabhängigkeit zahlreiche Parteien. Diese Vielfalt spiegelt die große Zahl der Konfession im Land wieder; jede Konfession wird durch mindestens eine Partei repräsentiert. Die konfessionellen Parteien strebten entweder eine bessere Repräsentation ihrer Konfession im bestehenden System an, oder beanspruchten die Vorherrschaft der Konfession im gesamten Land.

In den Jahren vor Beginn des Bürgerkrieges schlossen sich auch Parteien zu mehrere Bündnisse zusammen. Im Wesentlichen lassen sich drei politische Richtungen im Libanon unterscheiden, nach den sich die Parteien und Milizen gliedern.

---

<sup>78</sup> Cohen, Broken Bonds, 141-143.

<sup>79</sup> Srpske Demokratske Stranke, Izvod iz Programa, zitiert nach: <http://www.oscebih.org/platform.htm>.

<sup>80</sup> Allcock, Yugoslavia, 317 f., 328.

<sup>81</sup> Gordon, The Republic of Lebanon, 83, 85.

Die erste Gruppe bemühte sich um die Erhaltung des Status-Quo und die Sicherung der maronitischen Vorherrschaft. In dieser Gruppe dominieren Maroniten. Außerdem finden sich einige andere Christen innerhalb dieser Gruppe, die von der Kata'ib Partei dominiert wird.

Eine weitere Parteiengruppe erstrebte eine Entkonfessionalisierung des Systems bzw. eine Neugewichtung zugunsten der Muslime. Das stärkste Gewicht in dieser Gruppe hatte die „Progressive Sozialistische Partei“ von Kamal Jumblat. In dieser Gruppe finden sich überwiegend sunnitische Muslime und Drusen, sowie griechisch-orthodoxe Christen.

Die beiden schiitischen Parteien, Amal und Hizbollah, stellen die dritte Gruppe. Ihre Ziele entsprechen teilweise der zweiten Gruppe. Während des Krieges setzte sich die Hizbollah jedoch für einen religiösen islamischen Staat ein. Beide Parteien sind stärker als die zweite Gruppe konfessionell an die Schiiten gebunden und bemühten sich neben der politischen Arbeit um die Schaffung eines sozialen Netzwerks.

Einige Gemeinsamkeiten fast aller libanesischen Parteien sind hervorzuheben. Sie besitzen nur wenige Mitglieder und die Struktur der Parteien gliedert sich um eine Persönlichkeit. Diese Person ist meist entweder der Gründer oder, nach dessen Tod, sein Sohn. Dementsprechend dominiert die Konfession des Parteivorsitzenden, selbst wenn die Partei in ihrem Programm keine konfessionellen Ziele verfolgt. Vor dem Bürgerkrieg bestanden im Libanon demzufolge keine Massenparteien. Selbst im Parlament stellen die Parteien nur eine Minderheit der Abgeordneten. Die Parteien bilden im Parlament Pole, an denen sich unabhängige Abgeordnete orientieren. Einige Parteien sind als „Filialen“ regierender Parteien aus anderen arabischen Ländern zu sehen. Hierzu gehören die irakische und die syrische Baath-Partei, die Nasseristen und die Kommunistische Partei. Doch auch diese Parteien sind häufig mit libanesischen Notabeln verbunden.<sup>82</sup>

### *Die christlich-maronitischen Parteien und Milizen*

#### **Kata'ib**

Die Kata'ib (auch *Phalange* genannt) war die größte und am besten organisierte Partei des Libanon. Sie wurde als Jugendorganisation von Pierre Gemayel (Pierre Jumayyil) 1936 unter dem Eindruck der NSDAP gegründet. Die Kata'ib ist trotzdem nicht als faschistische Partei einzuordnen, auch wenn sie formale Elemente der Nationalsozialisten kopierte. Die Jugendorganisation besaß seit dem Beginn militärische Strukturen und Ränge. Bereits zu Beginn dominierten Maroniten die Partei. In den ersten Jahren gehörten ihr jedoch noch andere Christen an.

Nach der Unabhängigkeit des Libanon wandte sich die Partei gegen die herrschende Elite und das konfessionelle System und strebte einen säkularen Staat an. Die starke sozialpolitische Komponente kam durch die Umbenennung in Libanesische Sozialdemokratische Partei 1952 zum Ausdruck.<sup>83</sup> Während des kurzen Bürgerkrieges 1958 unterstützte sie den Präsidenten Chamoun aufgrund seines anti-arabischen Kurses. In der ersten Regierung seines Nachfolgers Shihab übernahm die Kata'ib erstmals

---

<sup>82</sup> Schiller, Der Bürgerkrieg im Libanon, 56 f.

<sup>83</sup> Die Partei behielt neben diesem Namen "Katib" in der offiziellen Bezeichnung bei.

Ministerposten. Trotz der damit einhergehenden Aufwertung der Partei gelang es ihr nicht, muslimische Mitglieder anzuwerben.

Mit dem politischen Erfolg verband sich auch eine Integration in die traditionelle libanesische Sozialstruktur. Die enge Verbindung zwischen maronitischer Elite und Kata'ib verhinderte allerdings eine Ausdehnung in andere Konfessionsgruppen. Weiterhin erschwerte es die Durchsetzung von politischen und sozialen Reformen, die im Widerspruch zu den Interessen dieser Elite standen.<sup>84</sup> Insgesamt blieb die Partei, trotz ihrer für libanesische Verhältnisse ausgeprägten Struktur, eine konfessionelle Einrichtung: „...[T]he ‘party’ really never ceased to represent what was simply ‘a more sophisticated base for confessional politics, particularly in the capital city of Beirut.’ Its programme remained vague and simplistic, and its appeal was limited by and large to the Christian, particularly Maronite, population.“<sup>85</sup>

Die Familie Gemayel spielt eine zentrale Rolle in der Partei. Pierre Gemayel, der Gründer, stammte aus dem nördlichen Metn-Gebiet des Mont Liban, oberhalb von Beirut. Diese Region bildet die Grenze zwischen der Stadt und den ländlichen Gebieten. Aus diesem Gebiet und anderen Teilen des Mont Liban rekrutierte sich die Gefolgschaft der Kata'ib. Die gegnerische PSP charakterisiert die Dominanz der Gemayels folgendermaßen: „Ils [Kata'ib] veulent réduire les libanais aux chrétiens, les chrétiens aux maronites, les maronites aux phalanges et les phalanges à la dynastie des Gemayel.“<sup>86</sup>

Die Kata'ib übernimmt weitgehend die staatliche Rechtfertigung für den Konfessionalismus als „Übergangslösung“. Trotzdem ist sie in dem Widerspruch zwischen dem offiziell angestrebten Säkularismus und der Interessenvertretung der Maroniten gefangen. Dieser Konflikt wird deutlich, wenn die Partei zwar eine neue Volkszählung nicht ablehnt, zugleich jedoch darauf besteht, daß dabei auch emigrierte Libanesen berücksichtigt werden.<sup>87</sup>

Neben der Parteiarbeit wurde die Kata'ib in zwei anderen Bereichen aktiv. Sie baute ein soziales Netz auf und unterhielt eine Miliz. Beide Aktivitäten verfolgten sie seit ihrer Gründung. Durch das soziale Programm betonte sie ihren Alleinvertretungsanspruch der Maroniten.

Die Kata'ib sah sich als „Schutzherr“ des Libanon, da sie die Armee für zu schwach hielt. Die Miliz erhielt durch die Staatskrise der frühen siebziger Jahre großen Zulauf. Von 50.000 Parteimitgliedern Anfang der siebziger Jahre gehörten 10.000 der Miliz an. Die Aufrüstung der Miliz diente als Vorbereitung auf einen Konflikt mit der PLO.<sup>88</sup>

Mit Beginn des Bürgerkrieges wich die Kata'ib von ihrer bisherigen Politik ab. Erstmals trat sie offen für die Schaffung eines christlichen Kleinlibanon auf. Die Parteilinie

---

<sup>84</sup> Ebd., 58-62.

<sup>85</sup> Khalaf, Denoeux, Urban Networks and Political Conflict, 185.

<sup>86</sup> Parti Socialiste Progressiste Libanais (Hg.) *Les Causes de la Guerre Civile au Liban et les Solutions Politiques* (Paris 1986) 18.

<sup>87</sup> Tsegaye-Tadesse, The Lebanese Crisis and Foreign Intervention, 27.

<sup>88</sup> Schiller, Der Bürgerkrieg im Libanon, 58-62.

änderte sich, da deutlich wurde, daß die Maroniten nicht mehr das gesamte Land dominieren konnten.

Das Verhältnis der Partei zu Syrien war während des Bürgerkrieges von wechselnden Allianzen geprägt. Am Beginn des Krieges lehnt die Kata'ib jede fremde Einmischung, insbesondere jene Syriens ab. Der Grund hierfür war das Bündnis der Opposition (u.a. Palästinenser, PSP) mit Syrien. Als Syrien einen vollständigen Sieg der muslimischen Kräfte verhindern wollte, kam es zu einer Annäherung zwischen Kata'ib und Syrien (vgl. Kapitel 3.6.2.). Diese Allianz blieb jedoch von kurzer Dauer (1975/6), da die langfristigen Ziele Syriens nicht mit jenen der Kata'ib vereinbar waren. Den Großteil des restlichen Bürgerkrieges blieben Syrien und die Kata'ib verfeindet, insbesondere nach der Allianz zwischen Israel und der Kata'ib 1982. Mit Ende des Bürgerkrieges durch den vollständigen Sieg Syriens wurde die Kata'ib weitgehend marginalisiert.

In der Kata'ib bildeten sich zwei Flügel. Der moderate Flügel unter Amin Gemayel, dem ältesten Sohn Pierre Gemayels und Präsident (1982-1988), hielt eine christliche Dominanz nur durch Ausgleich und Kompromisse mit den arabischen Nachbarländern und der muslimischen Bevölkerung für möglich. Sein Bruder Bashir, der die Milizen der Kata'ib im Bürgerkrieg leitete, lehnte einen Dialog mit den verfeindeten Kriegsparteien ab. Er hoffte vielmehr auf amerikanische und israelische Unterstützung.<sup>89</sup> Bashir Gemayel wurde bereits vor dem Bürgerkrieg vom amerikanischen Geheimdienst CIA rekrutiert und erhielt im Verlauf des Krieges finanzielle Hilfe für die Miliz der Kata'ib vom CIA.<sup>90</sup>

#### **National-Liberale Partei**

Nach dem konfliktreichen Ende der Amtszeit Präsident Chamouns 1958 gründete dieser die National-Liberale Partei. Sie sollte vor allem seinen weiteren Einfluß sichern. Die „Partei“ bildete ein loses Bündnis maronitischer Politiker, die dem prowestlichen Kurs von Chamoun folgten. Das Einflußgebiet ist geographisch auf die Heimatregion Chamouns im Chouf und den Mont Liban beschränkt. Nach dem Tod von Camille Chamoun 1987 übernahm sein Sohn Dany Chamoun die Parteiführung. Er leitete bereits zuvor die „Tiger“, die 2.000 Personen starke paramilitärische Einheit der National-Liberalen Partei.

Neben ihrer Orientierung nach Europa und den USA, hat die Partei zum Ziel, die maronitische Dominanz über den Staat und die freie Marktwirtschaft ohne staatliche Einmischung zu fördern.<sup>91</sup> Unter den Anhängern finden sich mehr Angehörige anderer Konfessionen als in der Kata'ib-Partei. Sie erkennt dementsprechend den arabischen Charakter des Landes an und bemüht sich um Zusammenarbeit mit anderen arabischen Ländern. Stärker als die anderen überwiegend maronitischen Parteien sprach sich die National-Liberale Partei für eine Entkonfessionalisierung des Systems ein und strebte die Abschaffung der konfessionellen Zivilrechts an.<sup>92</sup>

---

<sup>89</sup> Die radikalen Positionen von Bashir Gemayel werden in Selim Abou, Bechir Gemayel ou L'Esprit d'un Peuple (Paris 1984), deutlich. In den hier wiedergegebenen Reden von B. Gemayel werden Maroniten nicht als Araber bezeichnet. s. auch Rabinovich, The War for Lebanon, 61-65.

<sup>90</sup> Bob Woodward, Veil: The secret wars of the CIA 1981-1987 (New York 1987) 203-205.

<sup>91</sup> Schiller, Der Bürgerkrieg im Libanon, 62 f.

<sup>92</sup> zum Programm der Partei s. The Lebanon of tomorrow: rightist visions, in: The Middle East, April 1977, Nr. 30, 29.

### Nationaler Block

Eine vergleichbare politische Linie verfolgt der „Nationale Block“ des ehemaligen Präsidenten Emile Eddé. Die Partei wurde bereits 1942 gegründet und besaß nicht nur Anhänger unter Maroniten, sondern auch in der griechisch-katholischen Bevölkerung. In den fünfziger Jahren zählte die Partei 15.000 Mitglieder und 4 Sitze im Parlament. Nach dem Tod von Emile übernahm der Sohn Raymond die Führung, konnte sich jedoch kaum gegenüber den anderen christlichen Parteien behaupten. Nur der traditionelle Einfluß in der Stadt Jbaïl und eine enge Allianz mit der National-Liberalen Partei konnte ihren Fortbestand sichern.<sup>93</sup>

### Gruppe um Sulaiman Franjiyya

Sulaiman Franjiyya, zu Beginn des Bürgerkrieges noch Präsident, versuchte wie Chamoun vor ihm seinen Einfluß durch ein Bündnis mit christlichen Politikern zu sichern. Von allen christlichen Politikern besaß er die besten Beziehungen zu Syrien, zugleich genoß er als Notabler den Respekt der christlichen Bevölkerung im Nordlibanon. Neben einer politischen Gruppierung baute Franjiyya auch eine eigene Miliz auf, die *Zugharte Befreiungsarmee*. Wie in den meisten anderen Milizen wurde sie vom Sohn des Politikers angeführt. Der Sohn Tony Franjiyya übernahm nach dem Ende der Präsidentschaft seines Vaters auch die politische Kontrolle und baute durch eine Freundschaft mit dem Bruder des syrischen Präsidenten die Beziehungen zum Nachbarland weiter aus.<sup>94</sup>

Die Beziehungen zu Syrien drücken sich auch im Programm Franjiyya's aus. Deutlich richtet sich Franjiyya gegen die PLO und deren „anarchistische bewaffnete“ Präsenz im Land. Obwohl sich auch der ehemalige Präsident für die Unabhängigkeit des Libanon einsetzt, findet sie nicht die ausdrückliche Erwähnung im Programm, wie bei den anderen maronitischen Parteien.<sup>95</sup>

### Die Wächter der Zedern und andere radikale Gruppen

Neben der Kata'ib bestanden einige Milizen und Parteien, wie die „Wächter der Zedern“, die ein radikalere Linie vertraten. Sie sahen den Libanon als Zion der Maroniten und waren anti-arabisch. Oftmals leugneten sie die arabische Herkunft der Maroniten. Sie bezeichneten sich als Nachfolger der Phönizier. Dies diente dazu, das historische Recht auf den Libanon zu untermauern und zugleich eine pro-westliche Politik zu verfolgen. Gleichzeitig sprachen sie sich offen für eine Allianz mit Israel aus, das als Vorbild für einen geplanten maronitischen Staat diente. Die Bedeutung dieser Gruppierungen lag weniger in ihrem direkten politischen oder militärischen Einfluß, als in ihren Zielen. Sie deckten sich mit jenen des radikalen Flügels der Kata'ib. Die Partei Gemayel verfolgte oft die gleichen Ziele, ohne diese jedoch offen zu verkünden.<sup>96</sup>

### Front Libanais

Die wichtigsten maronitischen Parteien schlossen sich Anfang 1976 zu der *Front Libanais* zusammen. Die Front blieb ein lockerer Zusammenschluß von Parteien und

---

<sup>93</sup> Schiller, Der Bürgerkrieg im Libanon, 64 f.

<sup>94</sup> Rabinovich, The War for Lebanon, 66-68.

<sup>95</sup> zum Programm der Partei s. The Lebanon of tomorrow: rightist visions, in: The Middle East, April 1977, Nr. 30, 30.

<sup>96</sup> Rabinovich, The War for Lebanon, 69 f.

Politkern. Aufgrund interner Auseinandersetzungen entwickelte sie sich nur langsam zu einer geschlossenen Organisation. Im Herbst 1975 gründete sie die *Forces Libanaises*, die die Milizen koordinieren sollten. Die *Forces Libanaises* standen unter der Vorherrschaft der Kata'ib und der Familie Gemayel. Obwohl sie offiziell lediglich die Exekutive der Front waren, bekämpften sie öfters auch maronitische Milizen und erzwangen die Dominanz über alle anderen Verbände unter den Maroniten, auch mit Gewalt.<sup>97</sup>

Die FL verdeutlicht den hohen Organisationsgrad der Maroniten. Während alle anderen konfessionellen Gruppierungen von internen Kämpfen und Widersprüchen geprägt waren, gelang es den Maroniten relativ früh im Bürgerkrieg eine militärische und politische Einheit zu etablieren. Die FL waren nicht eine geschlossene Vereinigung, trotzdem wurde ihr Alleinvertretungsanspruch der Maroniten nicht in Frage gestellt.<sup>98</sup>

Das Programm der Front Libanais blieb sehr vage und wurde stark von der Kata'ib bestimmt. Im Zentrum des Forderungskatalogs stand die Dezentralisierung des Staates in weitgehend autonome Provinzen, die von der Partei der jeweils stärksten Konfession regiert werden sollten. Zudem sollten die Palästinenser nach einem Aufteilungsschlüssel auf alle arabischen Ländern verteilt werden. Trotz der Forderung nach einer Säkularisierung des politischen Systems lehnen die Kata'ib und die Front Libanais einen muslimischen Präsidenten strikt ab. Der am häufigsten Wiederkehrende Grundsatz der FL und aller maronitischen Parteien ist die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes. Die Betonung der Souveränität richtet sich in erster Linie gegen die Palästinenser und je Lage auch gegen Syrien.<sup>99</sup>

### *Parteien für eine Entkonfessionalisierung*

#### **Progressive Sozialistische Partei**

Die Sozialistische Partei (PSP) rekrutierte sich in erster Linie aus Drusen. Der Führer der Partei war bis zu seiner Ermordung 1977 Kamal Jumblat, der die Partei 1949 gegründet hatte. Da er zugleich Oberhaupt einer der zwei Gruppen der libanesischen Drusen war (vgl. Kapitel 3.4.2.) bestand eine enge personelle und inhaltliche Zusammenarbeit zwischen Religion und Partei. Anders als die Kata'ib sah sich die PSP jedoch nicht als die Interessenvertretung der Drusen.

Die PSP befand sich in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in der Opposition und folgte seit den fünfziger Jahren einer pan-arabischen Linie. Besonders während des Bürgerkrieges 1958 spielte die PSP eine führende Rolle in der Opposition gegen Präsident Chamoun. Unter der Präsidentschaft Shihabs verließ die PSP die Opposition und beteiligte sich öfters an der Regierung (Joumblatt u.a. als Innenminister). Die Partei konnte trotz Regierungsbeteiligung ihre Unterstützung bei Wahlen nicht ausbauen. Der zentrale Einflußbereich der PSP liegt im Siedlungsgebiet der Drusen im Chouf.<sup>100</sup>

---

<sup>97</sup> Kuderna, Christliche Gruppen im Libanon, 94-103.

<sup>98</sup> Khalaf, Denoeux, Urban Networks and Political Conflict, 189.

<sup>99</sup> zum den Zielen der *Forces Libanaises* in den siebziger Jahren s. Barbara F. Karabi, Lebanon's Gemayel: No to a Muslim President, in: The Middle East, April 1977, Nr. 30, 27 f. Zum Programm von Präsident Amin Gemayel und der FL in der achtziger Jahren s. Amine Gemayel, Le Liban: contruire l'avenir (Paris 1992).

<sup>100</sup> Schiller, Der Bürgerkrieg im Libanon, 69-71.

Nach dem Tod von Kamal Jumblat übernahm sein Sohn Waldi Jumblat die Parteiführung. Die Partei wird nach wie vor sehr autoritär geführt. Mitbestimmungsrechte der Mitglieder bestehen kaum.<sup>101</sup>

Das zentrale Ziel der PSP ist die Schaffung eines laizistischen Staates und ein entkonfessionalisiertes politisches System. Nach Ansicht der Partei stehen religiöse Motive nicht im Vordergrund als Kriegsursachen. Vielmehr beruhten die Spannungen auf sozialen Motiven, zugleich fügte die PSP hinzu: „Le mal confessionel qui déchire notre pays se traduit par un régime politique où la tradition et l'usage de règles sclérosées prévalent sur l'application des textes constitutionnels ou légaux.“<sup>102</sup> Der PSP zufolge ist das konfessionelle System Ausdruck der sozialen Ungerechtigkeiten. Insbesondere die Kata'ib-Partei gilt aus dieser Perspektive als Beschützer der Privilegierten. Die PSP spricht der Kata'ib ab, die maronitische Bevölkerung zu repräsentieren. In ihrer Erklärung des Bürgerkrieges wird weiterhin aufgezählt, welche Ämter in Staat und Wirtschaft von Maroniten dominiert sind. Hier zeigt sich der grundlegende Widerspruch in der Konzeption der Partei. Einerseits wendet sie sich gegen konfessionelle Politik und versucht die Gegner auf die Kata'ib einzuzgrenzen. Andererseits kritisiert sie die maronitische Vorherrschaft und geht dabei notwendigerweise von einer konfessionellen Sicht aus. Somit verurteilt die PSP pauschal alle Maroniten. Begrifflich wird abwechselnd von einer maronitischen und dann wieder einer Vorherrschaft der Kata'ib gesprochen. Sie benutzt somit Argumente des Systems, das die Progressive Sozialistische Partei abschaffen will.<sup>103</sup> Das Gegenkonzept der PSP lehnt den Nationalpakt ab. Entsprechend der pan-arabischen Ausrichtung der Partei findet das „dem Westen zugewandte Gesicht“ des Libanon in der Staatsauffassung der PSP keine Erwähnung mehr. So heißt es: „Il [Libanon] est d'appartenance et d'identité arabe.“<sup>104</sup>

Die PSP lehnte den israelischen Einmarsch ab und bezeichnet ihn als „Faschismus“ und sieht den Libanon zu einer Kolonie degradiert. Die Kata'ib wird dementsprechend zu „Verrätern“ verurteilt, wobei prominente christliche Politiker zitiert werden, um diese Sicht zu untermauern.<sup>105</sup>

#### **Sozial-Nationalistische Syrische Partei**

Die Wähler und die Führung der Sozial-Nationalistischen Syrischen Partei rekrutierte sich überwiegend aus der griechisch-orthodoxen Bevölkerung des Libanon. Die Partei entstand bereits 1932 und hatte sowohl den italienischen Faschismus, wie später den deutschen Nationalsozialismus zum Vorbild. Ziel der Partei war die Schaffung eines Großsyriens, ohne islamische Komponenten. Der Gründer Antun Saadeh kehrte nach einer Zeit des Exils 1947 in den Libanon zurück. Zwei Jahre später folgten Zusammenstöße mit der Kata'ib, in deren Folge die Syrische Partei und ihre paramilitärischen Organisationen verboten wurden. Der Parteiführer wurde 1949 hingerichtet.

---

<sup>101</sup> Tsegaye-Tadesse, The Lebanese Crisis and Foreign Intervention, 29.

<sup>102</sup> Parti Socialiste Progressiste Libanais (Hg.) Les Causes de la Guerre Civile au Liban, 6.

<sup>103</sup> Ebd., 5-10.

<sup>104</sup> Ebd., 23.

<sup>105</sup> Ebd.; Kamal Joumblatt, Pour le Liban (Paris 1978).

Die Sozial-Nationalistische Syrische Partei richtete sich stets gegen den libanesischen Staat und war dementsprechend nur kurze Zeit unter Präsident Chamoun legal. Unter Chamoun hatte sie etwa 25.000 Anhänger, die den Präsidenten in der Krise 1958 unterstützten. Nach einem mißlungenen Putschversuch gegen seinen Nachfolger 1961 ging sie wieder in den Untergrund und verbündete sich mit kommunistischen und radikalen palästinensischen Parteien und Gruppen. Das Kerngebiet der Partei lag in Beirut und Tripoli.<sup>106</sup>

#### **Andere Parteien**

Neben der PSP gab es noch mehrere linke Parteien. Diese waren jedoch sehr klein und untereinander zerstritten. Die moskautreuen Kommunisten folgten in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren einer pro-israelischen Linie. Der Grund hierfür lag in der pro-israelischen Politik der Sowjetunion und der Finanzierung der KP während des Weltkrieges durch die jüdisch-dominierte KP Palästinas. Nach dem 1. arabisch-israelischen Krieg war die Partei somit diskreditiert. Alle anderen linken Parteien standen auf der Seite der Palästinenser, was ihnen zwar mehr Unterstützung sicherte, sie trotzdem nicht zu einem libanesischen Machtfaktor werden ließ.<sup>107</sup>

Mit der Machtübernahme Jamal Nasser in Ägypten kam es zu einem Aufschwung panarabischer Strömungen in der arabischen Welt und auch im Libanon. Die Nasseristen lehnten jede Annäherung an den Westen ab und strebten eine Zerstörung Israels an. Die 1942 in Syrien gegründete Baath-Partei verfolgte eine ähnliche Linie, jedoch mit stärkerer sozialistischer Orientierung. Ab 1952 wurde die Baath Partei im Libanon aktiv, spaltete sich bald nach der Gründung in einen pro-syrischen und pro-irakischen Flügel. Beide strebten das gleiche Ziel, die arabische Einheit unter sozialistischem Vorzeichen, an. Sie orientierten sich lediglich an den beiden unterschiedlichen Mutterorganisationen. Die meisten Anhänger waren Muslime und griechisch-orthodoxe Christen aus Tripoli, Baalbek und Saïda. Da die Baath Partei semi-legal und in sich gespalten war, lässt sich die Zahl der Anhänger der beiden Parteien kaum feststellen.

Die „Arabische Nationalbewegung“ (ANM) strebte im Gegensatz zur Baath einen nasseristischen Kurs und eine Anlehnung an Ägypten an. Die Vereinigte Arabische Republik (VAR) aus Ägypten und Syrien, die zwischen 1958 und 1961 bestand, wurde von der ANM als Kern eines gesamtarabischen Staates gesehen. Das Auseinanderbrechen der VAR und die Niederlage der arabischen Länder gegen Israel im Sechs-Tage-Krieg 1967 schwächte den Panarabismus und löste innerparteiliche Flügelkämpfe aus. Teile der panarabischen Bewegung schlossen sich bereits 1966 der Opposition unter Kamal Jumblat an. Die meisten Anhänger der ANM waren Schiiten und Sunnitnen, sowie einige griechisch-orthodoxe Intellektuelle. Ihren geographischen Schwerpunkt hatte die Partei in Saïda und Beirut. Innerhalb der Nasseristen formierten sich ein marxistischer Flügel, der eng mit den Palästinensern im Libanon zusammenarbeitete. Insgesamt wurde durch die ANM und ähnliche panarabische Organisationen die schiitische und sunnitische Elite geschwächt, da sie sich nicht mit deren Zielen identifizieren konnte. Den panarabischen Kräften gelang es jedoch nicht, die traditionelle Politiker zu ersetzen.<sup>108</sup>

---

<sup>106</sup> Schiller, Der Bürgerkrieg im Libanon, 67-69.

<sup>107</sup> Ebd., 75-77.

<sup>108</sup> Ebd., 71-75.

### **Sunnitische Politiker**

Die meisten sunnitischen Politiker waren nicht in Parteien organisiert und verloren als erste Angehörige der traditionellen Elite den Kontakt mit ihrer Basis. Die meisten sunnitischen Za‘im unterstützten kaum oder nur zögernd den Nasserismus, der in der Sunnitischen Bevölkerung große Anhängerschaft fand. Zugleich entfernten sich die Intellektuellen von dieser Führungsschicht, da insbesondere Studenten pan-arabischen Strömungen anhingen. Die Elite hingegen sah ihre eigenen Interessen am besten im Libanon gesichert. Der militärische Geheimdienst versuchte unter der Präsidentschaft von Shihab und Hélou, die Macht der sunnitischen Elite zu untergraben. Grund hierfür war die Absicht der Shihabisten eine neue Führungsschicht im Staat zu etablieren. Deshalb wurde traditionelle sunnitische Politiker aus ihren Positionen verdrängt.<sup>109</sup>

Obwohl sich ihre Interessen weitgehend mit jenen maronitischer Politiker deckten, mußten sie eine Reform des politischen Systems verlangen, um selbst politisch zu überleben. Zugleich würde eine Reform die Stellung der Muslime stärken und somit auch ihnen einen Machtzuwachs bescheren. Mit Ausbruch des Krieges mußten sie sich den radikaleren Positionen der Nationalen Front anschließen, da sie weder über eine große Gefolgschaft, noch über eigene Milizen verfügten.<sup>110</sup>

### **Die Nationalbewegung**

Bereits vor dem Bürgerkrieg, 1973, schlossen sich die progressiven Parteien zur Nationalbewegung zusammen. Anders als die Forces Libanaises lösten sich die beteiligten Milizen nicht in der Gruppe auf. Im Mittelpunkt der Nationalbewegung stand die Progressive Sozialistische Partei von Jumblat, um die sich alle Parteien, die eine Änderung der politischen Systems anstrebten, gruppierten. Hierzu zählten neben beiden Baathparteien (irakischer und syrischer Flügel) die Nasseristen und Sozial-Nationalistische Syrische Partei. Zudem gehörte die schiitische Amal zeitweise der Nationalbewegung an. Da sie jedoch ein stärkeres konfessionelles Programm wie die anderen Parteien der Nationalbewegung besaß, blieb das Bündnis nicht von langer Dauer.

### *Schiitische Parteien*

#### **Amal**

Die schiitische Religionsgemeinschaft artikulierte sich erst bedeutend später als die anderen Konfessionen. Sayyid Musa as-Sadr, der führende schiitische Geistliche im Libanon, gründete 1967 den „Hohen schiitischen Rat“, dessen erster Vorsitzender er wurde. Diese Gründung markiert den endgültigen Bruch mit der sunnitischen Hierarchie. Sadr gründete die Bewegung der Erbten (*Haraket el-Mahroumeen*) 1974 offiziell als überkonfessionelle soziale Organisation. In erster Linie bemühte sie sich um die Schiiten. Aus ihr erwuchs im Bürgerkrieg die *Amal* (Hoffnung, *Afwaj al-Muqawawah al-Lubnanya*) unter der Führung von Husayn al-Husayn. Sadr „verschwand“ 1978 bei einem Aufenthalt in Libyen. Nabih Berri etablierte sich in Folge

---

<sup>109</sup> Khalaf, Denoeux, Urban Networks and Political Conflict, 186 f.

<sup>110</sup> Rabinovich, The War for Lebanon, 83 f.

als neuer Führer der Amal. Er verfolgte eine säkulare Linie und kam dadurch mit religiösen Strömungen innerhalb der Amal in Konflikt.<sup>111</sup>

Der größte Erfolg für die Amal war die Eroberung Westbeiruts Anfang 1984 gemeinsam mit Milizen der Drusen. Zugleich stand die Amal bereits zu diesem Zeitpunkt unter starkem Druck religiöser Abspaltungen, die sich im Süden und in der Bekaa Ebene der Amal zu einer Konkurrenz entwickelten. Husayn al-Husayn, der im Wettbewerb mit Berri um die Vorherrschaft innerhalb der Amal stand, wurde Parlamentspräsident. Die beiden Politiker spiegeln die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Amal wieder. Husayn gehörte einer Familie mit Großgrundbesitz in der Bekaa-Ebene an und versuchte traditionelle Politik innerhalb des Systems zu betreiben. Berri hingegen stammte aus bescheidenen Verhältnissen und trat für eine grundlegende Reform des Systems ein. Er ist Vertreter der neuen libanesischen Elite, die stärker in der Bevölkerung verankert ist.

In den letzten Jahrzehnten sind die Schiiten zur größten Religionsgemeinschaft des Libanon herangewachsen. Obwohl sie erst spät im Bürgerkrieg eine wichtige Rolle spielten und bis heute nicht das Selbstbewußtsein der maronitischen oder sunnitischen Bevölkerung besitzen, ist es der Amal Partei gelungen eine bessere Repräsentation im Staat zu erreichen.<sup>112</sup>

#### **Hezbollah**

Als Folge der israelischen Besetzung des Libanon und der islamischen Revolution im Iran radikalierte sich ein Teil der schiitischen Bevölkerung. Dies verstärkte sich durch die Anwesenheit von 1500 iranischen *Pasdaran* (Revolutionswächtern), die in der Bekaa-Ebene die islamistischen Schiiten unter der Vorherrschaft der Hezbollah vereinten.

Der religiöse Flügel der Amal spalteten sich als „Islamischer Amal“ (*Al-Amal al-Islami*) von der Amal ab und schloß sich der Hezbollah an. Zu Anfang war die Hezbollah ein Sammelbecken verschiedener Organisationen. Mitglieder der Partei verübten im Lauf des Jahres 1983 Selbstdmordanschläge auf die amerikanische Botschaft und die Kasernen der amerikanischen und französischen Armee. Auch die israelische Armee wurde zum Ziel von Attentaten. Die Hezbollah ist als einer der wichtigsten Ursachen für den israelischen Abzug aus den meisten Gebieten des Libanon Anfang 1985 zu sehen. Dieser Abzug war das vorrangige Ziel der Hezbollah. Nach wie vor kämpft sie für einen vollständigen Rückzug Israels aus dem Libanon. Das zweite Ziel der Hezbollah war eine Totalreform des Staates.<sup>113</sup> Einige Splittergruppen verlangten die Erschaffung einer islamischen Republik bzw. eine Vereinigung aller Schiiten. Da dies angesichts der Realität im Libanon unmöglich ist, blieb eine derartige Position auf eine Minderheit beschränkt. Die wichtigste religiöse Leitfigur der Hezbollah, Sayyid Muhammad Husayn Fadlallah lehnt die Umwandlung des Libanon in einen islamischen Staat ab.<sup>114</sup>

In den Folgejahren des Bürgerkrieges gelang es der Hezbollah, die Amal als Konkurrenz weitgehend zu schwächen. Mit Ende des Bürgerkrieges nahm die Hezbollah eine

---

<sup>111</sup> Andres Rieck, Die Schiiten und der Kampf um den Libanon. Politische Chronik 1958-1988 (=Mitteilungen des Deutschen Orient-Instituts 33, Hamburg 1989) 100-149.

<sup>112</sup> Fouad Ajami, Lebanon and its Inheritors, in: Foreign Affairs, Spring 1985, Nr. 1, Jhrg. 63, 790-792.

<sup>113</sup> Rieck, Die Schiiten und der Kampf um den Libanon, 591-603.

<sup>114</sup> Ajami, Lebanon and its Inheritors, 792 f.

moderatere Haltung ein. Die Ablehnung des Staates wurde aufgegeben und die Mitarbeit in den Institutionen des Libanon wurde aufgenommen. Das Ziel eines islamischen Staates blieb zwar Endziel der Partei, sie spricht sich seither jedoch für eine friedliche Erreichung des Ziels aus.<sup>115</sup> Sheik Muhammad Husayn Fadlallah begründete den Kampf gegen die israelische Besatzung folgendermaßen: „Those who resist [der isralischen Besetzung des Südlibanon] are fighting for their freedom and their land and people, just as the Americans fought against colonialism and as the French fought the Nazi occupation...The mujahedin from Hizballah are exercising their right to fight an occupying force.“<sup>116</sup>

Die Hizbollah stellt einen neuen Parteityp im Libanon dar. Ähnlich wie die Kata'ib ist sie besser und einheitlicher organisiert als alle anderen Partei (die oft als „Klubs“ bezeichnet werden), zugleich besitzt sie im Gegensatz zu allen anderen bedeutenden Parteien ein ausdrücklich religiöses Weltbild. Die traditionellen Parteien waren in erster Linie Vertretungen der jeweiligen Eliten. Die Hizbollah kann dagegen als Massenpartei gesehen werden.

### 3.2.3. Zusammenfassung

Die Parteienlandschaften Bosniens und des Libanons unterscheiden sich erheblich. In Bosnien dominierte vierzig Jahre die kommunistische Partei, während im Libanon seit der Mandatszeit eine Vielzahl an Parteien bestanden. Nur wenige sind mit europäischen Parteien zu vergleichen, da sie in den meisten Fällen keine feste Struktur besaßen. Die jeweilige Partei organisierte sich vielmehr um einen oder mehrere Spitzenpolitiker, Parteiprogramme spielten dabei nur eine untergeordnete Rolle. Auch Koalitionen basierten stärker auf personellen Bündnissen. Im Parlament konnten die meisten Parteien selten mit einer festen Zahl von Abgeordneten rechnen. Die Bewaffnung der Parteien setzte bereits einige Jahre vor dem Kriegsbeginn ein, so daß die Loyalitätsverhältnisse zwischen Milizen und Parteien sehr direkt waren und meist personell gesichert wurden (Söhne der Parteichefs als Milizführer). Durch den Krieg ist es zu einem Wandel in der Parteienlandschaft gekommen. Vor und während des Krieges vertrat die Kata'ib als einzige starke Partei die Interessen der Maroniten. Das Gewicht hat sich während des Krieges hin zur schiitischen Bevölkerung und ihrer Vertretung verschoben. Mittlerweile ist die Hizbollah die am besten organisierte Partei. Nach wie vor organisiert sich die politische Landschaft jedoch durch lose Bündnisse und Koalitionen.

In Bosnien hingegen ist mit Ende des kommunistischen Machtmonopols eine klar umrissene Parteienlandschaft entstanden. Diese Struktur weist Ähnlichkeiten mit historischen politischen Parteien in Bosnien in Österreich-Ungarn und in im Königreich Jugoslawien auf. In den ersten zwei Jahren bestand auch der Versuch, die Zusammenarbeit der nationalen Parteien nach Vorbild früherer Koalitionen einzuführen.

---

<sup>115</sup> Die Hizbollah übernahm nach den 1992 eine parlamentarische Oppositionsrolle und zog mit 12 Sitzen (von 128) in das Parlament ein. Als einzige Miliz wurde sie 1991 nicht entwaffnet, da ihr das Recht zugesprochen wurde, den Libanon endgültig von israelischer Besatzung zu befreien. Zum Wandel von Miliz zu Partei s. Nizar Hamzeh, Lebanon's Hizbullah: from Islamic revolution to parliamentary accomodation, in: Third World Quarterly, Nr. 2/1993, Jhrg. 14, 321-337.

<sup>116</sup> A fiery cleric's defense of jihad, Sheik Mohammed Hussein Fadlallah speaks Lara Marlowe, in: Time International, 15.1.1996, Nr. 3, Jhrg. 147.

Nach den Wahlen kontrollierten die drei nationalen Parteien über 80 % der Sitze im Parlament und die nationalen Parteien vertraten eine überwältigenden Mehrheit der jeweiligen Nation.<sup>117</sup> Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß innerhalb einer Partei ein großes politisches Spektrum beheimatet ist. Einerseits betrifft dies die wirtschaftspolitischen Vorstellungen, andererseits die Ziele und Methoden, nach denen die Vertretung der jeweiligen Nation wahrgenommen werden soll. Die nationalen und konfessionellen Parteien umfassen ein breites Spektrum an unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen. Auch die nationalen bzw. konfessionellen Vorstellungen konnten in einer Partei stark variieren. Im Verlauf des Bürgerkrieges wurden jedoch in beiden Ländern die moderateren Parteiflügel marginalisiert.

In allen drei Parteien gab es einen Flügel, wenngleich unterschiedlich stark, der sich für eine Kooperation mit den anderen Nationen aussprach. Die drei Parteien blieben in ihrer Zusammensetzung jedoch national, so gehörten alle Abgeordneten der HDZ, SDA und SDS 1990 der jeweiligen Nation an. Die Parteien im Libanon waren dagegen stets offener. Selbst wenn eine Konfession dominierte, fanden sich in den meisten Parteien Angehörige anderer Konfessionen. Dies reflektiert sich auch in der Politik der Parteien. Selbst die beiden Parteien mit der stärksten Struktur und den deutlichsten konfessionellen Zielen, Kata'ib und Hizbollah, hatten Mitglieder und sogar Abgeordnete mit andererem religiösem Bekenntnis. Ein Grund für diesen Unterschied ist im libanesischen Wahlsystem zu finden. (s. Kapitel 3.1.2)

Nationalistische oder konfessionelle Parteien stehen in multinationalen bzw multikonfessionellen Staaten unvermeidbar in Konflikt mit dem Staat. Während in Nationalstaaten nationale Interessen von staatlicher Seite vertreten werden können, ist dies in multinationalen Staaten unmöglich. Die nationalistischen Parteien versuchen demzufolge in multinationalen Staaten staatliche Funktionen zu übernehmen, um ihre Nation „schützen“ zu können. Als Beispiel kann der Schulunterricht genommen werden. In Nationalstaaten kann der Staat zum Beispiel die nationale Geschichte unterrichten. In multinationalen Staaten muß der Unterricht hingegen alle Nationen berücksichtigen. Demzufolge versuchen nationale Parteien dem Staat den Unterricht zu entziehen, um die eigene nationale Geschichte unterrichten zu können. Dieser Konflikt läßt sich nicht lösen, solange nationale Parteien in einem multinationalen Staat bestehen. Dementsprechend kann die Parteienentwicklung in Bosnien-Herzegowina als „necessary hegemony of fragments“ (John B. Allcock) bezeichnet werden.

Obwohl die Beziehungen zu den jeweiligen Milizen und Armeen eng war, bestand nicht die personelle und strukturelle Einheit, die im Libanon zu finden war. Im Libanon strebte nur eine Minderheit der Parteien eine Zerschlagung des Staates an, die Mehrheit bemühte sich um die Erhaltung des Staates, wohlgemerkt unter anderen Vorzeichen. In Bosnien hingegen bemühte sich bereits bald nach den Wahlen die Serbische Demokratische Partei um die Zerstörung des Staates, ihr folgte mit Ausbruch des Krieges die Kroatischen Demokratischen Union. Dementsprechend ist Bosnien heute de facto zwei- bzw. dreigeteilt, während Libanon ein einheitlicher Staat geblieben ist. Jene libanesischen Parteien, die eine Teilung anstrebten befinden sich heute im Exil. Anders als im Libanon haben in Bosnien alle drei Parteien den Krieg überstanden und bei den anschließenden Wahlen ihre Existenz abgesichert.

---

<sup>117</sup> Robert J. Donia, John V. A. Fine, jr., Bosnia and Herzegovina: A Tradition Betrayed (London 1994) 211.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß in beiden Ländern konfessionelle Parteien die politische Landschaft, vor, während und nach dem Krieg dominieren. Die Funktion, die Interessen der gesamten Bevölkerung zu vertreten, können sie kaum erfüllen. Sie sind vielmehr Organe eines abgegrenzten Kollektivs, nicht einer Gruppe von Individuen. In Bosnien und im Libanon erheben die nationalistischen bzw. konfessionellen Parteien den Alleinvertretungsanspruch ihrer jeweiligen Nation oder Konfession. Der Präsident des oppositionellen „Serbischen Rates“, Ljubomir Berberović, charakterisiert diesen Anspruch folgendermaßen: „Die sogenannten nationalen Interessen von Serben oder Kroaten wurden von politischen Parteien formuliert, die beanspruchten, die gesamte kroatische oder serbische Bevölkerung zu repräsentieren. Demokratie kann jedoch nach meiner Auffassung nur funktionieren, um politische Parteien an die Macht zu bringen, nicht nationale.“<sup>118</sup>

Alle Parteien haben im Verlauf der Krieges quasi-staatliche Züge angenommen. In Bosnien riefen zwei der drei nationalen Parteien einen Staat aus und füllten diesen mit Funktionären ihrer Partei. Sowohl die „Republika Srpska“, wie „Herceg-Bosna“ sind während und teils auch nach dem Bürgerkrieg ein Parteiensystem geblieben. Die Aufgabe dieser Partei-Staaten war die Vertretung der Interessen der Partei, durch Expansion des Einflußbereiches, soziale und wirtschaftliche Absicherung der Partei und ihrer Anhänger und die Unterdrückung wirklicher oder imaginärer Gegner.

Im Libanon entwickelten Parteien und konfessionelle Strukturen im Bürgerkrieg ähnliche Strukturen. Sie sicherten soziale Dienstleistungen, versorgten ihre Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen Grundbedürfnissen und entwickelten eine eigene Verwaltung und Armee. All diese staatlichen Aufgaben, die durch Parteien übernommen wurden, konnten wiederum durch Steuern (eine weitere staatliche Einrichtung), aber auch durch illegale Mittel (Drogenhandel, Plünderungen und Entführungen) finanziert werden. Diese quasi-staatlichen Gebilde besaßen im Libanon, im Gegensatz zu Bosnien, fast nie eine klar umrissene territoriale Grenze. Vielmehr operierten mehrere Partei-Staaten auf dem gleichen Territorium und unterstützten dabei ihre jeweilige Konfession. Somit wurden die nationalistischen bzw. konfessionellen Parteien des Libanon und Bosniens zu den alleinigen Interessenvertretern der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. Dieses Abhängigkeitsverhältnis zwischen Partei-Staat und Bevölkerung hat dazu beigetragen, daß diese Strukturen im Verlauf des Krieges verfestigt wurden.<sup>119</sup>

### ***3.3. Die wirtschaftliche und soziale Lage***

Weder Jugoslawien noch der Libanon können der entwickelten oder unterentwickelten Welt zugeordnet werden. Beide Länder erreichten vor Kriegsausbruch einen Entwicklungsstand, der von einer rapiden Modernisierung in diesem Jahrhundert geprägt ist. Dieser Fortschritt blieb jedoch ungleichmäßig verteilt und schuf interne Spannungen. Zudem steckte die Wirtschaft in Jugoslawien seit ca. 1980 in einer Krise, während im Libanon die sozialen Spannungen in den Jahren vor Kriegsausbruch stark zunahmen.

---

<sup>118</sup> Ljubomir Berberović, «Wir sind gegen Karadžić», in: Johannes Vollmer (Hg.) «Daß wir in Bosnien zur Welt gehören»: für ein multikulturelles Zusammenleben (Solothurn/Düsseldorf 1995) 88.

<sup>119</sup> Khalaf, Denoeux, *Urban Networks and Political Conflict*, 194-196.

In erster Linie werden dementsprechend die wirtschaftlichen und sozialen Faktoren erwähnt, die einen Einfluß auf die Beziehungen zwischen den Nationen oder Konfessionen hatten. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Entwicklung im Erziehungsbereich, sowie der individuelle Wohlstand in beiden Ländern und dessen Verteilung.

### 3.3.1. Bosnien-Herzegowina

#### *Modernisierung in Jugoslawien und Bosnien*

Die wirtschaftliche Entwicklung Bosniens ist in der Nachkriegszeit im Rahmen des kommunistischen Systems Jugoslawiens zu sehen. So wurde die Wirtschaft in drei Schritten verstaatlicht: 1946 gingen Großunternehmen und Finanzinstitute in staatlichen Besitz über. Ab 1948 wurden auch die kleineren Firmen, mit der Ausnahme von kleinen Handwerksunternehmen enteignet. 1959 folgten schließlich Wohnungen (mit Einschränkungen). Lediglich die Landwirtschaft blieb zum größten Teil, abgesehen von einer erfolglosen Kollektivierung zwischen 1949 und 1953, in privater Hand. 97,8 % der Beschäftigen arbeiteten in staatlichen Betrieben. Im Gegensatz zu anderen kommunistischen Ländern waren diese Unternehmen nicht im staatlichen Eigentum, sondern unterstanden ab 1950 der „sozialistischen Selbstverwaltung“.<sup>120</sup> In der Theorie bedeutete dies, daß die Arbeiter zugleich Eigentümer der Unternehmen waren, die sie beschäftigten. In Wirklichkeit unterstand die Wirtschaft mit Einschränkungen dem Staat und der kommunistischen Partei.

In den ersten Jahrzehnten gelang es dem kommunistischen Staat ein großes Wirtschaftswachstum zu schaffen. Dieser wirtschaftliche Aufschwung schwächte sich jedoch mit der Zeit ab. So lassen sich drei Phasen beschreiben: Zwischen 1952 und 1964 lag das Wachstum bei ca. 8 %. Zwischen 1964 und 1980 sank diese Rate auf immerhin noch 5 %. Die Jahre nach Titos Tod sind schließlich von einer Stagnation bei ca. 1 % Wirtschaftswachstum geprägt. Diese Entwicklung entspricht jener der meisten anderen kommunistischen Staaten Osteuropas und spiegelt die wirtschaftliche Krise der achtziger Jahre wieder. Für die Bevölkerung wurde diese Krise erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sichtbar, der Elite war dies jedoch bereits vorher bekannt. Insbesondere die hohe Auslandsverschuldung stellt eine unlösbare Problem für das Land dar.

Der erreichte Wohlstand war in Jugoslawien in den Bevölkerungsschichten relativ gleichmäßig verteilt. So erhielten 1978 die unteren 20 % der Bevölkerung 6,6 % des Nationaleinkommens, während das oberste Zehntel 22,9 % bekam. Jedoch zeigten sich innerstaatlichen Diskrepanzen zwischen den Republiken. So war die Güterverteilung pro Kopf in Slowenien über sieben Mal höher als im Kosovo. Gemeinsam mit dem Kosovo, Mazedonien und Montenegro gehörte Bosnien-Herzegowina zu den unterentwickelten Gebieten.<sup>121</sup> Die finanziellen Förderungen Jugoslawiens für die unterentwickelten Republiken waren stets ein zentraler Konflikt zwischen Zählern und

---

<sup>120</sup> zur Einführung der Selbstverwaltung und ihrer Entwicklung s. Blagoje Bošković, David Dašić, Socialist Self-Management in Yugoslavia, 1950-1980. Documents (Belgrad 1980).

<sup>121</sup> Ljubomir Madžar, The Economy of Yugoslavia: Structure, Growth Record and Institutional Framework, in: John B. Allcock, John J. Horton, Marko Milivojević (Hg.) Yugoslavia in transition: choices and constraints: essays in honour of Fred Singleton (Providence, R.I./Oxford 1992) 64-96.

Empfängern. Nach den Reformen in Folge der neuen Verfassung 1974 war der Fonds für unterentwickelte Gebiete die einzige Wirtschaftskompetenz, die auf der Ebene des Bundesstaates verblieb. Dieser Fonds wurde insbesondere von Kroatien 1971 kritisiert. In den achtziger Jahren kritisierten Slowenien und Kroatien erneut die Zahlungen an die unterentwickelten Gebiete.<sup>122</sup> Doch auch die wirtschaftlich schwächeren Gebiete protestierten oft gegen den Fonds, jedoch aus anderen Gründen. So kritisierte Bosnien im Dezember 1966 eine angeblich unzureichende Berücksichtigung in den Fonds. Es war das erste Mal, daß eine Republik die eigenen wirtschaftlichen Interessen gegen den Bundesstaat durchsetzte. Mit diesem Protest begann der Wirtschaftsnationalismus bzw. -republikanismus, der eine zentrale Rolle bei der Auseinanderentwicklung der Nationen Jugoslawiens spielte.<sup>123</sup>

### *Die Rückständigkeit Bosniens*

Trotzdem kam es im Laufe der kommunistischen Herrschaft zu einer Modernisierung Bosniens. Nach dem Krieg war Bosnien eines der ärmsten Gebiete Jugoslawiens. Dies lag nicht nur an der historischen Unterentwicklung des Gebietes. Bosnien, Hauptschauplatz des 2. Weltkrieges auf dem Balkan, litt wie keine andere Republik unter den Kriegsschäden. Pläne, Sarajevo zur Hauptstadt Jugoslawiens zu machen, wurden wegen der schlechten Infrastruktur fallengelassen. Zugleich blieb die Republik hinter den Entwicklungen der anderen Republiken Jugoslawiens in der Nachkriegszeit zurück. Im Jahr 1947 waren noch drei Viertel der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, nur ein Fünftel aller Hauhalte besaß Zugang zu Elektrizität.

Auch wenn die Modernisierung Bosniens in der Nachkriegszeit beachtlich war, verlief sie im Verhältnis zum restlichen Jugoslawien sehr langsam. So war zwischen 1952 und 1958 das Wirtschaftswachstum Bosniens das niedrigste Jugoslawiens. Während zwischen 1961 und 1968 im ganzen Land die Stadtbevölkerung um 4 % zunahm, wuchs in Bosnien im gleichen Zeitraum die Landbevölkerung um 8 %. Trotz dieser langsamem und teils rückschrittlichen Entwicklung arbeiteten 1971 nur noch 40 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft.<sup>124</sup>

Weiterhin vergrößerte sich der Abstand zwischen dem durchschnittlichen BNP pro Einwohner in Jugoslawien und in Bosnien. Während Bosnien 1947 bei 82,9 % des jugoslawischen Durchschnittes lag, vergrößerte sich das Wohlstandsgefälle kontinuierlich auf 66,2 % 1978. Somit wurde die Republik von Montenegro überholt, daß 1947 über 10 % hinter Bosnien lag.<sup>125</sup> Die Versorgung Bosniens blieb aufgrund der ungünstigen Lage von anderen Republiken abhängig. Der wichtigste Hafen für Bosniens, Ploče (zwischen 1980-1990 Kardeljevo) lag in Kroatien.<sup>126</sup>

Die Urbanisierung in Bosnien, auch wenn sie langsamer als im restlichen Land verlief, änderte die soziale Struktur des Landes. Während in den meisten Dörfern eine Nation

---

<sup>122</sup> Ramet, Nationalism and federalism in Yugoslavia, 73.

<sup>123</sup> Dijana Pleština, Trials of Yugoslavia's Development, in: John B. Allcock, John J. Horton, Marko Milivojević (Hg.) Yugoslavia in transition: choices and constraints: essays in honour of Fred Singleton (Providence, R.I./Oxford 1992) 137.

<sup>124</sup> Ramet, Nationalism and federalism in Yugoslavia, 143-145.

<sup>125</sup> Singleton, A Short History of the Yugoslav Peoples, 270.

<sup>126</sup> Ramet, Nationalism and federalism in Yugoslavia, 167 f.

dominierte und das jeweilige Dorf prägte, vermischten sich die Nationen in den Städten. Die Urbanisierung trug somit zu einer Aufweichung nationaler Grenzen bei. Als Ergebnis bestanden kurz vor Kriegsausbruch 40 % der Ehen in den Städten Bosniens aus Partnern unterschiedlicher Nationalzugehörigkeit.

Mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele in Sarajevo 1984 wurden die Infrastruktur, die Stadt und ihr Umland modernisiert. Bis zur Austragung der Spiele war Sarajevo vom Verfall geprägt. Ab etwa 1980 wurde sehr viele Geld in die Stadt investiert, ein Großteil der Gelder stammten aus dem Bundeshaushalt. Neben Sarajevo erfuhren jedoch nur Touristenziele in der Nähe der Adriaküste (Mostar, Počitelj) eine Modernisierung. Nur wenige Gelder flossen in die ärmsten Gebiete Bosniens, wie nach Romanija, östlich von der Hauptstadt.<sup>127</sup> Der Lebensstandard in diesen Gebieten war mit dem Kosovo, dem ärmsten Teil Jugoslawiens zu vergleichen. Die Arbeitslosigkeit lag in Bosnien insgesamt über dem jugoslawischen Durchschnitt bei 22,7 % (1987)<sup>128</sup>

Obwohl sich die landwirtschaftlichen Betriebe überwiegend in Privatbesitz befanden, waren sie ineffizient. Grund dafür war die geringe Größe der Höfe. Der Anteil der Landwirtschaft am BNP betrug 1989 nur 9 %, zugleich konnte sich die Republik nicht einmal zu 50% mit Lebensmitteln selbst versorgen. Die Industrie war durch Überbeschäftigung gekennzeichnet, die die Arbeitslosigkeit drücken sollte. Der größte Teil der Industrie produzierte Waffen. Diese Konzentration der jugoslawischen Waffenindustrie (40 % der Gesamten jugoslawischen Waffenproduktion) auf Bosnien beruhte auf dem Verteidigungskonzept Jugoslawiens.<sup>129</sup> Im Fall einer Invasion (in erster Linie durch die UdSSR) sollte wie im 2. Weltkrieg Bosnien wegen seiner Topographie das Zentrum des Widerstandes darstellen.

### *Die Krise der achtziger Jahre*

Der wirtschaftliche Niedergang spielt eine zentrale Rolle beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens. Nach dem Tod Titos hatte die Staatsverschuldung die Höhe von 21 Milliarden Dollar erreicht. Obwohl diese Zahl geheim gehalten wurde, war die wirtschaftliche Krise unübersehbar. Im Mai 1986 wurde der bosnische Kroate Branko Mikulić mit dem Auftrag wirtschaftliche Reformen einzuleiten zum Premierminister ernannt (vgl. Kapitel 3.1.1). Er bemüht sich erstmals um eine Darlegung des Ausmaßes der Krise. Eine Reform gelang ihm jedoch nicht.<sup>130</sup>

---

<sup>127</sup> Donia, Fine, Bosnia and Hercegovina, 185-188.

<sup>128</sup> Ramet, Nationalism and federalism in Yugoslavia, 144 f. Aufgrund der großen Schattenwirtschaft (ca. 30 % des BNP in den achtziger Jahren) dürfte die wirkliche Arbeitslosigkeit einiges niedriger liegen als die offiziellen Statistiken. Zugleich lag die Kaufkraft in Jugoslawien Anfang der neunziger Jahre auf dem Niveau der frühen sechziger Jahre. s. Ljubiša S. Adamovich Economic transformation in Former Yugoslavia, with Special Regard to Privatization in: Sabrian Petra Ramet, Ljubiša S. Adamovich (Hg.) Beyond Yugoslavia, Politics, Economic and Culture in a Shattered Community (Boulder, Col./San Francisco/Oxford 1995) 276 f.

<sup>129</sup> Central Intelligence Agency (Hg.) The World Factbook 1994 (Washington 1994).

<sup>130</sup> Thomas Brey, Die Logik des Wahnsinns. Jugoslawien - von Tätern und Opfern (Freiburg/Basel/Wien 1993) 103 f.

Sein Nachfolger, der Kroate Ante Marković, versuchte ab 1989 die Privatisierung voranzutreiben und die Währung zu stabilisieren.<sup>131</sup> Die bereits bestehenden Spannungen zwischen den Teilrepubliken, Streiks und die Inflation bescherten diesem Vorhaben jedoch keinen großen Erfolg. 1989 lag die Inflation bei 2.700 % und die Zahl der Arbeitslosen bei 16,8 % (80 % waren jünger als 30). Die Schulden lagen bei 17 Milliarden Dollar. Weiterhin zahlten die Teilrepubliken nicht mehr ihren Anteil in den Bundesetat, so daß die Zentralregierung zunehmend handlungsunfähig wurde. 1990 wirkten zwar Teile des Reformpaketes von Marković, doch wegen der sozialen Folgen (Lohnstopp und ein drastisches Ansteigen des Preisniveaus) und des Dezentralisierungsdrucks der Teilrepubliken hielt der Erfolg nicht lange an. So ging die Produktion 1990 um 11 % zurück. Weiterhin kam es zu einer Bankenkrise, die durch einen Bevölkerungsansturm eine akute Devisenknappheit zur Folge hatte. Die wichtigsten Devisenquelle, der Tourismus, litt unter der prekären politischen und wirtschaftlichen Lage. So ging die Anzahl der Besucher des Landes 1990 bereits zum dritten Mal in Folge um 12 % zurück. Auch der äußerst wichtige Waffenhandel war aufgrund neuen weltpolitischen Lage stark rückläufig. Weitere Reformversuche Marković's scheiterten an seinem Festhalten am Staat Jugoslawien in seiner bestehenden Form, der für große Teile der Bevölkerung des Landes bereits inakzeptabel geworden war. Als Marković mit seinen Reformen begann, war die Nationalisierung der Wirtschaft so weit fortgeschritten, daß er sich nicht mehr gegen den Protektionismus der Republiken wehren konnte. So verhängte Milošević Ende 1989 eine Handelsblockade gegen Slowenien, die ein schwerer Rückschlag für die Reformen darstellte und den gemeinsamen jugoslawischen Markt effektiv ein Ende bereitete.<sup>132</sup>

In Bosnien verschärfte sich die Krise nach den Wahlen 1990 weiter. Grund hierfür waren neben der gesamtjugoslawischen Wirtschaftskrise die zunehmenden Spannungen im benachbarten Kroatien. Hierdurch wurde der Handel erschwert. Die Koalitionsregierung aus HDZ, SDA und SDS konnte aufgrund eines fehlenden Reformprogrammes und innere Zerstrittenheit keine Wirtschaftsreformen herbeiführen. So schrumpfte die Wirtschaftsproduktion 1991 um geschätzte 37 %. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter auf 28 % (Februar 1992) und die Inflation betrug 1991 80 % pro Monat.<sup>133</sup>

#### *Wirtschaftliche Skandale und ihre politischen Konsequenzen*

Neben der wirtschaftlichen Krise Jugoslawiens und Bosniens in den achtziger Jahren erschütterten Wirtschaftsskandale das Land. Die größte Auswirkung hatte der Skandal um das Unternehmen *Agrokomerc* 1987. Neben diesem Konkurs kam es ein Jahr später zu einem Bauskandal um den Badeort Neum (s. Kapitel 3.1.1.).

---

<sup>131</sup> zum Wirtschaftsprogramm von Marković s. Programm der neuen jugoslawischen Regierung, in: Internationale Politik, 5.4.1989, Nr. 936, Jhrg. 40, 11-21.

<sup>132</sup> Liliana Djeković, Der kurze Atem der Selbstverwaltung, Eine Volkswirtschaft zwischen Dauerkrise und gescheiterten Reformen, in: Josip Furkes, Karl-Heinz Schlarp (Hg.) Jugoslawien: Ein Staat zerfällt. Der Balkan - Europas Pulverfaß (Reinbek bei Hamburg 1991) 134-144, 156-163; Thomas Brey, Jugoslawien: Ein Vielvölkerstaat zerfällt. I. Erosion der staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen, Osteuropa, Mai 1991, Jhrg. 41, 417-25.

<sup>133</sup> Central Intelligence Agency (Hg.) The World Factbook 1994 (Washington 1994).

1987 ist die bosnische Lebensmittelfirma Agrokomerc zusammengebrochen. Die Firma mit Sitz in Velika Kladuša (Nordwest-Bosnien bei Bihać) begann in den sechziger Jahren als Hühnerfarm und wuchs im Lauf der Jahre zu einem der dreißig größten Unternehmen Jugoslawiens mit 13.000 Angestellten im Jahr des Zusammenbruchs. Der Grund des Erfolgs waren Schuldscheine, die zu hohen Zinsen verkauft wurden, jedoch keine ausreichende Deckung besaßen. Statt einer Garantie verfügte das Unternehmen über die Unterstützung einer lokalen Bank, mit der eine Deckung vorgetäuscht wurde. Diese dubiose Geschäftspraxis war in Jugoslawien nicht ungewöhnlich. Lediglich der Gesamtwert der Schuldscheine in der Höhe von 500 Millionen Dollar<sup>134</sup> war außergewöhnlich. Als der Sachverhalt bekannt wurde, brach die Firma zusammen. Weiterhin mußte die Bank von Bihać schließen. Einige Hundert Parteimitglieder wurden ausgeschlossen und etlichen Firmendirektoren in Bosnien mußten abtreten. Der Chef des Konzerns Fikret Abić wurde nach einem Prozeß freigesprochen, weil er nicht gegen das Gesetz verstößen hatte. Er wurde lediglich aus dem ZK der Kommunistischen Partei Bosniens ausgeschlossen. Später sollte er eine wichtige Rolle in der muslimischen Partei SDA und im Bürgerkrieg gegen Alija Izetbegović spielen.

Der Agrokomerc-Skandal hatte politische Folgen und erschütterte das Vertrauen in den Bund der Kommunisten. Er schadete sowohl dem bosnischen Premierminister als auch dem Vizepräsidenten von Jugoslawien, Hamdija Pozderac. Sein Bruder war als Berater von Agrokomerc tätig. Als dies bekannt wurde, mußte er seinen Posten aufgeben. Nach dieser umfassenden Rücktrittswelle folgte eine reformfreudige Generation von bosnischen Politikern. So schloß sich der neue Präsident der Republik, Nijaz Djuraković, der 1989 sein Amt übernahm, den Reformbestrebungen der nördlichen Republiken an. Neben personellen Konsequenzen wurden staatliche Institutionen diskreditiert, die entweder Agrokomerc gedeckt haben oder sich von diesem Unternehmen haben täuschen lassen. So wurde Abdić kurz bevor Skandal an die Öffentlichkeit drang vom jugoslawischen Präsidium ausgezeichnet.

Der Skandal wurde gezielt von Milošević und der serbischen Presse an die Öffentlichkeit gebracht. Pozderac war als nächster im jährlichen Turnus der Präsidentschaft des Staatspräsidium gereiht und war Vorsitzender des Komitees zur Verfassungsrevision. Die serbische Republikföhrung befürchtete eine anti-serbische Linie in diesem Komitee. Der Skandal blieb von Anfang an nicht auf der wirtschaftlichen Ebene, sondern wurde nationalistisch instrumentalisiert. Die Bosnier in der Region um Velika Kladuša unterstützten weiterhin Fikret Abdić, da durch ihn die wirtschaftlich schwache Gegend belebt worden war. Die muslimische Bevölkerung sah in dem Skandal den serbischen Versuch, muslimische Politiker zu stürzen und Bosnien zu schwächen.<sup>135</sup> Hieraus wird die Bedeutung wirtschaftlicher und sozialer Konflikte bei Spannungen zwischen den Nationen Jugoslawiens deutlich. Durch die Föderalisierung Jugoslawiens konnten wirtschaftliche Krise von den

---

<sup>134</sup> Brey setzt den Gesamtwert bei 1,7 Milliarden Mark an. Die Unterschieden lassen sich durch die hohe Inflation in dieser Zeit und die fehlende Konvertierbarkeit des jugoslawischen Dinars erklären.

<sup>135</sup> Noel Malcolm, *Bosnia. A Short History* (London 1994) 209; Brey, *Die Logik des Wahnsinns*, 104; Donia, Fine, *Bosnia and Herzegovina, 196-198* und U.S. Department of the Army (Hg.) *Army Area Handbook Yugoslavia* (Washington D.C. 1990) zitiert nach: <gopher://umslvma.umsl.edu:70/00/library/govdocs/armyahbs/aahb2/aahb0169>.

Republiksführungen eine nationalistische Dimension erhalten. Dies diente oftmals dazu, von den wirklichen Ursachen abzulenken.

### *Die wirtschaftliche Krise und die politischen Folgen*

Die wirtschaftliche und soziale Krise führte zu einem drastischen Rückgang der Lebensqualität für breite Bevölkerungsschichten in den achtziger Jahren. Im Gegensatz zu anderen kommunistischen Staaten hatte sich in Jugoslawien eine Konsumgesellschaft gebildet. Zugleich war das Leben nicht so stark von kommunistischer Ideologie und erzwungener Partizipation geprägt, wie in anderen Staaten unter kommunistischer Herrschaft. Trotz diesen Folgen wirtschaftlichen Fortschritts in Jugoslawien und Bosnien vollzog sich die Modernisierung der sozialen Strukturen nur teilweise. Die Städte besaßen bereits einen modernen Charakter, mit allen Problemen ungeplanten Wachstums. Die ländlichen Gebiete, die gerade in Bosnien sehr ausgeprägt sind, blieben hingegen oftmals unterentwickelt. Neben Arbeitsplätze fehlte es auf dem Land an sozialem Leben und wirtschaftlicher Integration. Die hieraus entstehende Migration in die Städte verschärftete dort die sozialen Probleme und entvölkerte das Land. Neben dieser Bruchlinie zwischen Stadt und Land entsteht in Bosnien und in Jugoslawien in den achtziger Jahren eine weitere Spannungsfeld. So führte die Föderalisierung Jugoslawiens und der Nationalitätenschlüssel für wichtige Ämter in Bosnien zu einem informellen Pluralismus. Diesem Pluralismus stand jedoch eine zunehmenden nationale bzw. republikorientierte Dominanz der neuen Eliten entgegen.<sup>136</sup> Diese Bruchlinien verstärkten sich durch den Legitimitätsverlust der kommunistischen Partei.

Nachdem die kommunistischen Staaten seit den sechziger Jahren ideologische Legitimität verloren, versuchte sich der Staat auf anderer Ebene zu legitimieren. Klaus von Beyme bezeichnet diese Neuorientierung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat als einen Vertrag: „Der reale Sozialismus hat in den 60er Jahren einen unausgesprochenen Pakt abgeschlossen. Für den Verzicht auf demokratische Partizipationsrechte und den Rechtsstaat wurden wachsender Wohlstand und soziale Sicherung geboten.“<sup>137</sup> In den achtziger Jahren konnte der Staat wirtschaftliche und soziale Sicherheit nicht mehr bieten. Arbeitslosigkeit, Inflation und Wirtschaftsskandale zerstörten diesen „Pakt“ und besaßen somit nicht nur soziale, sondern auch politische Folgen. Der Bund der Kommunisten verlor an Legitimität und Einfluß. Während die Kommunistische Partei in Serbien in Folge einen ideologischen Schwenk zum Nationalismus (vgl. Kapitel 3.6.1.) vollzog, führte dies in Bosnien zu einem vollständigen Machtverlust des Bundes der Kommunisten. Die nationalistischen Parteien in Bosnien, sowie die nationalistischen Parteien in Jugoslawien insgesamt, projizierten die wirtschaftlichen und sozialen Konflikte daraufhin auf Spannungen zu anderen Nationen.

Weiterhin fehlte in Jugoslawien eine starke „Modernisierungselite“, eine soziale Gruppe, die Träger von umfassenden Wirtschaftsreformen sein konnte. Insbesondere in den südlichen Republiken, inklusive Bosnien, war die wirtschaftliche Elite oftmals nicht

---

<sup>136</sup> Zagorka Golubović, Contemporary Yugoslav Society: A Brief Outline of its Genesis and Characteristics, in: John B. Allcock, John J. Horton, Marko Milivojević (Hg.) Yugoslavia in transition: choices and constraints: essays in honour of Fred Singleton (Providence, R.I./Oxford 1992) 112-124.

<sup>137</sup> von Beyme, Systemwechsel in Osteuropa, 58 f.

an einer Öffnung interessiert, da sie um den Fortbestand ihrer kaum wettbewerbsfähigen Unternehmen fürchtete. Als Ergebnis kam es weder in Kroatien, noch in Serbien oder Bosnien zu einer Privatisierung in größerem Ausmaß.<sup>138</sup> Für Bosnien sind wegen des Krieges nur wenige statistischen Daten über die Privatisierung veröffentlicht worden. Der Anteil des privaten Sektors am gesamten Produktion lag 1989/90 in Bosnien im jugoslawischen Durchschnitt von knapp 16 %. In Serbien und Kroatien blieb dieser Anteil bis 1991/92 unter 20 %, so daß man in Bosnien von einer ähnlich niedrigen Privatisierungsrate ausgehen kann.<sup>139</sup> Die neue politische Elite in Bosnien war nicht an Wirtschaftsreformen interessiert, da diese im Widerspruch zu den nationalen Programmen stand. Gerade in Bosnien läßt sich wirtschaftliche Modernisierung nur in enger Zusammenarbeit aller Nationen Bosniens und gemeinsam mit den beiden großen Nachbarrepubliken erreichen. Sowohl die geographische Struktur der Republik, wie auch die nach 1945 gewachsenen Wirtschaftsstrukturen, machen dies erforderlich.<sup>140</sup> Das Ziel der serbischen Demokratischen Partei eine serbische Republik zu errichten entbehrte jeglicher wirtschaftlicher Grundlage. Die Gebiete besitzen kein nennenswertes urbanes Zentrum außer Banja Luka und sind von ihrer Struktur her nicht ohne eine enge wirtschaftliche Kooperation mit dem kroatischen und muslimisch-dominierten Umland existenzfähig.<sup>141</sup> Da nicht nur der SDS, sondern auch den anderen beiden nationalen Parteien die wirtschaftliche Legitimation fehlte, wurde versucht, diesen Mangel durch nationalistische Argumente zu kompensieren. Der Krieg ist nicht zuletzt die Konsequenz dieser Entwicklung: „Der Krieg „füllte“ die inhaltliche Leere der Wirtschaftsprogramme der herrschenden Führungen und kaschierte deren totale Unfähigkeit und mangelnde Qualifikation, eine Umstrukturierung in der Wirtschaft vorzunehmen und wenigstens ihre auffälligsten Mängel zu beheben. Eine Kriegswirtschaft läßt sich als primitive Ökonomie darstellen.“<sup>142</sup>

Mit Kriegsbeginn kam fast das gesamte Wirtschaftsleben Bosniens zum Erliegen. Die einzigen Wirtschaftszweige waren die Kriegswirtschaft und der Schwarzmarkt, der zu einer Versorgung der Bevölkerung durch kriminelle Organisationen führte. Ein Teil der paramilitärischen Verbände sicherten während des Krieges in Bosnien ihrem Reichtum durch Plünderungen. Diese Kriminalisierung der Wirtschaft hatte eine enge Verbindung zwischen den nationalistischen Parteien (insbesondere der HDZ in Mostar) und dem organisierten Verbrechen zur Folge.<sup>143</sup>

### 3.3.2. Libanon

---

<sup>138</sup> Adamovich, Economic transformation in Former Yugoslavia, 268-276.

<sup>139</sup> Milica Uvalić, Privatisation in Disintegrating East European States: The Case of Former Yugoslavia (=EUI Working Paper RSC 94/11, Florence 1994) 26-32, 41.

<sup>140</sup> Mladen Lazić, Krieg und Wirtschaft im ehemaligen Jugoslawien, in: Johann Gaisbacher, Karl Kaser, Christian Promitzer, Barbara Sax, Johann Schögler (Hg.) Krieg in Europa. Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien (Graz 1992) 162-167.

<sup>141</sup> Porazna geografija fatomske drzave [Vernichtende Geographie eines Phantomstaates], in: Glas Istre, 27.8.1991, zitiert nach: Die "Krajina"-Staat oder Phantomgebilde?, in: Osteuropa, März 1992, Jhrg. 42, A153-A155.

<sup>142</sup> Lazić, Krieg und Wirtschaft im ehemaligen Jugoslawien, 167.

<sup>143</sup> Ebd., 169-171.

Die Wirtschaft des Libanon wird durch die Geographie bestimmt. Die Küste und der Zugang zu anderen arabischen Ländern, insbesondere Syrien, prädestiniert den Libanon als Handelsland. Die Berge erschweren zugleich eine ertragreiche Landwirtschaft. Tatsächlich dominierte nicht erst seit der Unabhängigkeit der Handel. Bereits 1950 betrug der Anteil des Handels am BSP 28,9 %, zehn Jahre später waren es sogar 62 %. Der überwiegende Anteil dieses Wirtschaftszweiges lag in Beirut und an der Küste zwischen der Hauptstadt und Tripoli.<sup>144</sup>

Der wirtschaftliche Aufstieg des Libanon wurde durch vier Faktoren seit dem 2. Weltkrieg besonders begünstigt.

1. Der arabisch-israelische Krieg 1948/9 brachte neben den armen Flüchtlingen einen Großteil der palästinensischen Oberschicht ins Land. Zugleich schied Palästina bzw. Israel als Handelskonkurrent mit der arabischen Welt fortan aus.
2. Die politische und wirtschaftliche Instabilität in allen anderen arabischen Ländern, insbesondere in Syrien, Irak und zum Teil in Ägypten führten zu einer Konzentration arabischer Gelder auf den Libanon.
3. Das meiste Geld, das im Libanon angelegt wurde, stammte von den neuen Ölförderländern auf der arabischen Halbinsel und im Irak.
4. Der Krieg 1967 führte zu einer Schließung des Suezkanals für über 10 Jahre. Hiermit wurde die Rolle Beiruts als wichtigster Hafen der arabischen Welt weiter gestärkt.<sup>145</sup>

Die traditionelle Rolle des Libanon, die geographische Lage und diese Faktoren machten den Libanon zu dem Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen im Nahen Osten. Das Land zog weiterhin viele Touristen an. So kamen 1954 150.000 Besucher ins Land. 25.000 davon waren Nordamerikaner, die meisten stammten jedoch aus anderen arabischen Staaten. Zugleich waren Tripoli und Saïda wichtige Verladehäfen für Öl aus dem Irak und Saudi-Arabien. Der wirtschaftliche Boom, hervorgegangen aus dem Handel, dem Öltransit und dem Bankwesen brachte eine starke Urbanisierung mit sich. So wuchs Beirut von 1,1 Millionen Einwohnern 1944 auf 1,4 Millionen 1955 an.<sup>146</sup>

Die sozialen Bindungen orientiert sich auf der höchsten Ebene nach der jeweiligen Konfessionszugehörigkeit. Entscheidender blieben jedoch die familiären Bindungen im Rahmen der Großfamilie. Die Familie bietet allen ihren Mitgliedern Dienstleistungen, wie Ausbildung, Berufe und Altersversorgung.

### *Wohlstandsgefälle*

Das Wohlstandsgefälle im Libanon verlief in erster Linie nicht zwischen Konfessionen, sondern zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung. Der Unterschied stimmte allerdings wegen der unterschiedlichen Zusammensetzung der Landbevölkerung und jener Beiruts oftmals mit konfessionellen Grenzen überein. Anfang der siebziger Jahr war das Einkommen pro Kopf in Beirut fast fünf Mal höher (975 US-Dollar) als auf

---

<sup>144</sup> Schiller, Der Bürgerkrieg im Libanon, 80-83.

<sup>145</sup> Boutros Labaki, L'Economie politique du Liban indépendant, 1943-1975, in: Nadim Shehadi, Dana Haffar Mills (Hg.) Lebanon: a History of Conflict and Consensus (London 1988) 170.

<sup>146</sup> Phillip K. Hitti, Lebanon in History (London 1962) 500-503.

dem Land (195 US-Dollar).<sup>147</sup> Die geographische Konzentration des Wohlstandes bedeutete zugleich eine große räumliche Entfernung zwischen der wohlhabenden Bevölkerung und den Armen. Anfang der sechziger Jahre sind 50 % der Bevölkerung nur an 18 % des BSP beteiligt, während nur 4 % der Bevölkerung 32 % des Nationaleinkommens kontrollieren (s. Tabelle 4).<sup>148</sup>

Diese kleine Schicht blieb nicht nur von den wirtschaftlichen Konflikten des Landes unberührt. Der Kleinkrieg zwischen Israel und der PLO im Süden betraf in erster Linie die Schiiten. Selbst der 1. Bürgerkrieg 1958 ging an der wirtschaftlichen Elite vorbei. Dies führte zu einer großen Gleichgültigkeit dieser Gruppen gegenüber Auseinandersetzungen im Land, die die Existenz eines Großteils der Libanesen betrafen. Diese Gleichgültigkeit verschärfte die Spannungen innerhalb des Libanons, da sie eine gemeinsame Bekämpfung der Schwierigkeiten verhinderte.<sup>149</sup>

Entgegen häufig anzutreffenden Behauptungen, vergrößerte sich die Verarmung großer Bevölkerungsteile nicht mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit. Die größte Verschiebung fand jedoch vom Mittelstand zur Oberschicht statt. Der Anteil der Unterschicht blieb bei 20 % der Bevölkerung. Diese soziale Kluft vergrößerte sich dadurch, daß die Wohlhabenden in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg einen großen Zuwachs an Reichtum verzeichneten, während die schwächsten Einkommensschichten nur wenig hinzugewannen.<sup>150</sup>

Das wirtschaftliche System des Libanon beruhte, wie erwähnt, auf einer besonders freien Marktwirtschaft. Versuche eine umfassende Sozialpolitik einzuführen scheiterte an dem reformfeindlichen politischen System, in dem in erster Linie jene repräsentiert waren, die von dem wirtschaftlichen System in seiner bestehenden Form profitierten.

	1950	% am BNP	1960	% am BNP	1973	1974
Untere Einkommensschichten	78	20	50	17,8	23,5	20,2
Mittlere Einkommensschichten	20		46	50,2	54	60,1
Obere Einkommensschichten	2	80	4	32	22,2	19,5

Tabelle 4: Einkommensverteilung im Libanon 1950-1974<sup>151</sup>

Neben der modernen Marktwirtschaft bestand eine vorkapitalistische Wirtschaft fort. Dieses traditionelle System war in der Großfamilie organisiert. Die traditionelle Rolle der Familie trug dazu bei, eine hohe Arbeitslosigkeit in den unteren Schichten zu verdecken. Für diese Tagelöhner, Kleinbauern und Landbauern gab es im Land selber kaum Aufstiegsmöglichkeiten.<sup>152</sup>

<sup>147</sup> Bruno Bilek, Der Libanon. Die historische Entwicklung zur Staatlichkeit (Diplomarbeit Wien 1987) 93.

<sup>148</sup> Schiller, Der Bürgerkrieg im Libanon, 82.

<sup>149</sup> Kuderna, Christliche Gruppen im Libanon, 30.

<sup>150</sup> Labaki, L'Economie politique du Liban indépendant, 172 f.

<sup>151</sup> Ebd.

<sup>152</sup> Farouk Haidar, Sozio-ökonomische Grundlagen des Libanon vor dem Bürgerkrieg (Diplomarbeit Wien 1976) 68.

## *Soziale Sicherheit*

Im Gegensatz zu Jugoslawien, sowie den meisten Ländern des Nahen Ostens, hatte der Libanon eine relativ niedrige Arbeitslosenrate. So lag die Rate 1970 bei nur 5,8 %. Aufgrund der starken konfessionellen Netzwerke, die Arbeitslose absorbierten (z.B. in Milizen) ist jedoch anzunehmen, daß die wirkliche Zahl sehr viel höher lag.<sup>153</sup> Auffällig ist, daß die Jugendarbeitslosigkeit (zwischen 15-24 Jahren) mehr als doppelt so hoch war (12,9 %)<sup>154</sup>.

Erst 1965 wurde eine Sozialversicherung gesetzlich verankert. Sie erstreckte sich nicht auf Krankheit und Arbeitsschutz. Ein entsprechendes Gesetz wurde zwar diskutiert, jedoch vor Ausbruch des Krieges nicht mehr verabschiedet. Das Sozialgesetz führte eine Altersversorgung ein, die jedoch nur eine einmalige Abfindung bei der Pensionierung vorsah. Von der Anwendung dieses Gesetzes blieben die Palästinenser ausgeschlossen.

Eine bessere soziale Sicherung wurde unter anderem durch die zersplitterten Gewerkschaften verhindert. So gab es 1967 125 Gewerkschaften, in denen jedoch nur 36.000 (1959 gab es insgesamt 267.000 Arbeiter und Angestellte, exklusive Beschäftigte in der Landwirtschaft, organisiert waren. Die durchschnittliche Größe der Gewerkschaften betrug nur 344 Mitglieder.<sup>155</sup>

Der einzige größere Erfolg der Gewerkschaften wurde 1966 mit einer Erhöhung des Mindestlohns erreicht. Die geringe soziale Sicherheit ist von einem hohen Anstieg der Lebenshaltungskosten im unabhängigen Libanon begleitet. Zwischen 1950 stiegen die Kosten für Wohnung und Wasser um über 80 %, der Preisindex für Lebenshaltung erhöhte sich um nur 25 %.<sup>156</sup>

Soziale Spannungen verstärkten sich durch den hohen Grad an Übereinstimmung zwischen sozialer Schicht und Konfessionszugehörigkeit. Die Zahl von Muslimen in wichtigen Berufen stieg zwar in der Nachkriegszeit, die meisten höheren Berufe blieben jedoch christlich dominiert. So waren 1978 67,6 % aller Industriellen, 71 % aller Bankiers, 68,15 aller Mediziner und 71 % aller Beiruter Anwälte Christen. Lediglich in Berufsspraten wie Ingenieurswesen oder in der höheren Verwaltung waren annähernd so viele Muslime wie Christen oder sogar mehr beschäftigt. In vielen Bereichen hat sich der muslimische Anteil zwischen 1943 und 1978 mehr als verdoppelt, die christliche Vorherrschaft blieb jedoch bestehen.<sup>157</sup> Da diese Dominanz sich am stärksten bei den freien Berufen zeigte, kann das staatliche Proporzsystem hierfür nicht als Erklärung dienen. Der Grund ist vielmehr im Erziehungswesen zu suchen.

## *Ausbildung*

---

<sup>153</sup> So lag der Prozentsatz der aktiven Bevölkerung mit ständiger Beschäftigung nur bei 69,4 %.

<sup>154</sup> Youssef Courbage, Philippe Fargues, La Situation Démographique au Liban. Analyse des Données (Beirut 1974) 86 f.

<sup>155</sup> zur Fragmentierung der Gewerkschaften und andere Interessensgruppen durch konfessionelle Spaltungen s. Ibrahim Maroun, Cloisonnement communautaire et pratiques économiques, in: Social Compass, Nr. 4/1988, Jhrg. XXXV, 465-481.

<sup>156</sup> Haidar, Sozio-ökonomische Grundlagen des Libanon vor dem Bürgerkrieg, 5-9.

<sup>157</sup> Labaki, L'Economie politique du Liban indépendant, 1943-1975, 175.

Das Schulsystem war für die Region sehr gut ausgeprägt. Dementsprechend niedrig lag die Zahl der Analphabeten (1966: 13 %). In den fünfziger Jahren engagierte sich der Staat stärker als zuvor in der Ausbildung. So erhöhte sich die Zahl der Schüler zwischen 1953/54 und 1956/7 von 57.800 auf 88.438.<sup>158</sup> Die wichtigsten höheren Ausbildungsstätten (Universitäten u.ä.) blieben in privater Hand (1970 waren 84 % nicht-staatlich) und untermauerten konfessionelle Trennungen: "The educational system also carefully preserved the prevailing Maronite world view, socializing successive generations in it."<sup>159</sup> Die meisten Privatschulen (1977-78: 61,7 %) waren christlich orientiert. Aufgrund höherer Qualität der christlichen Schulen und Universitäten als an öffentlichen Bildungseinrichtungen, war der Zugang zu einer guten Ausbildung und besser bezahlten Berufen leichter für Christen.<sup>160</sup> Die staatliche libanesische Universität beschäftigte in den sechziger Jahren nur sieben hauptberufliche Professoren (bei 5.000 bis 10.000 Studenten). Die zwei christlichen Privatuniversitäten, Saint Joseph und AUB, hatten weniger Studenten (5.000) und bedeutend mehr volle Professorenstellen als die staatliche Universität. Die libanesische Elite, auch die muslimische, wurde mehrheitlich an diesen beiden Universitäten ausgebildet.

Die Privatschulen und die beiden Universitäten hatten nicht Arabisch, sondern Französisch bzw. Englisch als Unterrichtssprache. An den 85 französischen Schulen wurden im Libanon 1975 55.940 Schüler ausgebildet.<sup>161</sup> Somit entstand eine andere sprachliche und demzufolge auch geographische Orientierung der Elite, die sie vom Rest der Bevölkerung trennt. Obwohl die französischsprachige Ausrichtung überwiegend Maroniten und andere Christen betraf, besaßen auch anti-westliche Politiker, wie Kemal Jumblat, engen Kontakt zu Frankreich.<sup>162</sup>

Die letzten Jahre vor Kriegsausbruch waren von einer Annäherung der Ausbildungsniveaus von Christen und Muslimen begleitet. Im Studienjahr 1972-73 waren im Libanon 52,92 % der Studenten Muslime und 47,08 % Christen. Die Analphabetenrate hatte sich 1974 zwischen Christen und Muslimen weitgehend angeglichen (teilweise und vollständige Analphabeten: 32,8 % der Muslime und 28,8 % der Christen).<sup>163</sup>

### *Die wirtschaftliche Elite und die politische Krise*

Im Libanon war die Geschäftswelt besonders stark mit der politischen Elite verbunden. Daher bestand eines enges Wechselspiel zwischen Wirtschaft und Politik. Eine ähnliche Lage, allerdings unter kommunistischem Vorzeichen, bestand in Bosnien. Die wirtschaftliche Entwicklung kann als Spiegelbild des Nationalpaktes gesehen werden. Die Wirtschaftsform des Landes war nach westlichem Vorbild entstanden und besaß enge Handelskontakte nach Frankreich, zugleich trug die Verbindung zu den

---

<sup>158</sup> Haidar, Sozio-ökonomische Grundlagen des Libanon vor dem Bürgerkrieg, 5-9.

<sup>159</sup> Khalaf, Denoeux, Urban Networks and Political Conflict, 186.

<sup>160</sup> Labaki, L'Economie politique du Liban indépendant, 1943-1975, 175.

<sup>161</sup> zum libanesischen Ausbildungssystem s. Gordon, The Republic of Lebanon, 49-55.

<sup>162</sup> So erschienen die Memoiren und Erinnerung fast aller führenden Politiker im Libanon in Frankreich oder zumindest auf französisch z.B. Joumblatt, Pour le Liban.

<sup>163</sup> Boutros Labaki, Confessional Communities, Social Stratification and Wars in Lebanon, in: Social Compass, Nr. 4/1988, Jhrg. XXXV, 558 f.

Erdölländern des persischen Golfs zum “arabischen Gesicht“ der libanesischen Wirtschaft bei.<sup>164</sup>

Diese wirtschaftliche Elite, die sich aus allen Konfessionen, überwiegend jedoch aus Maroniten, zusammensetzte, sah sich in den Sechziger Jahren durch eine neue palästinensische Oberschicht bedroht.<sup>165</sup> In der 1. Hälfte der sechziger Jahre entwickelte sich die von Palästinensern gegründete Intra-Bank zu einem der größten libanesischen Geldinstitute. Als die Intra-Bank 1966 jedoch in finanzielle Schwierigkeiten kam, wurde dies von den anderen maronitisch beherrschten Banken genutzt, um diese in den Konkurs zu treiben. Der sich anbahnende Konflikt zwischen Maroniten und Palästinensern wurde somit auf finanzieller Ebene ausgefochten. So wie im späteren bewaffneten Konflikt trug nicht nur eine Seite den Schaden davon, sondern das Vertrauen in den Standort Libanon insgesamt wurde erschüttert.<sup>166</sup>

Trotz dieser Krise wuchs die wirtschaftliche Bedeutung Beiruts für den Nahen Osten in den folgenden Jahren weiter an. Durch die Ölkrise 1973 stiegen die Gewinne der Ölförderländer dramatisch an. Der Boom hat zahlreiche muslimische Familien zu Reichtum gebracht, die durch die Emigration eng mit den Ölförderländern verbunden waren. Dieser neue Reichtum kam Beirut zugute. Viele Großverdiener aus Saudi-Arabien und anderen arabischen Ländern mit Ölvermögen zogen nach Beirut und investierten im Libanon. Die allgemeine Verteuerung im Lande belastete jedoch die libanesischen Unterschichten. Die libanische Regierung wollte dieser Entwicklung nicht entgegensteuern. Zugleich kam der Ölboom derart überraschend, daß wirksame Gegenmaßnahmen kaum rechtzeitig geholfen hätten, die Spannungen abzubauen. Wie sich diese Spannungen auf den Krieg auswirkten zeigt eine Auseinandersetzung in Saïda im Februar 1975. Ein kuwaitische Firma wollte dort, in Zusammenarbeit mit libanesisch-maronitischen Eliten (u.a. ex-Präsident Chamoun) eine hochtechnisierte Fischfangflotte aufbauen. Die traditionellen Fischer sahen sich bedroht und demonstrierten gegen das Projekt. Palästinenser, Nasseristen und die linke Parteien unterstützten die Fischer, während die Polizei und Armee auf Seiten des Projekts eingriffen. Die daraus entstehenden Gefechte zwischen beiden Seiten führten zu einer Vertreibung der Armee. Bei diesen Kämpfen zeigten sich in ersten Ansätzen die Konfliktparteien im Bürgerkrieg, wobei zugleich die Machtlosigkeit des Staatsapparates gegenüber den Milizen deutlich wird. Zuletzt wurde deutlich, daß die wirtschaftlichen Konflikte Auslöser für konfessionelle Konflikte sind bzw. von einer Seite dazu instrumentalisiert wurden.<sup>167</sup>

### 3.3.3. Zusammenfassung

In den Nachkriegsjahrzehnten kam es trotz der unterschiedlichen Politik in Jugoslawien und im Libanon zu einer wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung. Obwohl die Wirtschaftspolitiken beider Länder im krassen Gegensatz stehen - freie Marktwirtschaft ohne soziales Netz einerseits und staatlich gelenkte Planwirtschaft

---

<sup>164</sup> Labaki, L’Economie politique du Liban indépendant, 169.

<sup>165</sup> Schiller, Der Bürgerkrieg im Libanon, 55.

<sup>166</sup> Edmond Rabbath, La Formation du Liban Politique et Constitutionnel. Essai de synthèse (Beirut 1986) 575.

<sup>167</sup> Bilek, Der Libanon, 111-113.

andererseits - waren die Auswirkungen auf große Bevölkerungsteile ähnlich: Urbanisierung, starkes Absinken der Analphabetenrate, Spannungen zwischen traditionellen Familienstrukturen und neuen sozialen Netzwerken.

Die Veränderungen betrafen jedoch nicht die gesamte Bevölkerung. Im Libanon entstand eine stark ausgeprägte Bruchlinie zwischen den Unterschichten, die kaum von dem Fortschritt im Land profitierten und der neuen Oberschicht, deren Wohlstand selbst für westeuropäische Verhältnisse enorm war. In Bosnien verhinderte die kommunistische Herrschaft eine derartig ausgeprägte soziale Hierarchie. Die Unterschiede in Bosnien waren weitgehend geographischer Natur. Während die Städte durch die massive Industrialisierung und das Entstehen eines Tertiärsektors von der Modernisierung profitierten, blieben viele ländliche Gebiete von der Nachkriegsentwicklung weitgehend unberührt. Zudem blieb Bosnien innerhalb Jugoslawiens relativ unterentwickelt, während die reicherer Landesteile, Kroatien und Slowenien, sowie die Vojvodina, trotz der Gegensteuerung durch Finanztransfers, ihren Vorsprung ausbauen konnten.<sup>168</sup>

Die wirtschaftliche Krise hat eine große Rolle zum Wiederentstehen von Nationalismen in Jugoslawien in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre beigetragen. Das Versagen der kommunistischen Wirtschaftspolitik, zusammen mit Skandalen, wie um Agrokomerc, diskreditierten die bisherige Elite. Somit mußte diese Elite entweder eine neue Legitimation finden, wie serbischer Nationalismus im Fall von Slobodan Milošević, oder sie erlitt 1990 eine Wahlniederlage, wie in Kroatien oder Bosnien. Die enge Verknüpfung zwischen wirtschaftlicher Krise und Nationalismus wird bei den benützten Stereotypen offensichtlich. So warfen die reicherer Nationen und Republiken den ärmeren vor, faul zu sein. Die ärmeren Nationen wiederum warfen Slowenien und Kroatien vor, diese auszubeuten und einseitig von dem gemeinsamen Staat Jugoslawien zu profitieren. Im Libanon wirkten sich die sozialen Unterschiede direkter auf die konfessionellen Spannungen aus. So waren die Wohlstandsunterschiede zwischen den Konfessionen dramatisch. Die Parallelen zwischen Konfession und sozialer Schicht sind das Ergebnis geographischer Wohlstandskonzentration und einer traditionellen Elite, die den Wohlstand des Landes unter sich aufteilte. So waren wenige schiitische Familien, die der insgesamt ärmsten Konfession angehörten, auch Teil der Oberschicht.

Der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Lage beider Länder und der Kooperation der Nationen bzw. Konfession ist unterschiedlicher Natur. Im Libanon kam es bis zum Kriegsausbruch und sogar darüber hinaus (bis zur israelischen Invasion 1982) zu einem Wirtschaftswachstum, das dem Land einen größeren Wohlstand als der Region bescherte. Obwohl die Wirtschaft des Landes wuchs, blieb die Verteilung zwischen den Konfessionen des Libanon ungleichmäßig. Auch wenn sich die Abstände nicht vergrößerten, gab es keine Anzeichen, daß die unterprivilegierten Gruppen aufholen würden. In Bosnien besaß die Auswirkung der Wirtschaft auf die nationalen Spannungen eine andere Grundlage. Hier stand nicht die ungleiche Verteilung im Vordergrund, sondern das Schrumpfen des Gesamtwohlstandes. Dies führt zu einem verstärkten Verteilungskampf um Anteile am reduzierten Wohlstand des Landes. Im Rahmen dieses Konkurrenzkampfes wurden nationale Argumente mobilisiert, um einerseits die Schuldfrage auf andere abzuwälzen und andererseits einen möglichsten

---

<sup>168</sup> zu den unterschiedlichen urbanen und ländlichen Entwicklungen s. Donia, Fine, Bosnia and Herzegovina, 184-186.

großen Anteil am schrumpfenden Einkommen zu sichern. Der wirtschaftliche Wohlstand verteilte sich, wie dargestellt, nicht generell nach Konfession oder Nationen, sondern gleichermaßen innerhalb der Gruppen. Dies hat unterschiedliche Auswirkungen auf die Sympathien und den Mobilisationsgrad innerhalb der Gruppen. So tendieren die wohlhabenden Teile der Nationen bzw. Konfessionen zu einer geringen Beteiligung am Krieg.<sup>169</sup>

Sowohl im Libanon, wie auch in Bosnien verstärkten sich die sozialen Krisen in den Jahren vor dem Kriegsausbruch. Ihre Ursachen waren meist rein wirtschaftlicher Natur, sie nahmen jedoch zunehmend nationale bzw. konfessionelle Züge an. Diese Gleichstellung wirtschaftlicher und nationaler/konfessioneller Konflikte wurde in erster Linie von einer Elite betrieben, die sich erhoffte hierdurch größere Popularität zu erlangen. Die wirtschaftliche und soziale Lage trug somit dazu bei, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu erhöhen. Anstatt jedoch eine Reform des Systems anzustreben, bemühten, sich die einflußreichsten Eliten darum, die Schuld für die Probleme auf andere Konfessionen oder Nationen abzuwälzen. Die Wirtschaft nimmt deshalb eine bedeutende Rolle bei gesellschaftlichen Krisen beider Länder ein. Ihre konfessionelle Komponente hingegen ist meist eine imaginäre Konstruktion, zur Legitimitäts- und Einflußsteigerung einer Elite.<sup>170</sup>

### **3.4. Religion**

Die Rolle der Religion und des Klerus ist im Libanon historisch stärker als in Jugoslawien und Bosnien ausgeprägt. Während im osmanischen Reich der integrative Charakter der jeweiligen Religion von großer Bedeutung war und als Kriterium zur Unterteilung in Millets diente, ging die Entwicklung im Libanon einen anderen Weg als Bosnien. In Bosnien, wie in Jugoslawien insgesamt, diente die Religionszugehörigkeit zwar als die wichtigste nationale Trennungslinie, trotzdem war das kommunistische Jugoslawien und teilweise auch das Königreich Jugoslawien von einer Säkularisierung geprägt. Die Millets bestanden nicht mehr und gleiches Recht galt für alle Staatsbürger. Die unterschiedliche Behandlung von Christen und Muslimen im Osmanischen Reich wurde nach dem Ende dessen Herrschaft über Bosnien zumindest formal aufgehoben, indem alle Religionsgemeinschaften gleichgestellt wurden. Im Libanon wurde das Millet-System hingegen auf alle Konfessionen ausgedehnt. Die Gleichstellung aller Konfessionen war im Libanon mit der Beibehaltung einer großen Eigenständigkeit und eigenständigen Rechtssystemen verbunden. So gab es im Libanon keine zivile Eheschließung, so daß Ehen nur mit Einwilligung der religiösen Hierarchien geschlossen werden konnten. Insbesondere bei Ehen zwischen Angehörigen unterschiedlicher Konfessionen führte dies zu Problemen.<sup>171</sup> Das konfessionelle System

---

<sup>169</sup> Milton J. Esman, Economic Performance and Ethnic Conflict, in: Joseph V. Montville (Hg.) Conflict and peacemaking in multiethnic societies (New York 1991) 477-489. Eine empirische Studie zeigt, daß die Sunnitn in ihren Sympathien sehr stark nach wirtschaftlichen Kriterien gespalten waren. Während die unteren Schichten der Sunnitn in Saida eher mit den Palästinenser sympatieren, sah sich die Oberschicht den Maroniten näher und beteiligte sich weniger am Krieg, s. Hilal Khashan, Monte Palmer, The Economic Basis of Civil Conflict: A Survey Analysis of Sunnite Muslims, in: Tawfic E. Farah (Hg.) Political Behaviour in the Arab States (Boulder, Col. 1983) 67-81.

<sup>170</sup> Walker Connor, Ethnonationalism. The Quest for Understanding (Princeton, 1994), 145-164.

<sup>171</sup> Im Islam ist eine Ehe zwischen einem muslimischen Mann und einer Frau der anderen beiden anerkannten monotheistischen Religionen (Christentum und Judentum) zulässig. Eine muslimische

des Libanon hat die Rolle der Religion sowohl im Rechts-, wie auch politischen System gestärkt. In Bosnien wurde die Religion als politische Komponente während des 2. Jugoslawien unterdrückt. Da, wie erwähnt, die unterschiedliche Religionszugehörigkeit jedoch das Hauptmerkmal der Nationen Bosniens ist, blieb der indirekte Einfluß der Kirche auf die Politik bestehen.

### 3.4.1. Bosnien-Herzegowina

Zwei der wichtigsten Religionen in Bosnien, die katholische und die serbisch-orthodoxe Kirche, können nicht ohne die religiöse Entwicklung in den jeweiligen Nachbarrepubliken, Serbien und Kroatien verstanden werden. Die wichtigsten Impulse kam aus den beiden Republiken und wurden meist erst später in Bosnien vollzogen. Der Islam kann in Bosnien weitgehend autonom betrachtet werden, da die Beziehungen zu anderen islamischen Staaten weitaus weniger intensiv waren.

#### *Islam*

Für die Muslime besteht eine Einheit zwischen Nation und Religion in Bosnien. Aus dem Umstand, daß es jedoch weltweit fast eine Milliarde Muslime gibt, resultiert jedoch in Komplikationen für die nationale Identität.

In den letzten beiden Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft war die Lage für den Islam sehr günstig. In dieser Zeit wurden viele neue Moscheen gebaut. Zwischen 1945 und der Mitte der achtziger Jahre wurden über Tausend Moscheen und religiöse Gebäude errichtet. Der *Reis-ul-ulema* Naim Effendi Hadžiabić erklärte 1977, daß der islamische Klerus sich noch nie in einer besseren materiellen Verfassung befunden hätte.

Die islamische Geistlichkeit erhielt das Geld von der Bevölkerung und von der kommunistischen Partei. Diese finanzierte zwei Drittel zur Renovierung der Gazi Husrefbeg Moschee in Sarajevo und förderte Veröffentlichungen mit islamischen Themen. In dieser Zeit kam es zu einer Kooperation der kommunistischen Parteielite mit der religiösen Elite. Säkulare Muslime unterstützten diese Kooperation mit der Absicht, die nationale Identität der bosnischen Muslime zu festigen.<sup>172</sup>

1980 erhielten in Jugoslawien 120.000 Kinder islamischen Religionsunterricht auf Grundschulebene. Neben den religiösen Schulen wurde 1977 in Sarajevo eine islamische Theologiefakultät an der Universität gegründet.<sup>173</sup>

Einige Muslime in Bosnien nahmen an der *Hajj*<sup>174</sup> teil. Die Zahl lag 1979 bei etwa 500 Teilnehmern. In den achtziger Jahren stieg sie auf über 1.000.<sup>175</sup> Mit der zunehmenden

---

Frau darf jedoch nicht einen Christen oder Juden heiraten. Ähnliche Einschränkungen finden sich bei allen anderen Konfessionen auch. Zum unterschiedlichen Zivilrecht s. Rabbath, La Formation du Liban Politique et Constitutionnel, 93-137.

<sup>172</sup> Friedman, The Bosnian Muslims, 189.

<sup>173</sup> Sabrina Petra Ramet, Balkan Babel. The Disintegration of Yugoslavia from the Death of Tito to Ethnic War (Boulder, Col. 1996) 188.

<sup>174</sup> Eine der fünf Grundelemente des islamischen Glaubens: Die Pilgerfahrt nach Mecca und Medina.

<sup>175</sup> Die Zahlenangaben schwanken zwischen 1.000 und 3.000 vgl. Friedman, The Bosnian Muslims, 190; Jens Reuter, Islam in Jugoslawien in der Offensive, Südosteuropa, Nr. 9/1984, Jhrg. 33, 483.

Anerkennung des Islam trat jedoch auch der Widerspruch zwischen Kommunismus und Islam deutlicher hervor. Genauso wie der Kommunismus bietet der Islam eine umfassende Lehre an, die beansprucht, den menschlichen Alltag in seiner Gesamtheit zu regeln.<sup>176</sup>

Durch jugoslawische Theologiestudenten in islamischen Ländern (insbesondere in Kairo, Bagdad, Riad, Algier und Tunis) gelangten panislamische Konzepte verstärkt ins Land. Die meisten Rückkehrer fanden Beschäftigung in der religiösen Hierarchie der Muslime Jugoslawiens. Diese neue Elite verbreitete ein religiöses Selbstbewußtsein, das seit dem Ende der osmanischen Herrschaft in Bosnien unbekannt war. Der Staat und der Bund der Kommunisten unterschied zwischen drei Strömungen des Islams in Jugoslawien: Die erste unterstützt das Zusammenleben mit anderen Religionen in jeder Gesellschaft, auch einer sozialistischen. Die zweite Strömung strebt eine Einheit aller Muslime an, während die dritte Richtung den Islam über andere Ordnungen (Nation und Sozialismus) und Religionen stellt. Die letzten beiden Bewegungen wurden vom Staat als Bedrohung angesehen und dementsprechend bekämpft.<sup>177</sup>

So begann am 10. April 1983 ein Prozeß gegen 13 Muslime, unter anderen der spätere bosnische Präsident Alija Izetbegović. Sie wurden wegen feindlicher „konterrevolutionärer“ Aktivitäten angeklagt. Den muslimischen Aktivisten wurde zur Last gelegt, gegen die jugoslawische „Brüderlichkeit und Einigkeit“ agiert und die Gleichheit der Nationen in Frage gestellt zu haben. Weiterhin wurde ihnen vorgeworfen, die Unvereinbarkeit von Islam und Kommunismus zu propagieren. Ein wichtiger „Beweis“ war die „Islamische Deklaration“ von Alija Izetbegović, die er bereits 1970 verfaßt hatte. Sie setzte sich namentlich weder mit Jugoslawien noch mit Bosnien auseinander, sondern richtet sich an die gesamte islamische *Umma* (Gemeinschaft). Der Inhalt entspricht vielen anderen Pamphleten und Deklarationen, die seit den fünfziger Jahren in der muslimischen Welt zirkulierten. Sie brachte den Willen zum Ausdruck, den Islam als Gesellschafts- und Staatsform in muslimischen Ländern einzuführen. Ungewöhnlich an dieser Deklaration war lediglich das Herkunftsland Jugoslawien. Diese Deklaration, so wie auch der politische Islam, gewann insgesamt wenig Unterstützung unter der muslimischen Bevölkerung Bosniens. Im August 1983 wurden die Angeklagten mit Haftstrafen zwischen 10 Monaten und 15 Jahren bestraft. Alle wurden jedoch 1988 amnestiert.<sup>178</sup>

Anfang der achtziger Jahre kamen auch die islamischen Medien in Jugoslawien unter Kritik. So wurde der größten Zeitung der islamischen Glaubensgemeinschaft *Preporod* (Wiedergeburt) vorgeworfen, sich gegen den Staat und die Gesellschaft zu stellen. Die Parteizeitung *Borba* kritisierte: „Alle diese Artikel haben zum Ziel, den Islam nicht nur als Religion darzustellen, sondern auch als Lebensweise und Gesellschaftssystem, das sich für die Einheit aller Muslime einsetzt, gleichzeitig soll die islamische Gemeinschaft als staatsbildende Kraft erscheinen.“<sup>179</sup>

---

<sup>176</sup> Friedman, The Bosnian Muslims, 191.

<sup>177</sup> Reuter, Islam in Jugoslawien in der Offensive, 483 f.

<sup>178</sup> Alija Izetbegović, The Islamic Declaration: A Programme for the Islamization of Muslims and the Muslim Peoples, in: South Slav Journal, Spring 1983, Nr. 6, 56-89.

<sup>179</sup> zitiert nach: Reuter, Islam in Jugoslawien in der Offensive, 490.

Die Islamische Glaubensgemeinde nahm trotz solcher Vorwürfe kaum Stellung zu politischen Ereignissen. Während die katholische Kirche eng mit den Staatsorganen in Slowenien und Kroatien zusammenarbeitete und in Serbien eine Allianz zwischen Verwaltung und serbisch-orthodoxer Kirche zum Thema Kosovo entstand, kam es zu keinen Verbindungen mit der Politik bei der Islamischen Gemeinde. Dies läßt sich auf zwei Faktoren zurückführen: Die Verwaltung und der Bund der Kommunisten waren in Bosnien (und im Kosovo) dogmatischer als in den anderen Republiken und lehnten eine Zusammenarbeit mit Religionseinrichtungen stärker ab. Weiterhin war der Islam nicht die dominante Religion einer Republik, so daß der multinationale und multireligiöse Charakter Bosniens eine derartige Allianz verhinderte. Die islamische Gemeinde bemüht sich z.B. nicht um die offizielle Einführung religiöser Feiertage, wie es die anderen Glaubensrichtungen taten.<sup>180</sup> Im Gegensatz zu anderen religiösen Zeitungen beschäftigte sich *Preporod*, das islamische Organ, kaum mit politischen oder sozialen Themen.

Das stärkere muslimische Selbstbewußtsein löste Mitte der achtziger Jahre in Jugoslawien Ängste unter den anderen Nationen und der kommunistischen Elite aus. Diese wurden gezielt von serbischer, aber auch von kroatischer Seite geschürt. Ramet beschreibt sehr eindrucksvoll, wie Ende der achtziger Jahre in Serbien anti-muslimische Verschwörungstheorien kursierten. Den bosnischen Muslimen wurde die Absicht unterstellt, gemeinsam mit den Albanern des Kosovo Serbien benachteiligen zu wollen. Sie zitiert den Psychiater und ersten Führer der SDS, der serbischen Partei in Kroatien, Jovan Rašković. Dieser behauptet, daß die Muslime in der analen Entwicklungsphase steckengeblieben seien.<sup>181</sup> Diese Ängste werden nach wie vor geschürt, so schrieb die von der größten amerikanisch-serbischen Organisation, dem *Serbian Unity Congress*, herausgegebenen Zeitung *Unity Herald/Glas Sabora* im August 1996: „...they [die Islamisten] seem to consider the Bosnian jihad as the first step in the reversal of the historic defeat of Ottoman armies at the gates of Vienna in 1683.“<sup>182</sup>

Mit den freien Wahlen 1990 gewann die islamische Gemeinde eine neue Freiheit. Während bisher der Reis-ul-ulema von der kommunistischen Partei bestimmt wurde, wählte im März 1991 ein 96 Personen umfassendes Wahlgremium der muslimischen Glaubensgemeinde diesen Würdenträger. Gewählt wurde Jakob Selimoški, ein mazedonischer Muslime. Neben der religiösen Unabhängigkeit erhielt der Islam durch den Wahlerfolg der muslimischen Partei SDA weitere Förderung.<sup>183</sup>

Seit Beginn des Jahrhunderts besaßen bosnische Muslime Kontakte mit Panislamischen Bewegungen (Amin al-Husayni und Sakib Arslam) und gehörten islamischen Organisationen außerhalb Bosniens an. Bosnische Delegationen nahmen regelmäßig an Sitzungen der Organisation der Islamischen Konferenz teil. Die Organisation unter saudi-arabischer Dominanz bemüht sich um einen Dialog islamischer Länder.

---

<sup>180</sup> Während die serbisch-orthodoxe Kirche 1989 mit der KP den 600. Jahrstag der Schlacht am Amsel Feld gedacht, wäre eine ähnliche Feier auf muslimischer Seite (z.B. 500. Jahrestag der osmanischen Herrschaft) undenkbar.

<sup>181</sup> Ramet, Balkan Babel, 185, 189-191.

<sup>182</sup> Vojin Joksimovich, Bosnia: Is the Dayton Settlement Working? in: *Unity Herald/Glas Sabora*, 22.8.1996, <http://www.suc.org/sucinfo/conventions/seventh/unity-herald/vojin.html>.

<sup>183</sup> Ramet, Balkan Babel, 193.

Die Kontakte zwischen islamischen Ländern und den bosnischen Muslimen intensivierten sich mit der Präsidentschaft von Alija Izetbegović ab Ende 1990. Kurz nach dem Referendum über die Souveränität Bosniens traf Izetbegović bei seiner Pilgerfahrt nach Mekka mit dem saudischen König Fahd zusammen.

Neben der finanziellen Unterstützung der bosnischen Regierung und von Flüchtlingen beschränkte sich die Unterstützung Bosniens während des Krieges durch die meisten islamischen Länder (insbesondere Saudi-Arabien) jedoch zunächst auf verbale Verurteilungen der Serben. Mit dem weiteren Verlauf des Krieges und den Niederlagen der Muslime verstärkte sich die Unterstützung durch islamische Länder. Diese trugen insbesondere zum Ausschluß der Bundesrepublik Jugoslawien aus der UNO und der Blockfreienbewegung bei. Später folgte die Forderung nach der Aufhebung des Waffenembargos und einer militärischen Intervention in Bosnien. Dieses verstärkte Engagement islamischer Länder ging in erster Linie auf den Iran zurück, der an der Stelle von Saudi Arabien eine Vorreiterrolle zur Unterstützung Bosnien übernahm. Neben der diplomatischen Aktivität versorgte der Iran die Regierung Bosniens mit Waffen und mit freiwilligen Kämpfern. Da der Iran dem schiitischen Flügel des Islam anhängt, während die bosnischen Muslime Sunnitern sind, ist eine religiöse Kooperation und ein größerer Einfluß auf die Bevölkerung nicht wahrscheinlich. Die mindestens 1.000 sunnitischen *Mujahideen*, die in Bosnien kämpften, hatten einen größeren Einfluß, blieben jedoch auch meist aus der bosnischen Gesellschaft ausgegrenzt. Die meisten kämpften zuvor in Afghanistan gegen die kommunistische Regierung. Sie sind mehrheitlich Sunnitern und könnten deshalb eine größere religiöse Rolle in Bosnien spielen, als der Iran.

Insgesamt blieb der Einfluß der islamischen Welt auf Bosnien während des Krieges begrenzt. Die pro-westliche Orientierung einiger religiöser Staaten (Saudi-Arabien) oder von Ländern mit regionalem Interesse (Türkei) verhinderte ein starkes Engagement in Bosnien. Dem Iran machte neben den eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die innerislamische Bruchlinie zwischen Schiiten und Sunnitern ein größeres Engagement unmöglich.<sup>184</sup>

### *Römisch-Katholische Kirche*

Von allen Beziehungen zwischen Religion und dem kommunistischen Regime gestalteten sich jene mit der katholischen Kirche am schwierigsten. Grund dieser Spannungen war die angebliche Kollaboration der Kirche mit dem Ustaša-Staat. Während des 2. Weltkriegs arbeiteten es zwar Geistliche mit dem faschistischen Regime zusammen, gleichermaßen gab es jedoch auch pro-jugoslawische katholische Würdenträger. Letztere sahen sich in der Tradition des Bischof Strossmayer (vgl. Kapitel 2.2.1). In der katholischen Kirche bestand weiterhin einen pro-kroatischen Flügel, der jedoch nicht unbedingt die Ustaše unterstützte. Die umstrittene Leitfigur dieses Teils der Kirche war der Erzbischof Alojzije Stepinac. Obwohl er dem „Unabhängigen Kroatien“ kritisch gegenüberstand wurde Stepinac im September 1945

---

<sup>184</sup> Tetsuya Sahara, The Islamic World and the Bosnian Crisis, in: Current History, November 1994, Nr. 586, Jhrg. 93, 386-389. Zur Entwicklung des Islam während des Krieges s. auch Darko Pavičić, Nismo ni Turci ni Arapi - mi smo Evropljani [Wir sind weder Türken noch Araber - wir sind Europäer], in: Novi Danas, 24.8.1992, 26-28, zitiert nach: Osteuropa, Februar 1993, Jhrg. 43, A97-A102.

verhaftet und der Kollaboration angeklagt. Der eigentliche Grund für den Prozeß gegen ihn lag jedoch in seiner Kritik der kommunistischen Religionspolitik. So lehnte er einen von der KP geforderten Bruch mit dem Vatikan ab. Er wurde zu 16 Jahren Arbeitslager verurteilt. Obwohl er bereits 1951 von Tito entlassen wurde, um die Beziehungen mit dem Vatikan zu verbessern, blieb seine Rehabilitation ein zentraler Streitpunkt in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat.

Die erste Phase der kommunistischen Herrschaft bis 1953 war auch die schwierigste Zeit für die Kirche. Katholische Schulen und Krankenhäuser wurden geschlossen. Weiterhin durften fast keine katholische Publikationen erscheinen. 1953 garantierte eine Gesetz über den rechtlichen Status der Religionsgemeinschaften ein Mindestmaß an Freiheit. Nachdem 1966 der Vatikan und Jugoslawien diplomatische Beziehungen aufnahmen und die jugoslawische Regierung die freie Religionsausübung der katholischen Kirche garantierte, verbesserte sich die Lage der Kirche weiter.<sup>185</sup>

Die achtziger Jahre waren von einer Liberalisierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche geprägt. Zugleich nahm die anti-katholische Propaganda von Seiten serbischer Nationalisten zu. Im Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaft (vgl. Kapitel 3.6.1.) und in serbischen Romanen und wissenschaftlichen Werken<sup>186</sup> wird die Katholische Kirche und der Vatikan als Teil einer anti-serbischen Verschwörung dargestellt. Der Bund der Kommunisten Kroatiens blieb auf einer orthodoxen kommunistischen Linie und näherte sich nicht der Kirche an (im Gegensatz zu den Beziehungen der serbischen KP mit der serbisch-orthodoxen Kirche). Stattdessen griffen die kroatischen Kommunisten beide Kirchen, die katholische und die serbisch-orthodoxe Kirche an und bezichtigten sie des „Klerikalnationalismus“.

Ende der achtziger Jahre wurden jedoch auch innerhalb der katholischen Kirche nationalistische Töne laut. So sprach sich der Erzbischof von Zagreb, Franjo Kuharić, für das historische und natürliche Recht der Kroaten auf Souveränität aus. Eine kroatische Bischofsversammlung in Djakovo wehrte sich 1989 gegen einen angeblichen psychologischen Terror gegen die Kroaten und setzt sich für freie Wahlen und eine Konföderalisierung Jugoslawiens ein. Diese politische Linie entsprach weitgehend jener der sich neu formierenden Parteien in Slowenien und Kroatien. Die Spannungen mit der serbisch-orthodoxen Kirche verstärkten sich, nachdem die katholische Kirche die Albaner im Kosovo unterstützte und sich gegen die serbische Unterdrückung aussprach.

Am 10. Februar 1990 jährte sich der Todestag des Kardinal Stepinac zum dreißigsten Mal. Diese Gelegenheit nutzte die Kirche, um ihre Sicht der kommunistischen Staates neu zu definieren. In einem Artikel der katholischen Zeitung *Glas koncilia* wurde Stepinac in Schutz genommen und der Prozeß durch die Kommunisten verurteilt. Trotzdem blieb die Kirche mit ihrer Kritik am Bund der Kommunisten bis zu den Wahlen vorsichtig. Während die höheren Würdenträger der Kirche eine Parteinahe ablehnten, wurden viele Priester und Mönche in der Zeit vor den Wahlen politisch aktiv. Am Gründungsparteitag der HDZ im Februar 1990 nahmen einige Geistliche teil. Drei Priester wurden sogar in Ämter der Partei gewählt. Der katholische Charakter der Partei weckte Sympathien innerhalb der katholischen Hierarchie, die von Tudjman bewußt mobilisiert wurden. So nahm er während des Parteitages demonstrativ an einer Messe

---

<sup>185</sup> [Ramat](#), Balkan Babel, 135-147.

<sup>186</sup> s. z.B. Vladimir [Dedijer](#), Jasenovac - das jugoslawische Auschwitz und der Vatikan (Freiburg 1988).

teil. Einige Priester setzten sich vor den Wahlen auch für das Wahlrecht von Exilkroaten in Deutschland ein (Die HDZ führte später das Wahlrecht für „Auslandskroaten“ ein). Nach den Wahlen wurde die Nähe zwischen der Kirche und der HDZ größer, so daß die Bischöfe die Wahlergebnisse im April 1990 begrüßten. Das neue Parlament begann auch die neue Sitzungsperiode mit einer Messe in der Kathedrale, an der die meisten Abgeordneten teilnahmen. Von diesem Zeitpunkt an reagierte die Kirche auf die anti-katholische Propaganda in Serbien mit ähnlichen Artikeln und Aussagen gegen die serbisch-orthodoxe Kirche. Ähnlich wie die serbisch-orthodoxe Kirche war sie hin und her gerissen zwischen dem neuen Nationalismus und dem Versuch einen Krieg zu verhindern. So protestierte sie gegen Zerstörungen serbisch-orthodoxer Kirchen im Krieg, hieß zugleich jedoch die Ziele und Politik Franjo Tuđman für gut. Der verstorbene Kardinal Stepinac wurde in Folge 1992 vom kroatischen Parlament rehabilitiert.<sup>187</sup>

In Bosnien stellten sich die Beziehungen zwischen Kirche und Republiksführung in den achtziger Jahren schwieriger dar als in Kroatien. Der Bund der Kommunisten war in Bosnien stets darum bemüht, die Balance zwischen Nationen aufrecht zu erhalten, Privilegien oder Besserbehandlung einer Religionsgemeinschaft wurden vermieden.

Ein bedeutendes Ereignis für die katholische Kirche in Bosnien war die „Marienerscheinung“ von Medjugorje. Sechs katholische Kinder behaupteten, daß ihnen „Maria“ in der Nähe dieser kleinen Dorfes bei Mostar am 24. Juni 1981 erschienen ist. Die angeblichen Visionen verursachten einen großen Pilgerstrom in das Dorf. So hatten bis 1988 bereits 10 Millionen Pilger Medjugorje besucht. Diese „Erscheinungen“ standen in engem Zusammenhang mit Versuchen der Franziskaner, die ihren vormals großen Einfluß in Bosnien langsam verloren, eine Übernahme ihrer Pfarrbezirke durch die katholische Diözese zu verhindern. Der Vatikan blieb den Erscheinungen gegenüber skeptisch, bis heute wurde das „Wunder“ weder abgelehnt noch anerkannt. Solche „Wunder“ stehen diese „Wunder“ oft in Zusammenhang mit Krisen und Konflikten. Mit Sicherheit hat die Marienerscheinung von Medjugorje dazu beigetragen, die Einheit der Katholiken in der Herzegowina herzustellen und das Selbstbewußtsein der herzegowinischen Kroaten zu stärken.<sup>188</sup>

Die Spannungen der Kirche zur bosnischen Republiksführung wurden 1987 deutlich, als in Mostar ein theologisches Institut eingerichtet wurde. Obwohl es in anderen Republiken vergleichbare Einrichtungen gab, wurde das Institut noch im selben Jahr von der bosnischen Führung verboten. Die Begründung waren die Religionsgesetze der Republik, die keine Erziehungseinrichtungen außer zur Ausbildung von Geistlichen zuließ. Im Rahmen der Förderalisierung fiel die Kompetenz der Religionen den Republiken zu. Bosnien verabschiedete 1977 ein Gesetz für die Religionsgemeinschaften, das strenger als das vorhergehende Bundesgesetz war.<sup>189</sup>

---

<sup>187</sup> Jure Kristo, The Catholic Church in a Time of Crisis, in: Sabrian Petra Ramet, Ljubiša S. Adamovich (Hg.) *Beyond Yugoslavia, Politics, Economic and Culture in a Shattered Community* (Boulder, Col./San Francisco/Oxford 1995) 431-450.

<sup>188</sup> Ramet, Balkan Babel, 156 f. Mehr zum Thema Medjugorje und der Bedeutung des „Wunders“ siehe Mart Bax, *Medjugorje's Little War; Barbarization in a Bosnian Pilgrimage Centre*, unveröffentlichtes Manuskript und Mart Bax, *The Saints of Gomila. Ritual and Violence in a Yugoslav Peasant Community*. Ethnologia Europaea, 1992, Nr. 1, Jhrg. 22, 17-31.

<sup>189</sup> Ramet, Balkan Babel, 148 f.

In dem Bewußtsein Rückdeckung aus Zagreb zu erhalten, wurde die katholische Kirche nach den Wahlen in Kroatien in Bosnien aktiv. Sie verlangte die Aufhebung des Verfassungsverbots für religiöse und nationale Organisationen. Nach der Gründung der HDZ in Bosnien arbeitete die katholische Kirche eng Partei zusammen, da diese als einzige nennenswerte Vertretung der Kroaten in Bosnien agierte. Mit Kriegsbeginn setzte sich die Kirche jedoch vermehrt für humanitäre Hilfe in Bosnien ein und versorgte mit ihren Hilfsorganisationen nicht nur Katholiken sondern auch Angehörige anderer Konfessionen.<sup>190</sup>

In der katholischen Kirche bestanden bis zum 2. Weltkrieg zwei Flügel der Nationalbewegung: Die eine Richtung unterstützte Jugoslawismus im Sinne Strossmayers, während der andere Flügel sich für einen exklusiven kroatischen Nationalismus einsetzte. Ebenso wie der serbische Zentralismus der Zwischenkriegszeit und der Ustaša-Staat verdrängte der kommunistische Staat durch seine schlechte Behandlung der katholischen Kirche den pro-jugoslawischen Flügel. Obwohl die Kirche nicht geschlossen hinter Tudjman stand oder die kroatische Politik in Bosnien unterstützte, besaß der exklusive kroatische Nationalismus die Vorherrschaft in der Geistlichkeit. Diese enge Verknüpfung von Kirche und Nation erschwerte eine ausgleichende Rolle der Kirche nach den freien Wahlen 1990.<sup>191</sup> Dieses Dilemma lässt sich auch bei der serbisch-orthodoxen Kirche finden.

### *Serbisch-Orthodoxe Kirche*

Stärker als bei den anderen Religionen Bosniens und Jugoslawiens ist die serbisch-orthodoxe Religion mit einer Nation verbunden. Die serbisch-orthodoxe Kirche stand im Lauf der letzten beiden Jahrhunderte meist hinter den großserbischen Bewegungen. Die Errichtung des Königreichs Jugoslawien wurde von Seiten der Kirche als Erreichung dieses Ziels gesehen. Trotz einer vergleichbaren Lage unter der kommunistischen Herrschaft kam es im kommunistischen Jugoslawien es nicht zu einer Annäherung zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche.

In keinem anderen Land Südosteuropas wurde die Kirche durch den Weltkrieg so stark geschwächt, wie die serbisch-orthodoxe Kirche in Jugoslawien. Trotzdem gelang es dem kommunistischen Staat nicht, die Kirche zu kontrollieren. Sie wurde an den Rand der Gesellschaft gedrängt, konnte dort aber eine durchaus kritische Rolle übernehmen. Ekkehart Kraft bezeichnet ihre Linie als „loyale Opposition“.<sup>192</sup> Das Verhältnis zum kommunistischen Staat blieb jedoch gespalten. Einerseits kooperierte sie mit diesem und unterstützte ihn in nationalpolitischen Bereichen, andererseits gab es einzelne Reibungen. Die Autokephalie der mazedonisch-orthodoxen Kirche Anfang der

---

<sup>190</sup> Kristo, *The Catholic Church in a Time of Crisis*, 441, 444 f.

<sup>191</sup> Pedro Ramet, From Strossmayer to Stepinac: Croatian National Ideology and Catholicism, in: *Canadian Review of Studies in Nationalism*, Spring 1985, Nr. 1, Jhrg. XII, 123-139. Ramet sieht bereits 1985 die Bedrohung der kommunistischen Herrschaft durch einen neuen kroatischen Nationalismus gemeinsam mit der katholischen Kirche.

<sup>192</sup> Ekkehart Kraft, Kirche und Politik in Jugoslawien seit dem Ende der 80er Jahre: Die Serbisch Orthodoxe Kirche, in: *Südosteuropa*, Nr. 1/1992, Jhrg. 41, 53.

sechziger Jahre störte das Verhältnis.<sup>193</sup> Nach der angeblichen Marienerscheinung in Medjugorje in der Herzegowina 1981 verstärkte der Staat seine antikirchliche Politik. Obwohl das „Wunder“ der weinenden Maria nur für die katholische Kirche von Bedeutung war, wurde auch die serbisch-orthodoxe Kirche kritisiert. Der Präsidiumssekretär des ZK in Bosnien bezeichnete die serbisch-orthodoxe Kirche als „Brutstätten pro-faschistischer Organisationen und Ćetnik-Zellen“.<sup>194</sup>

Im Gegensatz zur katholischen Kirche und der islamischen Glaubensgemeinde hatte die serbisch-orthodoxe Kirche Schwierigkeiten, den Bau von neuen Kirchen durchzusetzen. Ein Zeichen des sich ändernden Klimas war 1984 die Erlaubnis der Behörden, die Kirche Svetog Sava in Belgrad weiterbauen zu dürfen. Der Baubeginn dieser monumentalen Kirche lag am Ende der Zwischenkriegszeit, das Gebäude wurde jedoch bis heute nicht fertiggestellt.

Zur Weihung des Fundaments dieser größten orthodoxen Kirche des Balkans kamen im Mai 1985 30.000 Menschen. Weitere 100.000 Menschen nahmen an gleichzeitigen Gottesdiensten in anderen serbisch-orthodoxen Kirchen teil. In dieser Zeit wurden Umbauten und Erweiterungen an anderen Kirchen genehmigt. Zugleich durften Gläubige ungehindert in der Jugendorganisation der KP aktiv sein. Die serbisch-orthodoxe Kirche übte verhaltene Kritik an dem fehlenden Schutz der Kirche durch die Behörden im Kosovo und stieß auf Unterstützung der serbischen Medien.<sup>195</sup>

Die serbisch-orthodoxe Kirche in Serbien ist weniger als religiöse, sondern vielmehr als kulturelle Einrichtung zu verstehen. Sie reflektiert die Stimmungen in der serbischen Gesellschaft. Ein zentrales Motiv im Selbstverständnis der serbischen Nationalbewegung, auch der serbisch-orthodoxen Kirche ist die Opferrolle. Die vermeintliche Verfolgung durch Albaner im Kosovo ist lediglich die Fortsetzung eines Geschichtsbildes, das sich seit der Schlacht am Amselfeld durch die serbische Geschichtsschreibung zieht. Die Kirche spielt in der Erhaltung dieses Motivs eine zentrale Rolle. Jedoch erst Mitte der achtziger Jahre gelang es der serbisch-orthodoxen Kirche dieses Geschichtsbild wieder öffentlich darzustellen.<sup>196</sup>

Diese Entwicklung hing eng mit der Machtübernahme Milošević's zusammen. Unter seiner Herrschaft verbesserte sich die Stellung der serbisch-orthodoxen Kirche dramatisch. Jedoch bereits sein Vorgänger, der serbische Parteichef und spätere serbische Präsident Stambolić hatte sich um eine Annäherung zwischen Staat und Kirche bemüht. Dies erfolgte allerdings auf einer bescheideneren Ebene als bei seinem Nachfolger. Das neue Verhältnis zwischen Kirche und Staat zeigt sich zum Beispiel bei

---

<sup>193</sup> Autokepholie ist die Unabhängigkeit einer orthodoxen Kirche, hierzu s. Katrin Völk, Makedonien/Mazedonien in: Michael Weithmann (Hg.) *Der ruhelose Balkan* (München 1993) 240-242.

<sup>194</sup> Dionisie Ghermani, Orthodoxe Kirchen in Südosteuropa, Zwischen Anpassung und Auflehnung, in: *Südosteuropa*, Nr. 11-12/1984, Jhrg. 33, 626 f.

<sup>195</sup> Ramet, Balkan Babel, 179; Kraft, Kirche und Politik in Jugoslawien seit dem Ende der 80er Jahre, 55.

<sup>196</sup> Hierzu s. Jasna Dragović, Serbian Nationalism in the 19th Century, in: *Dialogue*, Decembre 1995, Nr. 16, Jhrg. 4, 42 f.; Sabrina Petra Ramet, The Serbian Church and the Serbian Nation, in: Sabrian Petra Ramet, Ljubiša S. Adamovich (Hg.) *Beyond Yugoslavia. Politics, Economic and Culture in a Shattered Community* (Boulder, Col./San Francisco/Oxford 1995) 108 f.

den Massenkundgebungen im Sommer 1988, bei denen Bilder von Milošević neben jenen des Patriarchen German getragen wurden. Auf offizieller Ebene begann eine Kooperation bei der gemeinsamen Gedenkfeier am 600. Jahrestag der Schlacht am Amsfeld 1989. Im selben Jahr durfte die Zeitung der serbisch-orthodoxen Kirche, *Pravoslavlje*, erstmals an Zeitungsständen verkauft werden. Das orthodoxe Weihnachtsfest wurde 1990 erstmals seit vier Jahrzehnten in Belgrad öffentlich begangen. Zur gleichen Zeit wurde der Marxismus-Unterricht in den Schulen durch Religionsunterricht ersetzt. Die Medien lobten zugleich die Rolle der serbisch-orthodoxen Kirche für ihren Dienst an der serbischen Nation.<sup>197</sup>

Stärker noch als die kommunistische Regierung stellten sich nationalistische Politiker aus der Opposition hinter die Kirche (Jovan Rašković, Radovan Karadžić und Vuk Drašković). Da sich die Regierung weiterhin weigerte, Weihnachten als offiziellen Feiertag einzuführen und die Stellung der serbisch-orthodoxen Kirche im Kosovo mit Aufhebung der Autonomie nicht wirklich besser wurde, kühlten die Beziehungen zu Milošević ab. 1990 wurde der seit über dreißig Jahren amtierende Patriarch German durch Pavle abgelöst. Dieser nützte den größeren Spielraum der Kirche besser und setzte sich für die Demokratisierung Serbiens ein. Seine Stellungnahme vor den 1. Wahlen im Dezember 1990 lässt sich als Wahlempfehlung für die Opposition lesen: „Inwieweit die serbische Nation den selbsterwählten Protagonisten des bestehenden Regimes Vertrauen zeigen wird, wird dies ein Zeichen dafür sein, daß sie freiwillig Bolschewismus und Titoismus als ihr Schicksal annehmen, daß sie ein Regime und eine Ideologie gutheißen, über die sich heute die ganze Welt schämt. In diesem Fall wird sie sowohl in Jugoslawien wie auch in der ganzen Welt isoliert bleiben.“<sup>198</sup> Neben der nationalistischen Opposition in Serbien bzw. der SDS, die an der Regierung in Bosnien beteiligt war, unterstützte die serbisch-orthodoxe Kirche den jugoslawischen Thronfolger Aleksandar Karadjordjević, der in Großbritannien im Exil lebt.

Mit dem Kriegsausbruch in Kroatien und später in Bosnien kam die gespaltene Position der orthodoxen Kirche deutlich zum Ausdruck. Sie betonte oft die Sinnlosigkeit einer gewaltsamen Konfliktlösung und bemühte sich um einen Dialog mit der katholischen Kirche und der islamischen Glaubensgemeinschaft. Bei einem Treffen mit serbischen Parteien aus Kroatien, Bosnien und Serbien erinnerten die Kirchenführer die Parteien daran, daß die wirklichen Schwierigkeiten auf wirtschaftlicher und nicht auf nationaler Ebene lägen. Der Bischof von Nordwestbosnien rief die Bevölkerung auf, die serbischen Politiker in Bosnien zu ignorieren und nicht in Häuser vertriebener Muslime und Kroaten einzuziehen. Trotz dieser Bemühungen um Besonnenheit gab die serbisch-orthodoxe Kirche unterstützende Signale an die kriegsführenden Nationalisten ab. So nahm der Bischof Lukijan (Eparchie Osijek-Baranja) Waffensegnungen vor, während Patriarch Pavle bei etlichen Gelegenheiten auf die Schuld der Kroaten im 2. Weltkrieg hinwies und somit indirekt die Verbrechen auf serbischer Seite rechtfertigte.

---

<sup>197</sup> Ramet, Balkan Babel, 179-181; Slobodan Reljić, *Vestina vladanja* [Die Kunst des Herrschens], in: NIN, 8.5.1992, S. 22-24, zitiert nach: Osteuropa, September 1992, Jhrg. 42, A520 und Kraft, Kirche und Politik in Jugoslawien seit dem Ende der 80er Jahre, 57 f.

<sup>198</sup> zitiert nach: Kraft, Kirche und Politik in Jugoslawien seit dem Ende der 80er Jahre, 63.

Insbesondere Patriarch Pavle entfremdete viele moderate Serben durch seine fehlende Abgrenzung zu extremen Nationalisten (wie Karadžić und Arkan).<sup>199</sup>

Als Nationalkirche war sie in den achtziger Jahren ein wichtiger Motor bei der Re-nationalisierung der Bevölkerung. Die enge Bindung an Milošević und später an die SDS in Bosnien brachte sie in ein Dilemma: Ihre neue Stärke verdankte sie der Führung, die den Krieg begonnen hatte. Obwohl die Kirche sich gelegentlich dagegen wehrte, den Krieg in Bosnien als Religionskrieg zu bezeichnen, konnte sie sich nicht von der Argumentation der Kriegstreiber loslösen. Sie ließ sich zur Rechtfertigung des Krieges mißbrauchen. Zugleich stellte sie sich gegen die gewaltsame Austragung der Spannungen. In dieser Lage war es unmöglich, zugleich nationalistisch zu sein und nicht ein Kriegstreiber zu werden.<sup>200</sup>

### 3.4.2. Libanon

Im Libanon sind insgesamt 17 Religionen offiziell anerkannt. Die meisten von ihnen sind jedoch zahlenmäßig zu klein, um eine eigenständige politische Rolle zu spielen. Sechs Konfessionen dominieren im Libanon. Die maronitische, die griechisch-orthodoxe und die griechisch-katholische Kirche sind die größten christlichen Konfessionen. Die beiden zuletzt genannten bleiben jedoch weit hinter dem Einfluß der Maroniten zurück. So spielte der maronitische Patriarch eine zentrale Rolle bei der Schaffung des Grand Liban.

Sunniten, Schiiten und Drusen sind die wichtigsten islamischen Konfessionen. Ihr politischer Einfluß blieb lange Zeit hinter jenem der Christen zurück, da unter ihnen nur die Drusen eine religiöse Hierarchie besaß, die spezifisch libanesisch war. In den ersten Jahrzehnten des unabhängigen Libanon bauten Sunnitnen und Schiiten eine „Hohen Rat“ auf, der ihre Interessen vertrat. 1967 spalteten sich die Schiiten ab und bildeten ihren eigenen Rat. Zugleich nahmen religiöse Führer politische Aufgaben direkt und indirekt wahr. Viele waren Abgeordnete, Parteiführer und beeinflußten das politische Geschehen durch ihre direkte Teilnahme. Parteien, wie die Kata'ib, benötigten ihre Unterstützung, um als konfessionellen Gruppierung legitimiert zu sein. Weiterhin dienten religiöse Führer oftmals als Vermittler in politischen Auseinandersetzungen. Während des Bürgerkrieges gab es sowohl Kriegstreiber als auch religiöse Vertreter, die mäßigend auftraten und den konfessionellen Charakter der Auseinandersetzungen bestritten. Aufgrund dieses großen Einflusses auf den Staat besteht nach wie vor eine konfessionelles System, das eine Säkularisierung des Staates unmöglich gemacht hat.<sup>201</sup>

#### *Maroniten*

Die Maroniten dominierten, wie bereits öfters erwähnt, das politische System des Libanon. Die maronitische Kirche nützte diesen Einfluß und übte große Macht auf die Gläubigen und das gesamte Land aus. Neben zahlreichen Klöstern (über 60) unterhält die Kirche viele Schulen und Kulturzentren, die entscheidend an der Prägung einer

---

<sup>199</sup> Ebd., 70-74; Stan Markotich, Serbian Orthodox Church Regains a Limited Political Role, in: *Transition*, 5.4.1996, Nr. 7, Jhrg. 2, 30-32.

<sup>200</sup> Ramet, The Serbian Church and the Serbian Nation, 118 f.

<sup>201</sup> Schiller, Der Bürgerkrieg im Libanon, 28, 52 f.

maronisch-libanesischen Identität teilhaben.<sup>202</sup> „Most important of all, the church functioned as the ‘collective memory’ of the community, continually reinforcing the community’s sense of identity.“<sup>203</sup> Aufgrund der starken Rolle der Kirche konnten die Maroniten ihre Identität und Einheit erhalten. In der Zeit rascher wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen entfernten sich die Sunnit en und Schiiten währenddessen von ihren traditionellen Vertretern.<sup>204</sup>

Die maronitische Kirche übernahm stets eine aktive Rolle in der libanesischen Politik. Hierbei bestanden zwei weitgehend autonome Pole innerhalb der kirchlichen Hierarchie. Der Patriarch auf der einen und die Mönchsorden auf der anderen Seite.

Am einflußreichsten waren die maronitischen Patriarchen nach dem 1. Weltkrieg. So nahm der damalige Patriarch Hoyek an den Friedensverhandlungen teil und erreichte die Schaffung des „Grand Liban“. Während des 1. Bürgerkrieges 1958 stellte sich der Patriarch Méouchy gegen Chamoun und trug somit zu dessen Abdankung bei. Die Patriarchen vor dem Bürgerkrieg waren wichtig bei der Schaffung von Koalitionen und beeinflußten diese Politik aus dem Hintergrund. Patriarch Bulus Khureysh wurde kurz vor Kriegsbeginn gewählt und bemühte sich um eine Mäßigung nach dessen Ausbruch. Er stammte aus einer weniger einflußreichen Familie und engagierte sich vor Kriegsausbruch nur wenig in der Politik. In einem Hirtenbrief im März 1976 führte Khureysh den Krieg auf den Materialismus und den Verfall der Moral zurück. Im weiteren Kriegsverlauf näherte er sich den Positionen der Front Libanais an und bezeichnete die Palästinenser nun als Kriegsursache. Trotzdem blieb er im Verhältnis zu den Mönchsorden moderat, kritisierte oftmals die FL und forderte einen starken Staat, der alle Milizen entwaffnen solle. Neben persönlichen Gründen wird auch der Druck des Vatikan auf den Patriarchen diese moderate Linie bedingt haben. Möglicherweise verlor er deswegen an Einfluß und spielte im politischen Leben der Maroniten eine nur untergeordnete Rolle.<sup>205</sup>

Von größerer Bedeutung als der Patriarch innerhalb der religiösen Hierarchie war der libanische Mönchsorden (*L’Ordre Libanais Maronite* bzw. *L’Ordre des Moines Maronites Libanais*). Die Mönche besaßen eine zentrale Rolle innerhalb der maronitischen Gemeinde, da die Religion (vgl. Kapitel 2.1.2) auf einen Mönch zurückgeht und Mönche die Träger der maronitischen Konfession wurden. Somit besaßen die Mönche eine größere Beliebtheit in der einfachen Bevölkerung als der Patriarch. Zum intellektuellen Mittelpunkt entwickelte sich die Heilige-Geist Universität von Kaslik. Innerhalb der Universität bildete sich der sogenannte Kaslik-Kreis, der als Vordenker der Maroniten auftrat. In Veröffentlichungen und einem Memorandum setzen sie Arabismus und Islam gleich und arbeiten die Organisationsstruktur der Forces Libanaises aus. Ohne größere Sympathie für Israel zu äußern greift der Kaslik Kreis Linke, Palästinenser und Muslime an. Zudem steht er den Politikern der alten Elite sehr kritisch gegenüber, da sie sich nach Meinung dieses Forums nicht genug für den Erhalt

---

<sup>202</sup> zur Gliederung der Maronitischen Kirche s. Helga Anschütz, Paul Harb, Christen im Vorderen Orient. Kirchen, Ursprünge, Verbreitung. Eine Dokumentation (=Aktueller Informationsdienst Moderner Orient Sondernr. 10, Hamburg 1985) 59 f.

<sup>203</sup> Khalfat, Denoeux, Urban Networks and Political Conflict, 186.

<sup>204</sup> Ebd., 191 f.

<sup>205</sup> Kuderna, Christliche Gruppen im Libanon, 159-163.

des Staates eingesetzt haben. Neben diesem Orden gab es noch drei weitere einflußreiche Mönchsorden, die alle bis auf einen dem Vatikan direkt unterstellt waren. Somit entzogen sie sich den ausgleichenden Bemühungen des Patriarchen.

Die Versammlung der maronitischen und griechisch-katholischen Ordensoberen stellte sich bereits zu Beginn des Krieges hinter die Kata'ib Partei und engagierte in der Front Libanais. Der Einfluß der FL ging nicht zuletzt auf die Unterstützung durch die Mönchsorden zurück. Die zentrale Persönlichkeit hierbei war der Mönch Sharbal Qassis, der zugleich den libanesischen Mönchsorden leitete und den Ordens innerhalb der Front Libanais vertrat. Er sprach sich für einen „reinen Libanon“ aus, lehnte das arabische Element des Staates ab und wollte die Zahl der Palästinenser im Land drastisch reduzieren. Diese Haltung stieß unter den maronitischen Parteien auf Unterstützung, insbesondere innerhalb der Front Libanais und der Kata'ib. Bei maronitischen Gesprächsrunden wurde dementsprechend Qassis dem Patriarchen vorgezogen.<sup>206</sup> Noch radikaler als die Kata'ib forderte der Orden eine Konföderalisierung des Libanon oder notfalls sogar eine Teilung des Landes.

Der Orden besaß einen großen Anteil am landwirtschaftlich nutzbaren Land im Libanon. Dieser Großgrundbesitz ermöglichte den wirtschaftlichen Wohlstand der Mönche und sicherte ihren wirtschaftlichen Einfluß. So finanzierte und ernährte der Orden die FL und andere christliche Milizen. Nachdem jedoch bekannt wurde, daß Waffen und Munition in Klöstern gelagert wurden, mußte sich Qassis zurückziehen. Sein Nachfolger Bulus Na'amani war jedoch nicht weniger militant.<sup>207</sup>

### *Griechisch-Orthodoxe Kirche*

Die griechisch-orthodoxe Kirche ist die zweitgrößte christliche Gemeinde im Libanon. Mit weniger als einer halben Millionen Gläubigen liegt sie allerdings weit hinter den Maroniten zurück. Der Patriarch von Antiochia mit Sitz in Damakus führt diese autokephale orthodoxe Gemeinde.<sup>208</sup> Der politische Einfluß der griechisch-orthodoxen Kirche ist entsprechend geringer als jener der Maroniten. Der Grund hierfür liegt auch in der Struktur der Religion. Griechisch-orthodoxe Gemeinden finden sich im gesamten östlichen Mittelmeerraum und besitzen deshalb keine Organisation, die nur auf den Libanon ausgerichtet ist. Ihre Lage ähnelt deshalb jener der Sunniten, die auch überregional verankert sind. Demzufolge finden sich die meisten griechisch-orthodoxen Libanesen in den Städten. Lediglich südlich von Tripoli liegen einige griechisch-orthodoxe Dörfer. Im Gegensatz zu den Maroniten baute die griechisch-orthodoxe Kirche nie enge Beziehungen mit dem Westen auf. Der Schwerpunkt war Byzanz, doch bereits vor dessen Fall waren sie eng mit den muslimischen Herrschern verbündet. Sie kämpfte zum Beispiel gegen die Kreuzzüge und erreichten hohe Posten in den muslimischen Verwaltungen. Die griechisch-orthodoxe Hierarchie besitzt einen großen

---

<sup>206</sup> Bei einem dieser Gesprächsrunden forderte der Mönchsorden die Dezentralisierung des Libanon in möglichst Homogene Einheiten. s. The Lebanon of tomorrow: rightist visions, in: The Middle East, April 1977, Nr. 30, 30.

<sup>207</sup> Kuderna, Christliche Gruppen im Libanon, 147-158; Rabinovich, The War for Lebanon, 68-69. Zu den Auswirkung des Krieges auf die Maronitischen Kirche s. die Beiträge zum International Maronite Congress (Los Angeles, CA. 23-26.6.1994), [http://www.primenet.com/~maronet/ga\\_papers/](http://www.primenet.com/~maronet/ga_papers/).

<sup>208</sup> zur Gliederung der orthodoxen Kirche s. Anschütz, Harb, Christen im Vorderen Orient, 109.

Einfluß auf die Gläubigen. Bischofswahlen sind bedeutsame Ereignisse der Gemeinde. Insgesamt verhielt sich die Kirche meist mäßigend und war um einen Ausgleich und Kompromiß zwischen den Konfessionen bemüht.<sup>209</sup>

Die orthodoxe Gemeinde ist politischen zwischen Anhängern der Maroniten und progressiven Parteien gespalten. So dominieren Orthodoxe die radikale Syrische Volkspartei, während andere sich der Kata'ib-Partei anschlossen. Ein orthodoxer Syrer, Michel Aflaq, gründete zudem die Baath-Partei, die unter den libanischen Orthodoxen viele Anhänger fand.<sup>210</sup>

### *Katholische Kirchen*

Im Libanon gibt es ein griechisch-katholische und römisch-katholische Kirche. Die griechisch-katholische Kirche ist die fünftgrößte Konfession des Libanon. Ihr politischer Einfluß blieb jedoch geringer, als jener der zahlenmäßig unterlegenen Drusen. Sie wandte sich 1724 von der Orthodoxie ab und ordneten sich dem Vatikan unter, ohne jedoch den Ritus der Kirche zu ändern. Ihre Mitglieder leben meist in den Städten und immigrierten aus anderen arabische Ländern, um unter der maronitischen Dominanz Schutz zu finden. Die griechisch-katholische Gemeinde ist die wohlhabendste Gruppe im Libanon. Sie stehen den Maroniten religiös, wie politisch, am nächsten.<sup>211</sup>

Neben den griechisch-katholischen Christen gibt es römisch-katholische Christen (Lateiner). Sie habe den Ritus der katholischen Kirche übernommen, unterscheiden sich in ihrer Rolle kaum von den griechisch-katholischen Christen. Politisch sind sie nicht einheitlich organisiert und besitzen, anders als die Maroniten, keine engen Kontakte zum Vatikan. Die römisch-katholischen Kirche führt die bedeutsame Jesuitenuniversität St. Joseph in Beirut, durch die sie Einfluß auf das Ausbildungssystem hat.<sup>212</sup>

### *Sunniten*

Im Gegensatz zu den anderen größeren Religionsgemeinschaften im Libanon stellen die Sunniten in der Region des Nahen Ostens eine Mehrheit dar. Nur im Libanon, im Iran, in Israel und im Irak befinden sich Sunniten in der Minderheit.<sup>213</sup> Die meisten libanesischen Sunniten leben an der Küste in den drei größten Städten des Libanon (Beirut, Saïda und Tripoli). Bis zum Ende des Osmanischen Reiches dominierten sie diese Regionen, die nicht zum autonomen Mont Liban gehörten. Aufgrund der regionalen Bedeutung des sunnitischen Islam waren die Sunniten nie so verschlossen, wie die anderen großen Konfessionen des Libanon. Der Kontakt mit Sunniten außerhalb des Libanon bestand über die Staatsgründung hinaus fort. Obwohl die Sunniten in der osmanischen Zeit einer überregional ausgerichteten Religion angehörten, besaßen sie eine lokale Hierarchie. Der Mufti, das Oberhaupt der Sunniten im Libanon, erhielt unter der französischen Verwaltung den Titel Großmufti. Ihm unterstanden zwei Muftis in

---

<sup>209</sup> Helena Cobban, *The making of modern Lebanon* (London 1985) 27 f.

<sup>210</sup> Anschütz, Harb, *Christen im Vorderen Orient*, 112-115.

<sup>211</sup> Cobban, *The making of modern Lebanon*, 28 f.

<sup>212</sup> Kuderna, *Christliche Gruppen im Libanon*, 174.

<sup>213</sup> Im Irak gibt es arabische und kurdische Sunniten, so daß die schiitischen Araber eine Mehrheit gegenüber den beiden Gruppen getrennt darstellen. Es fehlen weiterhin genau Volkszählungen, ein weitverbreitetes Problem des Nahen Ostens.

Saïda und Tripoli. Aufgabe der Geistlichen war die Überwachung der religiösen Aktivitäten. Sunnitische Juristen übernahmen die Kontrolle über das Erb- und Eherecht der Sunnitischen (und bis 1967 auch der Schiiten). Im Unterschied zu anderen Konfessionen besaß die religiöse Hierarchie der Sunnitischen nie einen vergleichbar großen Einfluß auf die Politik.<sup>214</sup>

Während des Krieges bemühten sich die religiöse Hierarchie der Sunnitischen um einen Ausgleich zwischen den Bürgerkriegsparteien. Der Großmufti Sheikh Hasan Khaled sprach sich für eine Reform des Systems gemäß den Forderungen der Nationalen Front aus. Eine gewaltsame Änderung des Systems lehnte er jedoch ab. Im Dezember 1975 berief er eine Versammlung ein, an der sunnitische Politiker, Vertreter der anderen islamischen Konfessionen (Schiiten und Drusen) sowie Jassir Arafat teilnahmen. Die Konferenz unterstützte Syrien und stellte sich zugleich gegen radikale Reformer auf muslimischer Seite. Die Versammlung kann als der Versuch eines Bündnisses von religiöser Hierarchie und konservativen politischen Elite gewertet wird. Die religiöse Hierarchie verlor jedoch im Verlauf des Bürgerkrieges an Einfluß.<sup>215</sup>

### *Schiiten*

Die schiitische Glaubensrichtung bildet innerhalb des Islam eine Minderheit. Sie umfaßt nur in vier Staaten eine größere Bevölkerungsgruppe: Iran, Irak, Bahrain und Libanon. Persien bzw. der Iran war stets das religiöse Zentrum für die schiitische Gemeinde des Libanon. Die Stellung der Schiiten wurde durch die konfliktreichen Beziehungen zwischen Persien und dem Osmanischen Reich verschlechtert. Die Sfaviden Dynastie eroberte die schiitische Glaubensrichtung des Islam im 17. Jahrhundert zur persischen Staatsreligion.

Die Schiiten im Libanon führten lange Zeit ein Randdasein. Bis zur Errichtung des Mandatsgebiets lebten sie an der Peripherie der Provinz Syrien im Osmanischen Reich (Bekaa und *Jabal Amil*). Sie lebten in Dörfern und blieben somit vom kulturellen Leben abgeschnitten. Bis zum Ende des osmanischen Reiches hatten die Schiiten des Libanon kaum Kontakt mit den westlichen Kolonialmächten. Die Abgeschlossenheit änderte sich zwangsläufig mit der Schaffung des Groß-Libanon 1920. Wie erwähnt, unterstützten die Schiiten nicht die weitgehend sunnitische Forderung nach einem Panarabischen Staat. Zugleich besaßen sie im Gegensatz zu den Maroniten keinen Bezug zu dem autonomen Libanon. Obwohl sie die drittgrößte Konfessionsgruppe im Libanon der Zwischenkriegszeit bildeten, blieb ihre Rolle weit hinter jener der Drusen zurück. Fouad Ajami führt dies auf die Ablehnung von Politik zurück: „The Shia carried into the new Lebanese republic age-old attitudes of aversion to the world of politics.“<sup>216</sup>

Bis zum Ende der fünfziger Jahre blieb die politische Partizipation der Schiiten gering. Die größte Bedeutung besaßen einige wenige semi-feudale schiitische Familien. Durch das Anwachsen der schiitischen Bevölkerung, eine starke Abwanderung in die Städte und verbesserte Erziehungsmöglichkeiten wuchs das konfessionelle Bewußtsein der Schiiten. Vor Ende des 2. Weltkrieges hatten Schiiten einen sehr geringen Anteil an der libanesischen Emigration. Später emigrierte eine große Zahl als Händler nach

---

<sup>214</sup> Cobban, The making of modern Lebanon, 24-26.

<sup>215</sup> Rabinovich, The War for Lebanon, 84.

<sup>216</sup> Ajami, Lebanon and its Inheritors, 781.

Westafrika. Die Überweisungen an die Zurückgebliebenen trugen zur Bildung eines geringen Wohlstandes bei.

Der Aufstieg der libanesischen Schiiten ist eng mit Sayyid Musa as-Sadr verbunden. Dieser iranische Kleriker libanesischen Ursprungs kam 1959 aus dem Iran in den Libanon. Sadr gelang es 1967 eine staatliche Anerkennung der Schiiten als gleichberechtigte islamische Konfession neben Sunniten und Drusen zu erreichen. Aus der Schicht von neuem Mittelstand und Beamten versuchte Sadr eine Koalition zu formen, die sich von den alten feudalen Herrschaftsstrukturen abhob und zugleich nicht den linken Parteien nahestand. Seine Arbeit als *Mufti*, ein Richter in religiösen Angelegenheit in Tyre, erschwerten eine Kooperation mit den säkularen und oftmals anti-religiösen Parteien der Linken. Da die linken Parteien mit der PLO zusammenarbeiteten, wurden die Beziehungen weiter erschwert: „Musa al Sadr straddled the fence. There was no easy choice for him, or for his community. The program of the Maronites was too brittle for him to embrace; that of the Palestinians too reckless. The Palestinian domination was, for the most part, in Shia land.“<sup>217</sup>

Das neue Selbstbewußtsein der Schiiten wurde noch von der maronitischen Elite begrüßt. Sie erhoffte sich hierdurch eine Schwächung der Sunniten und Verbündete bei der Entmachtung der Palästinenser. Sadr förderte den kämpferischen Aspekt der Schiiten und wollte sie aus der Phase des „Quietism“ herausholen. Das Programm von Sadr lässt sich kaum definieren. Seine Linie pendelte zwischen einem moderaten Reformer und einem panislamischen Revolutionär. Da er bereits 1978 in Libyen „verschwand“ kam er nicht in Kontakt mit dem islamischen Regime im Iran. Vor seinem „Verschwinden“ ging bereits der Einfluß Sadr's und moderater schiitischer Politiker zurück. Grund hierfür war das Zögern von Sadr bei bewaffneten Konfrontationen mit maronitischen Milizen im Bürgerkrieg. Viele Schiiten warfen ihm daraufhin Kollaboration mit der Kata'ib und anderen maronitischen Kriegsparteien vor.<sup>218</sup>

Das Verhältnis zu den Palästinensern verschlechterte sich kurz vor und mit Ausbruch des Krieges. Die weitgehende Autonomie der Palästinenser beraubte die Schiiten der Kontrolle über ihr Land. Die Repressionen Israels gegen die PLO trafen die Schiiten gleichermaßen, so daß sich die Schiiten in ihrer Heimat von zwei Seiten her bedroht fühlten.

Die israelische Invasion 1982 brachte bedeutende Veränderungen unter der schiitischen Bevölkerung mit sich. Zuvor war das vorrangige Ziel der Schiiten, verkörpert durch die Amal, eine Stärkung ihrer Position im politischen System und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Zuerst wurden die israelischen Besatzungstruppen noch von der schiitischen Bevölkerung begrüßt, da eine Verbesserung gegenüber der vorherigen PLO-Dominanz im Südlibanon erwartet wurde. Die rücksichtslose Herrschaft und das fehlende Verständnis Israels gegenüber den Schiiten brachte diese gegen Israel auf. Thomas Friedman schildert ein besonders bedeutsames Ereignis am 16. Oktober 1983.

---

<sup>217</sup> Ebd., 784.

<sup>218</sup> Zur Rolle Sadr's im Bürgerkrieg und seinem Verschwinden s. Raphael Calis, The Shiite Pimpernel, in: The Middle East, November 1978, Nr. 49, 52-58.

An diesem Tag begingen die Schiiten in An-Nabathiya im Südlibanon das höchste religiöse Fest, Aschura, als ein israelischer Militärkonvoi durch die Straßen zog:<sup>219</sup>

„In the middle of the Ashura services, an Israeli military convy tried to drive through Nabatiya, honking horns for people to get out of the way. It was the equivalent of someone turning on a ghetto blaster in a synagogue on Yom Kippur, the Jewish Day of Atonement.

The Shiites saw the Israeli intrusion as a crude violation of their most sacred moment, and they immedealy began pelting the Israeli convoy with stones and bottles, even overturning some of the vehicles. The Israeli soldiers panicked and opened fire on the crowd...“<sup>220</sup>

Am Tag danach veröffentlichte Muhammad Mahdi Shams El Din, ein führender Geistlicher und stellvertretender Vorsitzender des „Hohen schiitischen Rates“ eine *fatwa*, eine bindende religiöse Meinung, die zu zivilem Ungehorsam und Widerstand gegen die israelische Besatzung aufrief. Als Israel nach einem Anschlag auf das israelische Hauptquartier in Tyre den Verkehr zwischen Beirut und dem Süden blockierte, brach die Wirtschaft des Südlibanon zusammen. Dies beendete die letzte Gelegenheit zu einer Kooperation zwischen Schiiten und Israel.<sup>221</sup> Der Konflikt verschärfte sich noch zusätzlich durch die Intensivierung der Religiosität, die im Gefolge der islamischen Revolution 1979 im Iran eintrat (vgl. Kapitel. 3.2.2.).

### *Drusen*

Insgesamt leben etwa 600.000 Drusen im Libanon, in Israel und in Syrien. Etwa die Hälfte alle Drusen leben im Libanon. Es gibt ein Oberhaupt (*Shaykh al-'Aql*) und jeweils Führer (*Ra'is*) von Untereinheiten der Drusen. Im Libanon leben zwei Gruppen die von der Jumblat und der Yazbaki Familie geführt werden. Die Drusen leben sehr zurückgezogen in den Gebirgsgegenden des südlichen Libanon (Chouf, Hasbayya).<sup>222</sup>

Ähnlich wie unter den Schiiten kam es seit den fünfziger Jahren zu einer Erneuerung der Konfession und zu einer Teilnahme am politischen Leben. Diese Veränderungen wurden durch einen sozialen Wandel der drusischen Gemeinde verursacht. Durch die Urbanisierung des Libanon, der auch die Drusen betraf, erodierten die traditionellen Loyalitätsverhältnisse zur weltlichen und religiösen Führerschaft. Zugleich änderte sich die Rolle der Drusen im Staatswesen, dem sie angehörten. Im Osmanischen Reich waren sie in der Defensive, da ihr Glauben als Ketzertums gesehen wurde. Im libanesischen Staat hingegen wurden sie anerkannt und ihre Rechte waren abgesichert. Institutionell waren die Drusen geschlossener als die anderen Konfessionen des Libanon. Die religiöse Führung war weitgehend mit der weltlichen Elite identisch. Anders als bei den meisten anderen Konfession gab es eine anerkannte Führung des Glaubens (im Gegensatz zu den Sunnitern) bzw. befand sich diese im Land selber.

---

<sup>219</sup> Rieck, Die Schiiten und der Kampf um den Libanon, 462-511.

<sup>220</sup> Thomas Friedman, From Beirut to Jerusalem, One Man's Middle Eastern Odyssey (London 1990) 179 f.

<sup>221</sup> Ajami, Lebanon and its Inheritors, 788.

<sup>222</sup> zum Glauben der Drusen und deren Verbreitung s. Najib Alamuddin, Turmoil. The Druzes, Lebanon and the Arab-Israeli Conflict (London 1993) 1-17, 57-74

Drusen, die emigriert waren, lösten den Modernisierungsschub aus, da sie stärker mit anderen Weltanschauungen konfrontiert waren. Sie stellten Fragen nach der Integration in die Gesellschaft, Übertritten, Ehen mit Nicht-Drusen und führten somit eine Öffnung der Religion herbei.

Ein bedeutender Reformer, an-Najjar, veröffentlichte 1965 erstmals die Glaubensgrundlage des Drusentums. Dieser Veröffentlichung folgten korrigierende Schriften konservativer Drusen, doch die Geheimhaltung des Glaubens wurde gebrochen. Die Trennung in „Wissende“ und „Unwissende“ wurde in Frage gestellt. Neben Najjar gilt Kamal Joumblatt als der wichtigste Reformer des Drusentums.

Der Bürgerkrieg hatte zwei Auswirkungen auf die inner-drusische Reformdebatte. Auf der politischen Ebene stärkte sich der Einfluß Jumblats weiter und zugleich traten die religiösen Diskussionen in den Hintergrund, da die Konfession im Krieg möglichst geschlossen auftreten wollte. Auf der zweiten Ebene wurden die Reformkräfte innerhalb der Drusen durch den Tod von Jumblat und Najjar geschwächt.<sup>223</sup>

Als Reaktion auf die Reformversuche im Drusentum kam es zu einer Ablehnung der Politik als grundsätzlich „schmutzig“. Eine ähnliche konservative Strömung lässt sich unter Schiiten finden. Die Ansprüche der Reformkräfte beider Glaubensrichtungen an den libanesischen Staat ähnelten sich: „So sind es neben den Schiiten des verschwundenen Imam Musa as-Sadr gerade die Drusen, die ...jede Regierung oder Machtgruppe hartnäckigst bedrängen und an ihre verfassungsmäßige Verpflichtung erinnern, der Konfession zu geben, was ihr anerkanntermaßen zukomme.“<sup>224</sup> Neben der Verankerung der konfessionellen Rechte sind die Drusen stark an einer Erhaltung und Stärkung des Libanon interessiert. Es ist kein Zufall, daß die stärkste politische Interessenvertretung der Drusen, die Progressive Sozialistische Partei von Kamal Joumblatt, eine nicht-konfessionelle Partei ist, die sich für einen integralen arabischen Libanon einsetzt. Das Programm der Partei weicht jedoch von der Meinung vieler Drusen ab. So war die Mehrheit der Drusen Anfang der siebziger Jahre nach Einschätzung von Werner Schmucker für die Erhaltung des konfessionellen Systems. Der Grund hierfür ist offensichtlich: Die geringer Anzahl der Drusen stellt die Gefahr einer Marginalisierung im Falle einer entkonfessionalisierten Republik dar.<sup>225</sup> Joumblatt dürfte hingegen den Schutz der Drusen als Teil seiner linken Partei gesehen haben, die bei Wahlen in einem entkonfessionalisierten Libanon einen großen Anteil der Stimmen erzielte.

### *Andere Konfessionen*

Neben den sechs größeren Konfessionen gibt es eine Vielzahl von überwiegend christlichen Minderheiten. Zu den christlichen Gruppen zählen orthodoxe, katholische und protestantische Armenier, Jakobiner (oder syrisch-Orthodoxe), Syrisch-katholische Christen, Nestorianer und Protestanten. Neben den christlichen Minderheiten gibt es einige alawitische und jüdische Libanesen, sowie Ismailiten. Von all diesen kleineren Konfessionen sind die beiden armenischen Konfessionen am Einflußreichsten.

---

<sup>223</sup> Werner Schmucker, Krise und Erneuerung im libanesischen Drusentum (=Studien zum Minderheitenproblem im Islam 3, Bonn 1979) 5-13.

<sup>224</sup> Ebd., 220.

<sup>225</sup> Ebd., 229 f.

Die Armenier stellen nicht nur drei eigene Religionen (armenisch-katholisch, armenisch-orthodox und armenisch-evangelisch), sondern auch die größte ethnische Minderheit im Libanon. Nach Schätzungen lebten zu Beginn des Krieges zwischen 100.000 und 250.000 Armenier im Libanon. Sie gelangten nach den türkischen Massakern 1915 in die Region des Libanon. Sie wurden durch Privilegien von Frankreich gezielt angelockt, um die christliche Dominanz abzusichern. So erhielten sie im Gegensatz zu den meisten späteren Flüchtlingen die libanesische Staatsbürgerschaft. Die meisten Armenier wohnen in Nordbeirut, Tripoli und in Anjar, an der libanesisch-syrischen Grenze. Die Gemeinde ist sehr geschlossen und Armenisch ist nach wie vor die dominante Sprache. Deshalb blieben die meisten Armenier aus dem politischen Leben des Libanon ausgeschlossen. Während des Bürgerkrieges spielten sie keine eigenständige Rolle. Die politischen Ziele der Parteien und Religionen sind großteils auf Armenien und nicht den Libanon bezogen. Zwischen 80 und 90 % aller Armenier im Libanon vor Kriegsausbruch waren orthodox, 7-15 % katholisch und 3-5 % protestantisch. Nördlich von Beirut in Antelias befindet sich das Katholikat der armenisch-orthodoxen Kirche, das für Libanon und die Nachbarländer zuständig ist.<sup>226</sup>

Die Protestanten bildeten sich als religiöse Gruppe in Folge der amerikanischen und britischen Missionen im 19. Jahrhundert. Obwohl ihre Zahl verschwindend gering ist, sicherte ihnen der Schutz durch die USA eine überproportionale Rolle. So war im Parlament meist ein Sitz für einen Protestant reserviert.<sup>227</sup> Weiterhin ist die American University in Beirut (AUB) ein Gründung protestantischer Missionare, was den Einfluß dieser Religionsgemeinschaft im Libanon zweifelsohne erhöht.

### 3.4.3. Zusammenfassung

Obwohl die Rolle der Religionszugehörigkeit in den Jahren vor und während der Bürgerkriege im Libanon und in Bosnien stets zugenommen hat, blieb die Religiosität entweder ohne größere Bedeutung oder nahm (im Libanon) sogar ab. So ergab eine Studie im Libanon 1972, daß nur zwischen 2 und 5 % der Bevölkerung unter Dreißig regelmäßig die Kirche oder die Moschee besuchten.<sup>228</sup> Die zentrale Rolle der Religion war somit nicht länger die individuelle Glaubensfrage. Durch Modernisierung der letzten Jahre hat die Funktion der Religion sogar abgenommen. Sie diente in Bosnien und im Libanon in erster Linie zur ideologischen und kommunalen Mobilisierung. Die Rolle der Religion kann im Libanon mit einem Wappen und einer Rüstung verglichen werden:

„As emblem, because one’s confessional identity has become the most viable medium for asserting one’s presence and securing vital needs and benefits. Without it, one is, literally, rootless, nameless, and voiceless. One is not heard or recognized unless one’s confessional allegiance is disclosed first. ... As armour, because it has become one’s shield against real or imagined threats. The more vulnerable the emblem, the thicker the armour.

---

<sup>226</sup> Cobban, The making of modern Lebanon, 28-29; Kuderna, Christliche Gruppen im Libanon, 315-323.

<sup>227</sup> zur Lage der Protestanten im Libanon s. Anschütz, Harb, Christen im Vorderen Orient, 147-150.

<sup>228</sup> zitiert nach: Nawaf Salam, Les communautés religieuses au Liban, in: Social Compass, Nr. 4/1988, Jhrg. XXXV, 459.

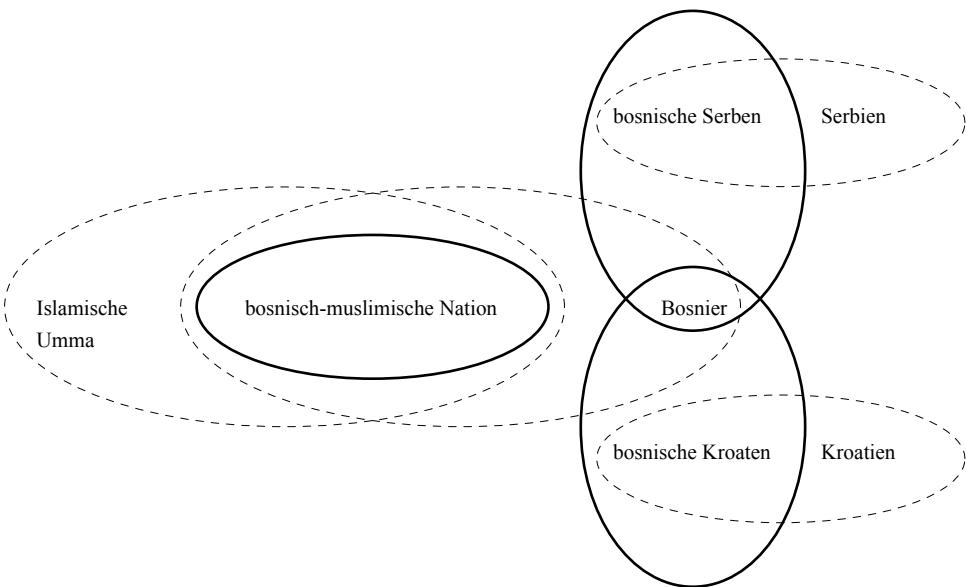
Conversely, the thicker the armour, the more vulnerable and paranoiac other communities become.<sup>229</sup>

Diese Metapher kann gleichermaßen auch auf Bosnien angewandt werden. Die Rolle der religiösen Hierarchien im Konflikt reflektiert die gespaltene Rolle von Religion im Krieg und bei der nationalen bzw. konfessionellen Mobilisierung. So bemühten sich fast alle religiösen Führer, vom Patriarchen der serbisch-orthodoxen Kirche, bis zum Oberhaupt des Schiitischen Rates um eine Vermittlung und Entschärfung der Spannungen. Zugleich gelang es ihnen nicht, auf Distanz zu den radikalen Kräfte ihrer Nation oder Konfession zu gehen, da diese zumindest rhetorisch die größten Unterstützer der Religion waren. Diese Nähe raubte den religiösen Führern die Glaubwürdigkeit bei den anderen Nationen oder Konfessionen, die nötig gewesen wäre, eine Vermittlung auf religiöser Ebene zu unternehmen. Bei zahlreichen Religionsgemeinschaften in Bosnien und im Libanon finden sich zudem Vertreter einer radikaleren Linie in den unteren Rängen. Neben den maronitischen Mönchen und islamischen Geistlichen im Libanon habe auch in Bosnien Vertreter aller drei großer Religion oftmals die Kriegstreiber direkt unterstützt oder waren sogar neben ihrer religiösen Funktion zugleich Kriegspartei.

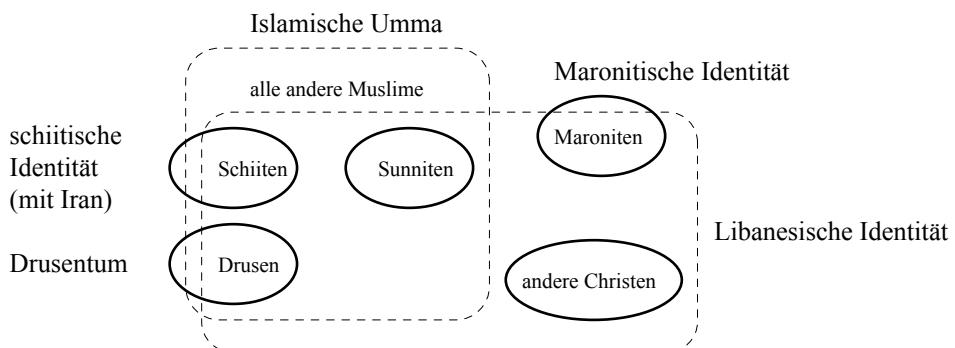
Dieser enge Verbindung von religiöser Hierarchie und Kriegsparteien ging nicht auf die Religionsvertreter zurück. Meist wurden die jeweiligen religiösen Führer zur Legitimierungssteigerung von radikalen Politikern missbraucht. Erst wenn die Religion nicht nur formal, sondern auch de facto vom politischen System getrennt ist, wird die Gefahr des Mißbrauchs von Religion für politische Zwecke reduziert. Durch eine konfessionell bzw. national aufgegliederte Parteienlandschaft verstärkt sich jedoch der Einfluß der Religion auf politische Themen und somit auch die Gefahr der Manipulation.

---

<sup>229</sup> Khalaif, Denoeux, Urban Networks and Political Conflict, 196.



Bosnien



Libanon

Graphik 1: Überlappende Loyalitätverhältnisse zwischen nationaler Identität und Religion

Der Islam stellt im Zusammenhang mit nationale und staatlicher Identität ein besonderes Problem dar, daß hier nur kurz erwähnt werden kann. Islamischen Erneuerer (z.B. Sayyid Qutb), die seit etwa hundert Jahren versuchen den Islam als allumfassende Religion zu definieren, sehen in Nationalismus ein Bedrohung für den Islam. Nationalismus bzw. Ethnizität werden als Spalter der gesamten islamischen Gemeinde (Umma) gesehen. In Bosnien hat dieser Gegensatz Spannungen zwischen bosnisch-muslimischer nationaler Identität und islamischen Glauben geschaffen. So steht das definierende Merkmal der Muslime in Bosnien im Widerspruch zum Konzept der Nation. Dieser Konflikt hat dazu beigetragen, die nationale Identitätsfindung der bosnischen Muslime zu erschweren. Im Libanon bestand nie eine derartige Übereinstimmung von Nation und Islam. Im Gegensatz zu Bosnien finden sich im Libanon drei größere islamische Gemeinden, von denen zumindest eine, die Drusen, proto-nationale Struktur gefunden haben. Die Unterschiede zwischen Schiiten und Sunnen machen das Konzept einer einheitlichen Umma unrealistisch. Zudem überschneiden verschiedene nationale Konzepte den islamischen Glauben. Weder libanesischer, noch großsyrischer oder pan-arabischer Nationalismus decken sich mit dem Islam. Somit haben die islamischen Religionsgemeinschaften in Bosnien und im

Libanon die Schwierigkeit mit konkurrierenden und überlappenden Loyalitäten. Diesen Loyalitäten lassen sich im Libanon noch Stammesinteressen nach Großfamilien hinzufügen.<sup>230</sup>

### **3.5. Medien**

Die Medien spielen bei der Vorbereitung eines jeden Krieges eine große Rolle. Während die Medien im Libanon unter dem Einfluß von Parteien und anderen Ländern standen, führte die kommunistische Herrschaft in Jugoslawien zu einer staatlichen Kontrolle über die Medien. Diese Kontrolle lockerte sich jedoch mit dem Zerfall staatlicher Autorität und verlagerte sich auf die nationalen Parteien und Regierungen. Die Medien in Bosnien erhielten während des Krieges große Aufmerksamkeit. So wurde *Oslobodjenje*, eine Tageszeitung aus Sarajevo, aufgrund ihres kontinuierlichen Erscheinen während der Belagerung der Stadt mit vielen internationalen Preisen ausgezeichnet. Der Einfluß der Medien als Propagandisten der Herrschenden wurde bisher wenig untersucht. Die Medien im Libanon wurden bisher nur selten Gegenstand wissenschaftlicher Arbeiten. Dies erstaunt deshalb, weil Mitte der achtziger Jahre in diesem kleinen Land mehr als 30 Fernsehsender bestanden, wohl die höchste Zahl an Sendern pro Einwohner in der Welt zu diesem Zeitpunkt. Fast alle Fernsehstationen waren Sprachrohre der jeweiligen Milizen.

#### **3.5.1. Bosnien-Herzegowina**

##### *Die Medien vor den Mehrparteienwahlen 1990*

Bei einer Analyse der Medien in Bezug auf Bosnien müssen neben den bosnischen Veröffentlichungen auch die Medien in den beiden Nachbarrepubliken Kroatien und Serbien betrachtet werden. In Bosnien, wie in ganz Jugoslawien, standen die Medien unter der Kontrolle des Bundes der Kommunisten. Somit waren die Zeitungen, sowie TV und Radio viel stärker politisiert und auch manipuliert, als in einem demokratischen Land.

Im kommunistischen Jugoslawien gab es zwar offiziell keine Zensurbehörde, doch wurden die Medien censiert. So mußten zwei Exemplare der Druckfahnen an die Staatsanwaltschaft geliefert werden. Die jeweiligen Republikbehörden, wie auch der Bundesstaat, konnten eine Ausgabe verbieten. Dementsprechend konnte eine Zeitung in einer Republik beschlagnahmt, in einer anderen Republik jedoch offen verkauft werden. Die Föderalisierung seit Mitte der siebziger Jahre fragmentierte die Medienlandschaft. Zunehmend vertraten die Medien nationale Positionen bzw. die Interessen der kommunistischen Partei auf Republiksebene. Mit der Nationalisierung des BDK Serbiens durch Slobodan Milošević seit 1986/87 spielten die Medien eine neue Rolle. So wurde das serbische Politika-Verlagshaus schon bald nach Beginn der Machtübernahme von Milošević unter dessen Kontrolle gebracht.<sup>231</sup>

Die *Oslobodjenje*-Gruppe in Bosnien kontrollierte neben zwei Tageszeitungen 15 Wochenzeitungen und vier Zeitschriften. Ähnlich wie die KP Bosniens war die Gruppe bis zum Ende der Einparteiherrschaft orthodox pro-jugoslawisch. Diese Tendenz

---

<sup>230</sup> zum Verhältnis von Islam und Nationalismus und Ethnizität s. Dale F. Eickelmann, James Piscatori, Muslim Politics (Princeton, N.J. 1996) 99-107.

<sup>231</sup> Ramet, Balkan Babel, 63-69.

setzte sich nach den Wahlen fort, so daß die Tageszeitung *Oslobodjenje* (Auflage 1990: 47.690) 1991 zum Beispiel die Unabhängigkeitserklärung Slowenien noch verurteilte.<sup>232</sup>

Unter den serbischen Printmedien dominierte die Politika-Gruppe. Sie gibt *Politika* (Auflage 1990: 184.551) und *Politika ekspres* (Auflage 1990: 198.790) heraus, die auf Regierungslinie liegen. Die dritte große Tageszeitung ist *Večernje novosti*. Auch sie folgt der Regierung.<sup>233</sup> Die einzige unabhängige Tageszeitung seit Anfang der neunziger Jahre ist *Borba* (Kampf), die ursprünglich die Parteizeitung des Bundes der Kommunisten war. Da sie der Bundespartei unterstand, konnte sie nach deren Ende eine relative Unabhängigkeit erreichen. Ende 1994 wurde *Borba* wieder unter staatliche Kontrolle gebracht. Seitdem erscheinen zwei verschiedene Versionen von *Borba*. Einerseits die offizielle Ausgabe und die semi-legale *Naša Borba* (Unser Kampf) mit einem Großteil der alten Redaktion.<sup>234</sup>

An Zeitschriften gibt es *Duga*, *Nin* und *Vreme*. *Duga* ist eine populistische Zeitung, die den Nationalismus ausnützt, um ihre Auflage zu steigern. *Nin* gehörte ursprünglich zur Politika Gruppe, konnte sich jedoch freikaufen, um nicht ganz auf den nationalistischen Weg, der anderen Veröffentlichungen der Gruppe zu kommen. *Vreme* ist die einzige wirklich unabhängige Zeitschrift, die durch ihre ausgewogene Berichterstattung ein hohes Ansehen, zumeist im Ausland, genießt. Die Auflage liegt bei 15.000-20.000, wovon 5.000 in Westeuropa verkauft werden.<sup>235</sup>

Eine bedeutendere Rolle als Printmedien spielten die Fernsehsender. Die Gesamtauflage aller Tageszeitungen in Jugoslawien betrug lediglich 1987 nur 2,7 Millionen Exemplare.<sup>236</sup> Im Vergleich hierzu hat Österreich mit etwas mehr als einem Drittel der Einwohnerzahl fast die gleiche Auflagenhöhe.<sup>237</sup> In Jugoslawien gab es 9 Fernsehsender, einen für jede Republik und autonome Provinz, sowie einen für die italienischsprachige Minderheit.<sup>238</sup> Ganz Bosnien wurde dementsprechend von einem Sender abgedeckt, der auf drei Kanälen sendete. Erst im Oktober 1990 entstand der gesamtjugoslawische Sender *Yutel* auf Anregung des damaligen Ministerpräsidenten Ante Marković mit Sitz in Sarajevo. Mit Beginn des Krieges im April 1992 stellte der Sender seine Ausstrahlung ein und erreichte in den knapp zwei Jahren seiner Existenz keine größere Bedeutung.<sup>239</sup>

Zwischen dem Tod Titos und dem Beginn des Bürgerkrieges haben die Medien Bosniens drei Phasen durchlaufen. In der ersten Phase kam es zu einer Liberalisierung. So galten die Medien in Bosnien zu den größten Verfechtern einer orthodoxen

---

<sup>232</sup> Mark Thompson, Forging War. The Media in Serbia, Croatia and Bosnia-Hercegovina (Avon 1994) 244 f.

<sup>233</sup> Ebd., 64-74.

<sup>234</sup> Patrick Moore, Serbian authorities try to take over independent daily, OMRI Daily Digest, Nr.1 (Prag 2.1.1995); Patrick Moore, Independent Serbian daily to fight on, OMRI Daily Digest, Nr. 3 (Prag 4.1.1995).

<sup>235</sup> Thompson, Forging War, 122-124.

<sup>236</sup> Ramet, Balkan Babel, 63.

<sup>237</sup> Kurt Wimmer, Stuktur und Einfluß der Medien, in: Wolfgang Mantl (Hg.) Politik in Österreich (Wien/Köln/Graz 1992) 490.

<sup>238</sup> Thompson, Forging War, 5.

<sup>239</sup> Ebd., 38-50.

kommunistischen Linie. Die Liberalisierung setzte mit dem Ende der kommunistischen Alleinherrschaft ein. In der zweiten Phase zwischen den ersten freien Wahlen und bis etwa ein halbes Jahr vor Kriegsbeginn verhielten sich die meisten bosnischen Medien „neutral“. Sie bezogen weder eine klare Position während des Krieges in Kroatien, noch Angesichts der Bewaffnung irregulärer serbischer Einheiten. Bereits vor dem Krieg setzte eine Aufsplitterung der Medienlandschaft ein. Diese Aufteilung gliederte sich entsprechend den politisch-nationalen Parteien.

In keiner Republik Jugoslawiens wurden mehr Zeitungen von außerhalb der eigenen Republik gelesen, als in Bosnien. So verließen sich nach Umfrage 1989 nur 26 % aller Bosnier auf die Presse der Republik, im Vergleich zu 79 % in Kroatien und 42 % in Serbien.<sup>240</sup> Die einflußreichste Zeitung in Bosnien war *Oslobodjenje*, gefolgt von *Večernje novine* (Auflage 1990: 66.911). Die bosnischen Kroaten lasen in erster Linie *Vjesnik* (Auflage 1990: 74.563) und *Večernji list* (Auflage 1990: 221.942) aus Zagreb, während die serbische Bevölkerung in erster Linie auf *Politika* und *Politika ekspres* aus Belgrad zurückgriff.<sup>241</sup>

#### *Die Medien zwischen den Wahlen und dem Kriegsausbruch*

Während sich in Kroatien und in Serbien mit der Nationalisierung der politischen Landschaft und der Präsidentschaft von Milošević und Tudjman die Medienlandschaft zentralisierte, fragmentierte sie Anfang der neunziger Jahre in Bosnien. Diese Zersplitterung der Medien führte jedoch nicht zu unabhängiger oder freier Berichterstattung, sondern brachte sie unter die Kontrolle der drei nationalen Parteien. Die Medien konnten nicht unter direkte staatliche Kontrolle gebracht werden, da sich die Ziele der Koalitionsparteien grundsätzlich unterschieden. So verlangte zwar der bosnische Informationsminister Velibor Ostojić Ende 1990 eine „Säuberung“ der Medien, da er jedoch der SDS angehörte, war kaum zu erwarten, daß Umbesetzungen in den staatlichen Medien im Sinn der anderen beiden Parteien gewesen wäre. Dem Fernsehsender wurde oft von muslimischer Seite vorgeworfen pro-serbisch zu sein.<sup>242</sup>

Alle Parteien der Koalition strebten seit dem Beginn ihrer Amtszeit eine Aufteilung des Fernsehsenders und der *Oslobodjenje*-Gruppe in drei nationale Einheiten an. Diese sollten unter Kontrolle der jeweiligen Parteien stehen. Während die kroatische und die serbische Partei eine politische Teilung der Republik vorwegnehmen wollten, hoffte die SDA, ihre Wähler bzw. die Muslime besser durch eine solche Aufteilung erreichen zu können. Erst Mitte 1991 setzte sich die SDA für die Erhaltung einheitlicher Medien ein, da deutlich wurde, daß eine Aufteilung der Medien eine Teilung des Landes begünstigte. RTVSA (Radio-Television Sarajevo) wehrte sich gegen eine Aufteilung und *Oslobodjenje* organisierte im März 1991 die erste anti-nationalistische Demonstration in Sarajevo, an der 5.000 Menschen teilnahmen. Während die SDS schon bald nach den Wahlen versuchte, die serbischen Journalisten einzubinden, zogen die SDA und die HDZ erst später nach. Doch noch vor Kriegsausbruch wurden Journalisten aller drei

---

<sup>240</sup> Ebd., 245.

<sup>241</sup> Ramet, Balkan Babel, 81, 84.

<sup>242</sup> Jasmina Kuzmanović, Media: The Extension of Politics by Other Means, in: Sabrian Petra Ramet, Ljubiša S. Adamovich (Hg.) Beyond Yugoslavia, Politics, Economic and Culture in a Shattered Community (Boulder, Col/San Francisco/Oxford 1995) 88 f.

Nationen von den jeweiligen Parteien unter Druck gesetzt oder neue Posten entsprechend der Loyalität oder Nationszugehörigkeit verteilt.<sup>243</sup>

Im April 1991 verabschiedet das Parlament ein neues Mediengesetz, das es dem Parlament ermöglichen sollte, die leitenden Redakteure zu ernennen. Es kam zwar zu Protesten von Journalisten, es fehlte ihnen jedoch die nötige Legitimität, da sie wiederum oftmals nur aufgrund ihrer guten Kontakte zum Bund der Kommunisten zu ihren Posten gekommen waren.<sup>244</sup>

Im November 1991 forderte die Serbische Demokratische Partei schließlich eine Aufteilung des Fernsehens in nationale Kanäle. Der Grund war eine angeblich unfaire Berichterstattung gegenüber den Serben, so daß die Aufteilung eine Schlüsselforderung der SDS im März 1992 wurde, als die ersten Barrikaden wieder abgebaut werden sollten. Im Januar 1992 stellte die HDZ schließlich ähnliche Forderungen. Währenddessen führte der Sender eine Publikumsbefragung durch, demzufolge 330.000 zu 35.000 Teilnehmer gegen eine Teilung waren. Die SDS erklärte daraufhin, daß der Sender nicht das Recht habe, die Bevölkerung nach ihrer Meinung zu fragen und kommentierte, daß die Partei schon wisse, was die Leute wollen.<sup>245</sup> So versuchten die nationalistischen Parteien eine Rotation der drei Sender zu vereinbaren, da ihre Reichweite unterschiedlich war. Während der erste Sender 91 % der Bevölkerung erreichte, erreichten der zweite und dritte Sender nur 78 % der Einwohner Bosniens. Oslobodjenje und TVSA blieben während des Krieges in Kroatien „neutral“.<sup>246</sup> Zugleich führte diese Neutralität leicht zum Ausblenden kritischer Situationen. So beschreibt Mark Thompson in seiner Analyse der beiden Hauptmedien Bosniens, daß aus Angst Stellung beziehen zu müssen kaum über die ersten Straßenblockaden in Sarajevo am 3. März 1992 hinaus berichtet wurde.<sup>247</sup>

Der damalige Chefredakteur des RTVSA schildert den Druck auf den Sender sehr anschaulich, als muslimische Soldaten den Staudamm von oberhalb von Višegrad im April 1992 besetzten und drohten ihn zu sprengen. Er erhielt kurz darauf zwei Anrufe:

„Der erste kam von der politischen Organisation der Moslems: «Herr Pejic, wenn Sie unser Telefongespräch mit den Soldaten beim Damm von Visegrad nicht live ausstrahlen, werden sie ihn zerstören!»

Der zweite Anruf kam von der Serbenpartei: «Herr Pejic, wenn Sie das Telefonat mit den paramilitärischen Molsems in Visegrad live ausstrahlen, werden sie Ihren Sender zerstören.»...

Ich beschloß, das Telefongespräch mit den Moslemsoldaten beim Damm zu senden, den Damm zu retten und eine ökologische Katastrophe zu

---

<sup>243</sup> Thompson, Forging War, 220-222.

<sup>244</sup> Kuzmanović, Media: The Extension of Politics by Other Means, 89.

<sup>245</sup> Nenad Pejic, Medien und Krieg in Jugoslawien, in: Europäische Rundschau, Nr. 4/92, Jhrg. 20, 64.

<sup>246</sup> Auch die bosnische Regierung versuchte, sich als "neutral" zu erklären, was jedoch auf den Widerstand der SDS Abgeordneten stieß.

<sup>247</sup> Thompson, Forging War, 222-224, 227.

vermeiden. Minuten später begann eine serbische paramilitärische Einheit, den Fernsehsender Sarajevo zu beschließen.“<sup>248</sup>

Das Verhalten der Redakteure lässt sich mit dem der moderaten Politiker der SDA und HDZ vergleichen. Demnach lag in der Verhandlung und der Suche nach einem Ausgleich die beste Chance einen Krieg zu verhindern. Zweitens war der Glaube weit verbreitet, daß es nicht zu einem Krieg kommen würde, bei dem die Volksarmee auf Seiten der SDS kämpft. Weiterhin kamen viele Journalisten aus einem jugoslawischen und kommunistischen Umfeld und identifizierten sich nicht mit den nationalistischen Parteien. Schließlich herrschte eine weitgehende Parität zwischen den Nationen mit einer entsprechenden Informationsbalance.<sup>249</sup>

Während die Medien in Sarajevo noch um eine ausgewogene Berichterstattung bemüht waren, begann die SDS bereits eigene Medien aufzubauen bzw. sich stärker an Serbien zu orientieren. So wurde der Sender der RTVSA für Nordostbosnien bereits am 1. August 1991 umgeschaltet, so daß stattdessen das serbische Fernsehen empfangen wurde. Am 1. März 1992 wurde das Büro des Fernsehsenders Sarajevo in Banja Luka unter die Kontrolle der SDS gebracht. Auch die regionale Tageszeitung *Glas* wurde seit den Wahlen 1990 von der SDS kontrolliert.<sup>250</sup> Der Aufbau von kroatischen Medien in Bosnien begann hingegen erst mit Ausbruch des Krieges und der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Muslimen und Kroaten 1993.

Insgesamt waren die bosnischen Medien zwischen 1990 und 1992 bemüht, die Einheit der Republik zu unterstreichen und engagierten sich wenig für den Nationalismus der Parteien. Dies lässt sich einerseits auf die große Koalition der drei Parteien zurückzuführen, die eine klare Dominanz einer Gruppe ausschloß. Andererseits reflektiert diese Linie auch die zunehmenden Bemühungen der SDA, die Republik zu erhalten. Als Reaktion darauf bemühte sich die SDS schon bald ein paralleles Netzwerk einzurichten, um propagandistisch den Krieg vorzubereiten. Interessant ist hierbei, daß sie vor Kriegsausbruch keine eigenen Medien in größerem Umfang produzierte, sondern in erster Linie einen Zugang serbischer Medien in Gebieten unter ihrer Kontrolle förderte. So bemerkte Petar Luković in der serbischen Wochenzeitung *Vreme*: „They needed just six months. Serbian TV during that period [the winter of 1991-92] was just geared for the Serbs in Bosnia, not for Serbia.“<sup>251</sup> Die Bedeutung des serbischen Fernsehens für Bosnien blieb im weiteren Konfliktverlauf erhalten. Es verbreitete Fehlinformation und manipulierte die öffentliche Meinung in Serbien und in der „Republik Srpska“<sup>252</sup>

### *Der Krieg und die Fragmentierung der Medien*

---

<sup>248</sup> Pejic, Medien und Krieg in Jugoslawien, 61.

<sup>249</sup> Thompson, Forging War, 229-231.

<sup>250</sup> Ebd., 250 f.

<sup>251</sup> zitiert nach: Ebd. 250.

<sup>252</sup> So war Milošević und die RTS zuerst gegen den Vance-Owen Friedensplan. Als der Präsident Serbiens die Meinung änderte, berichtete auch das Fernsehen fortan positiv. Am 9.4.1993 waren noch 70 % der Serben in der Bundesrepublik Jugoslawien gegen den Plan, nach dem Umschwung in der Berichterstattung stieg die Zustimmung Anfang Mai auf 61,7 %. Derartige Umfragen sind mit Vorsicht zu verwenden, der Trend ist jedoch eindeutig. s. Slobo's slide, The Economist, 15.5.1993, 35.

Die Lage in den beiden bzw. drei Teilen Bosnien-Herzegowinas ist zwar unterschiedlich, im Kern gibt es jedoch in ganz Bosnien-Herzegowina kaum unabhängige Medien. So charakterisiert Radovan Karadžić die Aufgaben der Medien folgendermaßen: „You must take power decisively and completely... It is impermissible for anybody to be a radio director or newspaper editor, if they do not implement the policy of the party in power. These are state functions.“<sup>253</sup> Dementsprechend existierten in der „Republika Srpska“ zwei Fernsehsender in Banja Luka und Pale nur unter strikter Kontrolle der SDS. Bis September 1996 gab es nur eine einzige Tageszeitung *Glas Srpski*. Die wenigen nicht-staatlichen Medien haben eine sehr niedrige Auflage und Medien aus anderen Teilen Bosniens waren nicht zu erhalten. Wie auch in „Herceg-Bosna“ sind in der „Republika Srpska“ jedoch die Medien des „Mutterlandes“ zu erhalten. Die meisten Radiosender und lokale Zeitschriften besitzen keine oder kaum Freiheit der Berichterstattung. Selbst die beiden wichtigsten privaten Radiosender (Radio Big und Radio Krajina) folgen der nationalistischen Linie der SDS und gehören oftmals Personen, die der Partei nahe stehen.<sup>254</sup>

Die Nachrichtenagentur SRNA kontrolliert weitgehend die Berichterstattung. Der Inhalt der Berichte wird vom Internationalen Helsinki Komitee als „hate speech“ bezeichnet. „Hate speech“ wird hierbei folgendermaßen definiert: „...the advocacy of hatred and intolerance towards an individual or group on the basis of race, religion, nationality, ethnic origin, and sex or gender.“<sup>255</sup> Ein Beispiel für die Berichterstattung ist folgende Meldungen vom 22. April 1996, die gleichermaßen Muslime und Kroaten als Verschwörer gegen Serbien darstellt:

„...[T]he former Muslim prime minister, Haris Silajdzic is openly announcing a new war, warned Miroslav Jevtic, the well-known publicist. He thinks that such a statement only confirms Serb fears that the Muslims in this illusory peace are rapidly arming themselves, „preparing to realize their dream of unitary B-H, through military“...

The Croat policy is anti-European and is directed at the destabilisation of Europe, and the contribution of the Croats to today's developments in Europe is catastrophic, warn French media. „It is impossible that the Croats acted as Germany ordered them. Croatia has always presented itself as a good, obedient learner, but in Croats there has always been a syndrome of surpassing their masters“, warn French media. „It is very well known that during the WWII, the Germans themselves, were horrified by Croat atrocities. The Croats surpassed their masters in this war, too.“<sup>256</sup>

Bei der Berichterstattung von SRNA fällt auf, daß Berichte über den Islam eine große Rolle einnehmen. Inhaltlich fehlt zwar oft der Bezug auf Bosnien, er wird jedoch in der Meldung hergestellt um eine Bedrohung der Serben durch den Islam zu untermauern.

---

<sup>253</sup> Radovan Karadžić, Work with a Smile on Your Face, in: *Bosnia Report*, July-October 1996, Nr. 16, 9.

<sup>254</sup> International Helsinki Federation of Human Rights (Hg.) *Annual Report 1996* (Wien 1996) 51. Ein Radiosender in Pale gehört zum Beispiel der Tochter von Radovan Karadžić.

<sup>255</sup> Ebd., 5.

<sup>256</sup> SRNA, 22.4.1996, zitiert nach: [http://www.suc.org/news/srna/previous\\_english/april96/apr\\_22,\\_1996\\_-\\_daily.html](http://www.suc.org/news/srna/previous_english/april96/apr_22,_1996_-_daily.html).

Die Berichte bemühen sich auch der „Republika Srpska“ eine scheinbar möglichst große internationale Unterstützung zukommen zu lassen und nicht genannte westeuropäische oder amerikanische Berichte zu zitieren, um die andere Seite (s. Meldung 2 „Paris“) zu diskreditieren.

Trotz der formal existierenden Föderation zwischen Kroaten und Muslimen ist die Medienlandschaft zwischen der „Republik Herceg-Bosna“ und den Gebieten der Muslime gespalten. In den kroatisch dominierten Gebieten gibt es kaum eigene Medien, die meiste Berichterstattung stammt aus Kroatien. Mit dem Föderationsabkommen Anfang 1994 nahm die negative Berichterstattung über die Muslime ab. Das wichtigste Organ der HDZ in „Herceg-Bosna“ ist die Nachrichtenagentur HABENA. Während die kroatischen Medien in „Herceg-Bosna“ dominieren, waren Medien aus anderen Teilen Bosniens kaum zu erhalten. Neben dem kroatischen Fernsehen ließ sich in „Herceg-Bosna“ nur der Sender RTV Mostar empfangen, der in der Hand extremer Nationalisten ist. Die kroatische Medienberichterstattung erweckt den Eindruck, daß „Herceg-Bosna“ Teil Kroatien sei.

Die größte Vielfalt besteht im Einflußbereich der Regierung. Die einzige Fernsehstation, die das gesamte Gebiet erreicht, ist RTVBiH. Der Sender steht unter Regierungskontrolle, es gibt jedoch eine Reihe lokaler Fernseh- und Radiosender, die unabhängige Berichterstattung bieten. Im Teil Bosniens unter Regierungskontrolle bestehen drei Nachrichtenagenturen. Die regierungsnahe Agentur BH Press, die unabhängige ONSA, die von Oslobodjenje geschaffen wurde und MINA, eine muslimisch orientierte Nachrichtenagentur.

In den Medien in diesem Teil Bosniens ist jedoch auch „hate speech“ weit verbreitet. Insbesondere Radiosender wie *Ljiljan*, *Zamaj od Bosne* und *Radio Havat* beschuldigen Serben der kollektiv, treten für eine Islamisierung des Staates ein und rufen zur Gewalt gegen Serben und muslimische „Verräter“ auf. Die große Tageszeitung *Dnevni Avaz* steht der SDA nahe. *Oslobodjenje*, die bekannteste Zeitung hat noch keine klaren Eigentumsverhältnisse und übt dementsprechend nur moderate Kritik an der Regierung. Die dritte bedeutende Zeitung ist *Ljiljan*, die eine muslimische Linie verfolgt und oft von Intoleranz gegenüber Kroaten und Serben geprägt ist. Der Chefredakteur Dzemaludin Latić war gemeinsam mit Alija Izetbegović Anfang der achtziger Jahre im Gefängnis in Folge der Prozesse gegen islamische Aktivisten. *Ljiljan* bekämpft auch die unabhängige Presse,<sup>257</sup> so beschuldigt es in folgendem Auszug aus einem Artikel die unabhängigen Medien Bosniens und Kroatiens pro-serbisch zu sein: „His Belgrade's magazine Vreme, Sarajevo's Slobodna Bosna, Split's Feral Tribune, Ljubljana's (Sarajevo's) Svijet, Zagreb's Arkzin - are the newspapers with more or less standardized pro-Serbian concept... However on Pejic's radio [Radio Slobodna Europa] Omer Karabeg, only member of editorial office who according to his name and surname is a Bosnian, speaks with such a heavy Serbian accent...on which even...the staff correspondent from Belgrade, could envy him.“<sup>258</sup>

Eine der wenigen unabhängigen Medien in Bosnien ist Radio „Studio 99“. Dieser Sender entstand 1991 und bemühte sich um eine ausgewogene Berichterstattung. Da

---

<sup>257</sup> International Helsinki Federation of Human Rights (Hg.) Annual Report 1996, 50 f.

<sup>258</sup> Fahrudin Djapo, Soros's War Orphans, in: *Ljiljan*, 28.2.1996, zitiert nach: <http://www.cdsp. neu.edu/info/students/marko/ljiljan2.html>.

jede kritische Darstellungsweise eine Bedrohung nicht nur für die SDS oder die HDZ, sondern auch die SDA darstellt, wurde der Sendebetrieb von „Studio 99“ oft gestört.<sup>259</sup>

Die Medien erlangten ihre größte Bedeutung wohl vor Beginn der Krieges, als sie die Bevölkerung auf diesen durch Haßparolen vorbereiteten. Später lässt sich die nationalistische Stimmung nur noch sehr schwer durchbrechen, ohne als Verräter zu gelten. Dem Grad der Fehlinformationen entsprechend, klingt die Wahrheit oftmals wie eine Lüge. Durch den teilweise vorgespielten Pluralismus der Medien wirkt die Fehlinformation und Propaganda um so mehr.<sup>260</sup> In diesem Zusammenhang betonte Tadeusz Mazowiecki, der Berichterstatter für die UNO Menschenrechtskommission in Bosnien, daß den Medien eine besondere Bedeutung zukommt: „Die lokale Presse hat in diesem Konflikt eine sehr negative Rolle gespielt. Die internationale Gemeinschaft sollte die Ermöglichung der Presse- und Meinungsfreiheit aufs äußerste unterstützen.“<sup>261</sup>

### 3.5.2. Libanon

#### *Die zersplitterte Zeitungslandschaft*

Wie bereits im historischen Abriß erwähnt, besaß der Libanon die freieste Medienlandschaft des Nahen Ostens. Bereits in der Verfassung von 1926 ist die Pressefreiheit (Art. 16) verankert. Seit der Unabhängigkeit und bis heute gab es immer wieder Bemühungen der Regierung, eine Kontrolle über die enorme Vielfalt der Veröffentlichungen zu bekommen. 1970 erschienen 45 verschiedene Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 400.000, wovon täglich 300.000 verkauft wurden. Dies entspricht einer Zahl von 12 gedruckten Zeitungen für 100 Einwohner. Die Zahl war nicht nur die höchste des arabischen Raumes (Ägypten 2/100), sondern lag vor Ausbruch des Bürgerkrieges über der Verbreitung von Tageszeitungen in Jugoslawien (7,6/100).<sup>262</sup>

Die Medien spielten eine große Rolle bei der Vermittlung von Informationen zwischen der politischen Elite und der Bevölkerung. Da andere Vermittlungsstrukturen (Parteimitgliedschaft, öffentliche Schulen) im Libanon nicht oder nur teilweise bestehen, nehmen die Medien eine größere Rolle in diesem Bereich an, als dies in den meisten anderen Ländern üblich ist.<sup>263</sup>

Trotz der formalen Unabhängigkeit standen die meisten Zeitungen entweder einer Partei oder einem anderen arabischen Land nahe, so daß eine wirkliche unabhängige Presse

---

<sup>259</sup> Adil Kulenović, «Wir wollen keine Mauern», Das unabhängige «Radio Studio 99» in Sarajevo, in: Johannes Vollmer (Hg.) «Daß wir in Bosnien zur Welt gehören»: für ein multikulturelles Zusammenleben (Solothurn/Düsseldorf 1995) 64-66.

<sup>260</sup> zur Rolle des Fernsehens bei der Bosnienberichterstattung (im ehemaligen Jugoslawien und in Westeuropa) s. James Gow, Richard Paterson, Alison Preston (Hg.) *Bosnia by Television* (London 1996).

<sup>261</sup> veröffentlicht in „Ein Frieden in Bosnien braucht eine *civil society*“, Interview des Autors mit Tadeusz Mazowiecki, in: *Das Haus La Maison The House*, November 1994, 7 f.

<sup>262</sup> Die hohe Zahl für den Libanon ist jedoch täuschend. Kleinere Länder tendieren bei solchen Vergleichen überrepräsentiert zu werden. Weiterhin diente der Libanon als Verlagsort für Zeitungen, die im gesamten arabischen Raum gelesen wurden.

<sup>263</sup> Anis Moussalem, *La Presse Libanaise. Expression du Liban politique et confessionnel et forum des pays arabes* (Paris 1977) 20 f., 25.

kaum bestand. Die größte Zeitung war *An Nahar*, die pro-westlich ausgerichtet war. Das wichtigste Blatt Ägyptens bzw. der Nasseristen war *Al Anwar*. Neben arabischen Zeitungen gab es einige fremdsprachige Zeitungen. Die französischen Tageszeitungen (z.B. *L'Orient-Le Jour*) wurde in erster Linie von der maronitischen Oberschicht gelesen.<sup>264</sup>

Die Zersplitterung der Medienlandschaft wirkte sich auf die Berichterstattung aus. So gab es keine national (libanesisch) ausgerichtete Zeitung. Die Zeitungen waren stets ein Spiegelbild der Konfession, die sie vertraten oder des Landes, das sie finanzierte. Wie aus der sozialen und wirtschaftlichen Beschreibung des Libanon deutlich geworden ist, waren die Konfessionen nicht einheitliche Blöcke, sondern waren intern von Brüchen und sozialen Hierarchien geprägt. Dementsprechend repräsentieren die meisten Medien nicht einmal die gesamte konfessionelle Gruppe, sondern lediglich deren Elite, die die Zeitung finanzierte. Anis Moussallem vergleicht die Medienlandschaft des Libanon (wie auch das politische System) mit dem Frankreich des 19. Jahrhunderts. In beiden Ländern ist die Presse und das politische System durch das Großbürgertum monopolisiert. Somit war der Pluralismus der Medien nur scheinbar, da eine gesellschaftliche Schicht durch ihre wirtschaftliche und politische Macht die Berichterstattung kontrollierte.

Die Medien untermauerten somit die fehlende nationale Integration des Staates. Zugleich ermöglichte die Vielseitigkeit des Landes und der religiöse Pluralismus eine freie Medienlandschaft. Da die Demokratie im Libanon auf dem konfessionellen Pluralismus beruht, hätte die Medienlandschaft des Landes kaum Bestand, gäbe es im Libanon nur eine größere Konfession. Die meisten Zeitungen waren, trotz ihrer konfessionellen Verankerung keine religiösen Zeitungen. Anders als in Bosnien bzw. Jugoslawien flossen religiöse Standpunkte direkt in die größeren Tageszeitungen ein und bedurften wohl deshalb keiner spezifischen Medien.<sup>265</sup>

Name	Auflage (9/72)	Orientierung
An-Nahar (Der Tag)	(9/75) 70.000	christlich / unabhängig
Al-Anwar (Die Lichter)	(9/75) 60.000	christlich / unabhängig, Ägypten
Al-Mouharrer (Der Redakteur)	40.000	muslimisch / Ägypten
L'Orient-Le Jour / französisch	(9/75) 20.000	christlich / unabhängig
Lissane Al-Hal (Der Wortführer)	12.000	christlich / unabhängig
Al-Bayrak (Die Standarte)	8.500	christlich / unabhängig
Al-Jarida (Die Zeitung)	8.500	christlich / unabhängig
Al-Hayat (Das Leben)	(9/74) 8.000	muslimisch / Saudi-Arabien
Al-Amal (Die Aktion)	8.000	christlich / Kata'ib
Le Soir / französisch	8.000	christlich, armenisch / unabhängig
As-Safa (Die Klarheit) / französisch	7.000	christlich / unabhängig
The Daily Star / englisch	(9/75) 7.000	muslimisch / unabhängig

<sup>264</sup> Henk Prakke, Winfried Blerg, Michael Schmolke, Handbuch der Weltpresse, Bd. 1: Die Presseysteme der Welt (Köln/Opladen 1970) 328 f.

<sup>265</sup> Moussallem, La Presse Libanaise, 24, 26, 49 f., 83.

Beyrouth Al-Massa (Beirut - Abend)	4.000-6.500	muslimisch / progressiv (später Libyen)
Nida‘ al-Watan (Der Ruf des Vaterlandes)	4.000	christlich / maronitische Kirche
Al-Yaoum (Heute)	3.000-5.000	muslimisch / Ägypten
Al-Bina (Das Bauwerk)	3.000	christlich / PPS, großsyrisch
An-Nida‘ (Der Aufruf)	3.000	libanesisch / Kommunistische Partei
Al-Joumhuriat (Die Republik)	3.000	christlich / Nationale Block
Saout Al-Oourouba (Stimme des Arabismus)	2.500	muslimisch / Najjada Partei
Ach-Chaab (Das Volk)	2.500	muslimisch / Ägypten
Beyrouth	2.000-3.000	christlich / Baath
Al-Kifah al-Arabi (Der arabische Kampf)	2.000	muslimisch / Libyen
Ach-Chams (Die Sonne)	1.500-2.000	christlich / Saudi-Arabien

Tabelle 5: Die wichtigsten Tageszeitungen in der 1. Hälfte der siebziger Jahre<sup>266</sup>

Insgesamt ist eine Vorherrschaft christlicher Zeitungen zu beobachten. Aus Tabelle 5 wird deutlich, daß die größten christlichen Zeitungen eine Gesamtauflage von etwa 210.000 Exemplaren haben, während die muslimischen Tageszeitungen lediglich eine Auflage von ca. 70.000 Stück besitzen. Nur 3.000 Exemplare der kommunistischen Parteizeitung *An-Nida‘* wenden sich an die gesamte Bevölkerung. Da der Analphabetismus bei Christen und Muslimen auf einem ähnlichen Niveau Anfang der siebziger Jahre lag, kann darin kein Grund für die hohe Differenz gesehen werden. Vielmehr kann die christliche Vorherrschaft in der Geschäftswelt, die die Zeitungen finanziert, die drei Mal höhere Auflage christlich-dominierter Zeitungen erklären.

Bei der Zeitungsberichterstattung standen im Libanon fünf Themen im Mittelpunkt. An ihnen lassen sich die Position der jeweiligen Zeitungen verdeutlichen. Einige von diesen Grundthemen bilden eine Trennungslinie zwischen pan-arabischen, linken und muslimischen Zeitungen auf der einen Seite und christlich-maronitischen, pro-westlichen Publikationen auf der anderen Seite. Lediglich zwei Themen werden von allen Zeitungen gleichermaßen vertreten, jedoch mit unterschiedlicher Stärke. Der Unterschied liegen jedoch im Schwerpunkt und der Bedeutung des Themas im Gesamtkonzept.

1. Die meisten muslimischen Zeitungen, die Organe der syrischen oder der irakischen Baath-Partei, sowie Zeitungen mit Verbindungen zu Ägypten beschrieben die arabische Einheit als Ziel aller Araber. Die christlichen, armenischen und französischsprachigen Zeitungen, insbesondere *Al-Amal*, unterstrichen hingegen die Unabhängigkeit und Souveränität des Libanon.
2. Die linken Zeitungen, in erster Linie die kommunistische Parteizeitung *An-Nida‘* unterstützte eine Freundschaft mit der Sowjetunion und lehnte den amerikanischen Imperialismus ab. Die christliche und rechtsgerichtete Presse (*Al-Amal*, *Nida‘ al-Watan*,

<sup>266</sup> Die Auflagenhöhe basiert auf dem täglichen Durchschnitt von September 1972, oder des Monats in Klammern hinter der Auflage. Ebd., 85-90, 98-100, 160-162, 201-241.

*Ach-Chams, Al-Hayat, Le Soir*) analysierten den sowjetischen Imperialismus und betonten die enge Bindung an Frankreich und den Westen insgesamt.

3. Die letztgenannte Gruppe von Tageszeitungen gehören zu den Verteidigern der Status-Quo im Libanon und betonen das demokratische System des Landes und die freie Marktwirtschaft. Großteils verteidigen sie auch Saudi-Arabien (z.T. als Finanzier der Zeitungen) gegenüber linken und progressiven Publikationen.

4. Alle Zeitungen setzten sich für eine Befreiung Palästinas ein, wobei die panarabischen Zeitung dieses zu einem ihrer zentralen Themen machen, während die meisten christlich dominierten Blätter sich weniger stark hierfür engagieren.

5. Schließlich sprachen sich vor Ausbruch des Bürgerkrieges alle Zeitungen für die Erhaltung einer nationalen Einheit aus. Insbesondere in Krisenzeiten rufen die wichtigsten Zeitungen zu einer christlich-muslimischen Kooperation auf. Diese Gemeinsamkeit aller Zeitungen ist jedoch trügerisch, da die Art der Zusammenarbeit sehr unterschiedlich gesehen wird. Zugleich besteht hier ein Unterschied zu Bosnien, wo sich vor Kriegsausbruch viele Medien eindeutig gegen eine Kooperation der drei Nationen ausgesprochen haben.<sup>267</sup>

Insgesamt verfolgen die meisten christlichen Zeitungen einen konservativen bzw. reaktionären Kurs, während die meisten muslimischen Zeitungen von einer progressiven, linken und meist panarabischen Linie geprägt sind. Diese Orientierungen erklären die ungewöhnliche Allianz zwischen christlichen Medien und den islamisch konservativen Regimen (Saudi-Arabien, Kuwait und Jordanien). Trotz ihres religiösen Staatswesens sahen sie die christlich-konservativen Medien (und Parteien) als natürliche Verbündete gegenüber der Bedrohung durch die säkulare, panarabische Bewegung, die in erster Linie von Ägypten ausging. Diese Allianz wandelte sich im Lauf des Bürgerkrieges, nicht zuletzt aufgrund der islamischen Revolution im Iran und dem Erscheinen eines revolutionären Islamismus, der die konservativen Herrscher von einer anderen Seite bedrohte.

#### *Radio und Fernsehen unter staatlicher Kontrolle*

Anders als in Bosnien spielte das Fernsehen und das Radio vor Ausbruch des Bürgerkrieges keine bedeutsame politische Rolle. Das Anwachsen der Zahl der Fernsehbesitzer ist jedoch beeindruckend. 1959 gab es nur 6.000 Fernseher im Land. 1963 stieg die Zahl auf 90.000, 1965 auf 150.000. 1971 besaßen 320.000 Haushalte einen Fernseher. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 4,3 bis 4,6 Personen entspricht dies einer Zahl von 1,2 bis 1,8 Millionen Libanesen, die durch das Fernsehen erreicht wurden. Somit hatte ca. die Hälfte der Bevölkerung am Anfang der siebziger Jahre Zugang zur Fernsehberichterstattung. Die Zahl der Radiogeräte lag 1965 bei nur 275.000. Der einzige Radiosender unterstand dem Informationsministerium, während die beiden Fernsehkanäle in privater Hand waren.<sup>268</sup>

Das *Radio Levant* (später *Radio Liban*), das von Frankreich 1939 gegründet wurde, behauptete sich nach der Unabhängigkeit als staatlicher Monopolsender. Die Bruchlinie

---

<sup>267</sup> Ebd., 143-146.

<sup>268</sup> Prakke, Blerg, Schmolke, Handbuch der Weltpresse, Bd. 1, 328 f.; Moussallem, La Presse Libanaise, 288.

zwischen den Konfessionen reflektierte sich vor dem Bürgerkrieg nicht im Radio. Die beiden Fernsehsender, *Compagnie Libanaise de Télévision*, CLT (seit 1959) und *Télévision du Liban et du Proche-Orient* (seit 1962), wurden zwar privat geführt, unterstanden jedoch der Zensur des Informationsministeriums. Fernsehen und Radio schlossen die Oppositionsparteien aus ihrer Berichterstattung aus und stärkten de facto die traditionelle politische Elite. Zugleich bemühten sie sich um die Förderung einer libanesischen Identität. Der fehlende Pluralismus der Berichterstattung verhinderte jedoch eine wirklich gesamt-libanesische Linie. Im Gegensatz zu den Zeitungen, in denen die innenpolitische Berichterstattung überwog, konzentrierte sich das Fernsehprogramm auf Unterhaltung, wodurch der politische Einfluß dieses Mediums reduziert wurde.<sup>269</sup>

### *Medien während des Bürgerkrieges*

Nach der ersten Phase des Bürgerkrieges versuchte die libanische Regierung unter syrischem Druck die Pressefreiheit einzuschränken. Die Einführung der Zensur traf überwiegend anti-syrische Publikationen, wie z.B. *Ad-Destour*, eine pro-irakische Wochenzeitung. Syrien hatte zwei Gründe für diese Maßnahme. Erstens sollte hierdurch der Einfluß auf den Libanon gefestigt werden. Zweitens befürchtete Assad eine Beeinflussung der 30.000 syrischen Soldaten im Land durch anti-syrische Medien. Als Ergebnis der Zensur zogen viele größere Zeitungen nach Europa oder, etwas seltener, in andere arabische Länder, um. Das Engagement arabischer Länder im libanesischen Pressewesen reduzierte sich somit drastisch und zerstörte Libanon als Forum arabischer Politik. Der Herausgeber *Ad-Destour*, Ali Ballout, beschreibt die Pressefreiheit als das libanische Öl: „Lebanon equals liberty and vice versa. Some Arab countries produce oil, others factories; in Lebanon it was press freedom. Our oil was our freedom.“<sup>270</sup>

Partei / Politiker / Miliz	Zeitung	Fernsehen und Radio
Forces Libanaises (Kata'ib)	Al-Amal	Lebanese Broadcasting Corporation (LBC)
Wächter der Zedern	Al-Lubnan	
National-Liberale Partei	Al-Ahrar	
Michel Aoun (& Anhänger)	Nida Al-Watan	International Communications Network
Hizbollah	Ash-Shiraa	Al-Manar
Rafik Hariri		Future TV, Télè Liban
Sozial-Nationalistische Syrische Partei	Al-Bina	Kilikya
Kommunistische Partei	An-Nida‘	New Television (NTV)

Tabelle 6: Wichtigsten parteipolitischen Medien im Libanon während und nach dem Krieg<sup>271</sup>

Mit dem Rückgang syrischen Einflusses auf den Libanon in den frühen achtziger Jahren nahm die Pressefreiheit im Land wieder zu. Trotz dieses erneuten Pluralismus vertraten

<sup>269</sup> Moussallem, La Presse Libanaise, 285-288.

<sup>270</sup> Terence Mirabelli, A muzzled Arab press fights its way out of the censor's tight grip, in: The Middle East, November 1977, Nr. 37, 54-58.

<sup>271</sup> René Chamussy, Chronique d'un guerre, Liban 1975-1977 (Paris 1978); Jahresberichte von Reporters Sans Frontières 1992 bis 1995 (London 1992, 1993, 1994, 1995).

die meisten Veröffentlichungen die Position einer Partei, eines anderen arabischen Landes, der Regierung, einer Konfession oder einer Ideologie. Somit war der Pluralismus nicht mit unabhängigen Medien verbunden. Da die Qualitätszeitungen großteils das Land verlassen hatten, verkamen die meisten Zeitungen und andere Medien zu reinen Sprachrohren der verschiedenen Konfliktparteien. Alle bedeutenden Medien beschworen die libanesische Einheit, trugen durch ihre Parteilichkeit jedoch in Wirklichkeit zu dessen Zerstörung bei.<sup>272</sup>

Der Bürgerkrieg führte zu einer Zersplitterung der Medienlandschaft in eine Vielzahl an Fernseh- und Radiosendern. Insgesamt gab es 1993 noch 42 Fernsehsender und 186 Radiostationen. Die Rolle der Zeitungen reduzierte sich im Krieg, da ihre Verbreitung schwieriger als die des Fernsehens oder Radios wurde. Die Fernsehsender, die während des Krieges entstanden wurden von den Milizen ins Leben gerufen und auch durch deren Aktivitäten finanziert. Somit dienten sie oftmals als direkte Propagandamaschine der Kriegsparteien. Die Propaganda drückt sich jedoch sehr unterschiedlich aus. Während der Sender der Hezbollah in erster Linie religiöse Sendungen ausstrahlte, finden sich bei christlichen Milizen oft reine Unterhaltungsprogramme, die vom Krieg ablenken sollten.

### 3.5.3. Zusammenfassung

Die Medien spiegeln stets eine Gesellschaft und ihr politisches System. Darüber hinaus verstärkten sie gesellschaftliche Entwicklungen. Im Libanon und in Bosnien werden die nationalen und religiösen Bruchlinien bereits vor Ausbruch des Krieges deutlich. Die fragmentierten Medien förderten die Unterschiede und trieben die Bevölkerung zu Gewalt und Haß an.

Weder in Bosnien, noch im Libanon hatten sich in den Jahrzehnten vor dem Krieg unabhängige Medien bilden können. Während sie in Bosnien alle in staatlicher Hand lagen, unterstanden die Zeitungen im Libanon parteipolitischer Kontrolle. Die Medien konnten dementsprechend nicht das politische Geschehen überwachen, sondern waren ein Instrument der politischen Akteure. Ohne die Rolle der Medien wäre der Krieg in beiden Ländern in dem Ausmaß fast undenkbar. Die Struktur der Parteien im Libanon erschwerte eine Kommunikation zwischen Parteiführung und Wählern. In Bosnien wurde die Verständigung zwischen den nationalistischen Parteien und der Bevölkerung durch das Neuentstehen dieser Parteien erst 1989/90 erschwert. Diese Kommunikationslücke wurde von den Medien gefüllt. Während in Bosnien die muslimische Partei die Medien der Republik versuchte zu kontrollieren, konnten die kroatische und die serbische Partei über die Medien in Kroatien bzw. in Serbien ihre Wähler erreichen.

Medien tragen dazu bei, die eigene nationale Identität zu definieren, andere auszugrenzen und Konflikte zu schüren. Bei vielen Konflikten übernehmen die Medien eine antreibende Rolle: „Notions of strategic and tactical uses of communication are far from alien to our understandings of the construction of cultural collectivities and the workings of media. This is no accident, for the media and wider cultural fields are

---

<sup>272</sup> Moussallem, La Presse Libanaise, 307-312.

indeed to be conceived of as *battlefields*, as spaces in which contests for various forms of dominance take place.“<sup>273</sup>

Der Krieg wäre somit weder im Libanon, noch in Bosnien oder die aktive Vorbereitung durch die Medien denkbar gewesen.<sup>274</sup> Propagandistische Berichterstattung kann offensichtlich nicht durch die Abwesenheit staatlicher Einflußnahmen, wie im Libanon, verhindert werden. Vielmehr ist die Beherrschung der Medien durch politische Akteure, gleichgültig, ob diese an der Macht sind oder nur eine kleine Partei repräsentieren, eine Ursache für fehlende Objektivität. Die meisten Medien im Libanon und in Bosnien besaßen keine Glaubwürdigkeit gegenüber allen Konfessionen oder Nationen. So wurden Fernsehsender oder Zeitungen eng mit der jeweils bestimmenden Gruppe identifiziert. Da die wenigsten Medien eine staatliche Identität fördern, wurde der Staat geschwächt und die jeweiligen Gruppen innerhalb beider Staaten gestärkt.<sup>275</sup>

### **3.6. Extreme Faktoren**

Bosnien-Herzegowina und der Libanon sind von Staaten umgeben, die sich in fast allen Phasen des Krieges und bereits zuvor aktiv in die inneren Angelegenheiten beider Staaten eingemischt haben.

Bosnien wurde bereits vor seiner Unabhängigkeit von der großserbischen Politik Slobodan Milošević's beeinflußt, während der Einfluß Kroatiens erst mit Ausbruchs des Krieges einsetzte. Da fast 60 Prozent der bosnischen Bevölkerung der gleichen Nation angehört wie die Staatsnation der beiden Republiken, ist das Interesse Kroatiens und Serbiens offensichtlich. Teils versuchten die beiden Nachbarstaaten direkten Einfluß auf Bosnien zu nehmen. Zugleich mobilisierten Kroatien und Serbien ihre jeweilige Nationalbewegung innerhalb Bosniens und nahmen somit indirekten Einfluß auf die Entwicklungen in Bosnien.

Im Libanon spielte Syrien seit seinem Bestehen eine große Rolle. Der Einfluß Israels wuchs durch den Krieg. Da beide Staaten ihre jeweiligen Partner im Libanon nicht nach nationalen Kriterien, sondern nach strategischen und ideologischen Kriterien wählten, hatten die Bündnisse nicht die gleiche Dauerhaftigkeit wie in Bosnien.

---

<sup>273</sup> Philip Schlesinger, Media, the political order and national identity, in: *Media, Culture and Society*, 1991, Jhrg. 13, 299.

<sup>274</sup> Bereits 1989 beschrieben Beobachter die Beziehungen zwischen den Medien der jugoslawischen Republiken als „Medienkrieg“, s. Melita Šunjić, Der jugoslawische Medienkrieg, in: *Medien Journal*, Nr. 1/1989, Jhrg. 13, 41-45.

<sup>275</sup> Renaud de La Brosse, Introduction, in: Renaud de La Brosse (Hg.) *Les médias de la haine. Reporters sans frontières* (Paris 1995) 9-21.

### 3.6.1. Bosnien-Herzegowina

#### *Serbien*

In den achtziger Jahren kam der serbische Nationalismus und die damit verbundenen Gebietsansprüche an andere Republiken wieder auf. Der serbische Nationalismus erhebt seit seinem Bestehen einen Anspruch auf Bosnien (vgl. Kapitel 2.2.1.). Der jugoslawische Staat entsprach den Forderungen der serbischen Nationalbewegung, da alle Serben in einem Staat vereint wurden.<sup>276</sup> Die starke Dezentralisierung Jugoslawiens und die Stärkung der beiden autonomen Provinzen, Kosovo und Vojvodina durch die Verfassung von 1974 führte jedoch in Serbien zu Kritik an der Staatsform (vgl. Kapitel 3.1.1). Zu Beginn der achtziger Jahre wurde der Wunsch nach einer eigenen Republik unter den Albanern des Kosovo stärker. Als Reaktion darauf verstärkte sich der serbische Nationalismus.

Zuerst lehnte die kommunistische Partei Serbiens den serbischen Nationalismus ab. Nach den Unruhen im Kosovo zwischen Albanern und Sicherheitskräften sah sich Parteiführung jedoch zunehmend gezwungen die nationalistischen Forderungen zu unterstützen. So verurteilte der Vorsitzende des BdKS und spätere Präsident Ivan Stambolić die Verfassung von 1974 als anti-serbisch.<sup>277</sup>

Das zentrale Dokument des neuen serbischen Nationalismus ist das sogenannte „Memorandum“ der serbischen Akademie der Wissenschaften. Teile wurden am 15. und 24. September 1986 in *Večernje novosti* abgedruckt. Zunächst wurde das Dokument von der Akademie als unverbindlicher „Entwurf“ bezeichnet. Die 1993 verabschiedete Fassung unterscheidet sich jedoch nicht wesentlich von der ersten veröffentlichten Fassung.<sup>278</sup> Das Memorandum bildet das ideologische Fundament für die Schaffung eines Großserbiens. Es gehört somit zu den konzeptionellen Grundlagen des Krieges. Der Bund der Kommunisten in Serbien verurteilte zwar noch dieses Memorandum, doch gelang es Slobdan Milošević diese Verurteilung geheim zu halten. Milošević hat sich somit frühzeitig die Möglichkeit offen gehalten, das Memorandum politisch zu nutzen.

Der Aufstieg des serbischen Nationalismus in die Politik ist eng mit der Person des Slobdan Milošević verknüpft. Die Säuberungen innerhalb der Kommunistischen Partei Serbiens in den siebziger Jahren erleichterten Politikern wie Milošević einen schnelleren Aufstieg nach Tito's Tod. 1984 wurde Ivan Stambolić Präsident des Bundes der Kommunisten Serbiens und ernannte Milošević zum Belgrader Parteivorsitzenden. In dieser Zeit tat er sich als durchgreifender Verfechter des Kommunismus hervor und unterdrückte jegliche Opposition. Im Januar 1986 übernahm er die Nachfolge von Ivan Stambolić, der Präsident Serbiens wurde. In seiner neuen Stellung zeigten sich erste offene nationalistische Tendenzen. So unterstützte er die anti-albanische Stimmung unter den Serben, besonders im Kosovo, die seit den albanischen Unruhen von 1981 nicht mehr abgeflauten. Einer möglichen Bedrohung des kommunistischen Systems

---

<sup>276</sup> hierzu s. Alojz Ivanović, Klischees und Feindbilder: Wege und Irrwege des Jugoslawismus, in: Manfred Prisching (Hrsg.) Identität und Nachbarschaft (Studien zu Politik und Verwaltung 53, Wien/Köln/Graz 1994) 137-169.

<sup>277</sup> Ramet, Nationalism and federalism in Yugoslavia, 225-227.

<sup>278</sup> Kosto Mihailović, Vasilije Krestić, Memorandum der serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Stellungnahmen zu Kritiken (Belgrad 1996).

versuchte Milošević dadurch entgegenzukommen, daß er sich mit Hilfe seiner Macht über Medien und Partei an die Spitze dieser Bewegung stellte.<sup>279</sup>

Der Wandel vom Kommunismus zum Nationalismus Milošević's wird in seiner bekannten Rede in Gazi Mestan (Kosovo) zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amsfeld am 28. Juni 1989 deutlich. Er greift auf serbische Mythologie zurück und mobilisiert Autostereotypen. So beschreibt er, daß die Serben stets zerstritten waren. Dies habe 1389 die Niederlage auf dem Amsfeld verursacht. Diese Zerstritten erkennt er erneut im kommunistischen Jugoslawien. Aus seiner Sicht wurden dort den Serben von ihren Politikern Konzessionen aufgezwungen, die für kein Volk der Welt zumutbar gewesen wären. Dabei spielt er auf die Verfassung von 1974 an.

Für Milošević endete diese Phase der Uneinigkeit der Serben 1989 mit der Abschaffung der Autonomie für den Kosovo und die Vojvodina, sowie in Machtübernahme serbienfreundlicher Politiker in Montenegro. Somit hätte Serbien seine historische Größe wiedergefunden und könnte ehrenvoll der Helden von der Schlacht am Amsfeld gedenken. Obwohl er allgemein versöhnliche Töne über das Zusammenleben mit anderen Nationen anschlug, bediente er sich eines militaristischen Vokabulars. Zum Beispiel sprach er vom „Heroismus Serbiens“ und der „Schlacht für den Wohlstand.“ Mit dieser Rede bereitete er die Bevölkerung auf den kommenden Krieg vor. Er hielt sie am 28. Juni 1989, etwa ein Jahr vor den ersten Schüssen in Kroatien und fast auf den Tag genau zwei Jahre vor Beginn der Krieges nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens:

„Aujourd'hui, six siècles plus tard, nous sommes de nouveau plongés dans des batailles, et confrontés à des luttes à venir. Celles-ci ne sont plus armées, quoique de telles ne soient pas encore exclues. Mais de quelque nature qu'elles soient, ces batailles ne sauraient être gagnées sans détermination, courage ni esprit de sacrifice, sans ces vertues qui furent présentes jadis sur le champ de Kosovo...Il y a six siècles, sur le champ de Kosovo, la Serbie a héroïquement défendu sa terre, mais aussi l'Europe. Elle se situait à l'époque sur le rempart qui protégeait la culture et la religion européennes, et la société européenne dans son ensemble.“<sup>280</sup>

Spätestens als Milošević 1994 die Unterstützung für die bosnischen Serben weitgehend einstellte, wurde deutlich, daß er nicht wirklich ein nationalistischer Politiker ist, sondern lediglich den Nationalismus als Vehikel genutzt hat, um seine Macht zu schützen und auszubauen. Nach der Ansicht des ehemaligen Führungsmitgliedes des BdKJ und späteren Dissidenten Milovan Djilas wäre „jeder serbische Machthaber gestürzt worden, hätte er nach Ende der Tito-Ära keine großserbischen Ziele verfolgt.“<sup>281</sup>

In den Jahren 1988-1989 unternahm die serbische KP unter Milošević eine gezielte Kampagne gegen die Parteispitzen und die Regierungen von Montenegro, Kosovo,

---

<sup>279</sup> Alekse Djilas, A Profile of Slobodan Milosevic, Foreign Affairs, Summer 1993, Nr. 3, Jhrg. 72, 81-96.

<sup>280</sup> abgedruckt in: Slobodan Milošević, Les Années Décisives (Lausanne 1990) 310-315. Die Reden (1984-1989) von Milošević wurden in diesem Buch veröffentlicht.

<sup>281</sup> „Das endet in der Katastrophe“, Spiegel-Interview mit Milovan Djilas über die Fehde zwischen den Serben, in: Der Spiegel, 24.5.1993, 143.

Vojvodina und auch Bosnien. Inszenierte Massendemonstrationen (sog. „Meetings“) sollten die jeweiligen Führungen unter Druck setzen und zum Rücktritt zwingen. Diese Strategie ging meist auf, so daß Milošević-treue Politiker 1990 in Montenegro, Kosovo und Vojvodina an die Macht gelangten. In Bosnien wurden die geplanten Proteste gegen die Regierung jedoch bereits im Voraus bekannt und konnten somit von der bosnischen Regierung verhindert werden. Die Beziehungen zwischen beiden Republiken verschlechterten sich in Folge dramatisch und vergrößerten die Distanz zwischen den kommunistischen Parteien in Serbien und Bosnien.<sup>282</sup>

Die Politik der serbischen Staatsführung konzentrierte sich in der Folge auf die Unterstützung der Serbischen Demokratischen Partei in Bosnien und in Kroatien (vgl. Kapitel 3.1.1., 3.2.1). Erst die militärische und wirtschaftliche Unterstützung Serbiens ermöglichte die Entstehung der serbischen Autonomiegebiete in beiden Republiken. Die offizielle Begründung war der Schutz der serbischen Bevölkerung in Kroatien und Bosnien. Im Hintergrund stand jedoch stets die Absicht, einen großserbischen Staat zu errichten.<sup>283</sup>

Noch vor der Unabhängigkeit Bosniens versorgte Serbien Mitglieder der SDS mit Waffen. Einzelheiten über diese Bewaffnung bosnischer Serben, die unter den Namen RAM bekanntgeworden ist, sind bis heute weitgehend ungeklärt. Man weiß lediglich, daß 1990 Serbien Waffen in drei Regionen Bosniens (Krajina, Herzegowina und Romanija) verteilte (vgl. Kapitel 3.1.1.).<sup>284</sup> Diese Unterstützung setzte sich fort, als die „Republika Srpska“ von der SDS in Bosnien ausgerufen wurde. Trotzdem erkannte Serbien die „Republik“ nie offiziell an. Die Beziehungen zwischen Serbien und den bosnischen Serben verliefen nicht reibungslos. Im Gegensatz zu Milošević waren die Politiker der SDS wirkliche Nationalisten. Zudem war in der serbischen Partei die antikommunistische Komponente stark ausgeprägt. Solange Milošević mit der SDS und den nationalistischen Parteien und Milizen im eigenen Land zusammenarbeitete blieben die Beziehungen gut.<sup>285</sup>

Während der Friedensverhandlungen zwischen 1992 und 1994 schien Milošević stets einen moderater Linie als die Vertreter der „Republika Srpska“ zu vertreten. Hierbei handelte es sich jedoch meist um taktischer Manöver, um den Vorwurf zu entkräften, daß Milošević die bosnisch-serbische Armee kontrolliert. Wirkliche Spannungen entstanden im August 1994, als Radovan Karadžić und die politische und militärische Führung der bosnischen Serben erneut einen Friedensplan (den Vorschlag der Kontaktgruppe aus fünf Nationen) ablehnten, der von Serbien unterstützt wurde. Milošević verhängte daraufhin ein Wirtschaftsembargo gegen die Serben in Bosnien.

---

<sup>282</sup> Robert J. Donia, John V.A. Fine, *Bosnia and Hercegovina*, 205 f.

<sup>283</sup> Die Grenzen dieses Staates sollten den Großteil Kroatiens (Slawonien, Dalmatien und die Krajina) und Bosnien umfassen. Der Schluß, daß führende serbische Politiker seit Ende des achtziger Jahre Großserbien anstreben, ist sehr umstritten. Einige Analysen (so Paul Shoup, *The Bosnian Crisis in 1992*, in: Sabrian Petra Ramet, Ljubiša S. Adamovich (Hg.) *Beyond Yugoslavia. Politics, Economic and Culture in a Shattered Community* (Boulder, Col/San Francisco/Oxford 1995) 155-187) urteilen, daß die SDS bis Anfang 1991 noch eine politische Lösung außerhalb Großserbiens akzeptiert hätte.

<sup>284</sup> Misha Glenny, *The Fall of Yugoslavia* (London 1993) 150 f.

<sup>285</sup> Shoup, *The Bosnian Crisis in 1992*, 171 f.

Nur noch humanitäre Hilfe durfte in die selbsternannte Republik geliefert werden.<sup>286</sup> Auch wenn dieser Bruch nicht so vollständig war, wie nach außen dargestellt, wurden die Differenzen unübersehbar. Drei Gründe lassen sich für den Bruch Serbien mit den bosnischen Serben anführen. Dieser Wechsel des serbischen Präsidenten wird oft als Schlag gegen seinen Widersacher Karadžić gesehen. Erstens sah Milošević seine Macht durch den populären Präsidenten der „Republika Srpska“ und seine Verbündeten in Serbien (u.a. Vojislav Šešelj) bedroht. Zweitens bewirkte das Wirtschaftsembargo der UNO gegen Serbien eine wirtschaftliche Krise. Durch den Bruch mit den bosnischen Serben erreichte Milošević eine Lockerung der Sanktionen. Drittens hielt der serbische Präsident die Zugeständnisse an die bosnischen Serben des Friedensplanes für ausreichend. So sagte Milošević bei einer Gedenkfeier zum fünfzigsten Jahrestag der Befreiung Serbiens vom Faschismus 1995, daß die internationale Gemeinschaft durch den Friedensplan die Gebiete und den Kampf der bosnischen Serben anerkennen würde. Er sah daher die Fortführung des Kampfes als eine unnötige Aggression gegen die Staatengemeinschaft.<sup>287</sup> Hierdurch wird deutlich, daß der serbische Präsident das Kriegsziel für erreicht hielt und den Teilungsplan als Kompromiß akzeptierte.<sup>288</sup>

Die serbische Politik gegenüber Bosnien wurde prinzipiell von dem nationalistischen Programm eines Großserbiens geleitet. Da Milošević dieses Ziel weniger aus Überzeugung und vielmehr aus machtpolitischen Interessen verfolgte, wurde die Umsetzung eines Großserbiens nicht weiter verfolgt, als dies die Macht der politischen Führung Serbiens zu gefährden schien.

### *Kroatien*

Der Anspruch Kroatien auf Bosnien-Herzegowina besteht seit dem Entstehen der kroatischen Nationalbewegung. Kroatische Nationalisten haben aus drei Gründen Anspruch auf Bosnien erhoben. Erstens sollten alle Kroaten in einem kroatischen Staat leben, so daß in Folge auch die bosnischen Kroaten einem kroatischen Staat angehören sollten. Weiterhin wird von kroatischen Politikern oftmals die Eigenständigkeit der Muslime verleugnet. So schrieb Franjo Tuđman 1981:

„Though the Orthodox population was in the minority as compared with the ethnically largely identical Catholic and Moslem population, which together comprised a majority of 56 percent (which has now grown to 62 percent) the Serbian side overly stressed the „right of the sword“ since Serbia had entered World War I because of Bosnia and Herzegovina and had been a victor in the conflict.

An objective examination of the numerical composition of the population of Bosnia and Herzegovina cannot ignore that the majority of the Moslems is in its ethnic character and speech incontrovertibly of Croatian origin.“<sup>289</sup>

---

<sup>286</sup> David Owen, Balkan Odyssey (London 1995) 296 f.; Stan Markotich, Belgrade gives formal nod to observers, RFE/RL Daily Report, Nr.176 (Washington 15.9.1994).

<sup>287</sup> Stan Markotich, Milosevic on military campaigns in Bosnia, RFE/RL Daily Reports, Nr. 201 (Washington 21.10.1994).

<sup>288</sup> Laura Silber, Allan Little, The Death of Yugoslavia, 373-383.

<sup>289</sup> Franjo Tuđman, Nationalism in Contemporary Europe (New York 1981) 113 f.

Abgesehen von der sehr eigenwilligen Interpretation, daß Serbien in den 1. Weltkrieg wegen Bosnien „eingetreten“ sei, vertritt Tudjman die Behauptung, daß Kroaten (bzw. die katholische Bevölkerung) und Muslime eine ethnische Einheit darstellen. Drittens werden oftmals historische Begründungen angeführt, um Bosnien für Kroatien beanspruchen zu können.

Diese Forderungen wurden erneut während des „kroatischen Frühling“ 1970/71 artikuliert. Erst im Laufe des Jahres 1989 formierten sich in Kroatien erneut nationale Forderungen, sowohl auf der Seite der kroatischen Bevölkerungsmehrheit, wie auch unter der serbischen Minderheit. Im Sommer 1989 kam es zu Massenveranstaltungen kroatischer Serben, die der Regierung Assimilierung und Genozid am serbischen Volk vorwarfen. Anders als der serbische oder slowenische Nationalismus konnte sich das kroatische Gegenstück nicht vergleichbar ungehindert entfalten. Seit dem zweiten Weltkrieg wurde Kroatien von der kommunistischen Partei stets der Ustaša-Staat vorgeworfen. Medien in Belgrad beschrieben Kroaten als „faschismusgefährdet“ und „ustašaoid“.

Eine 1989 erschienene Bibliographie kroatischer Schriftsteller in Bosnien zwischen den Weltkriegen enthielt auch die Namen von Muslimen. Der darin zum Ausdruck kommende integrale Nationalismus stand im Widerspruch zu der vorherrschenden Meinung unter den Muslimen und wurde von der Islamischen Gemeinde Jugoslawiens verurteilt. Die serbischen Vorverurteilungen scheinen hierdurch bestätigt zu werden.<sup>290</sup>

Am 28. Februar 1989 gründeten der Historiker Franjo Tudjman und andere konservative Kroaten die Kroatische Demokratische Union (HDZ). Innerhalb weniger Monate wurden 180.000 Kroaten Mitglieder dieser konservativen Partei. Das Spektrum der Partei umfaßte gemäßigte Christdemokraten bis hin zu Revisionisten und Rechtsextremen. Letztere erfuhren Stärkung durch die Unterstützung der Partei durch Exilkroaten (oftmals Unterstützer Ustaša-Kroatiens, die nach dem Krieg flüchten mußten). Die HDZ forderte die Souveränität Kroatiens und mobilisierte die Mißstimmung der Bevölkerung gegen die Zentralregierung und zugleich gegen die serbische Minderheit. Ihre Reaktion auf die Positionen Milošević's führte zu serbischen Vorwürfen, daß die Partei den Ustaše nahestünde. Die gegenseitigen Angriffe ließen die Parolen der kroatischen und serbischen Nationalisten wie eine „self-fulfilling prophecy“ erscheinen. Somit entwickelten sich der serbische und kroatische Nationalismus schon früh zu einem Paar, das sich gegenseitig bestätigt. Die HDZ gewann die Wahlen im April 1990 und errang 205 der 356 Sitze im kroatischen Sabor (Parlament).<sup>291</sup>

Die kroatische Regierung verfolgte gegenüber Bosnien eine zweigleisige Politik. Einerseits kooperierte sie mit der bosnischen Zentralregierung, andererseits förderte sie separatistische Tendenzen innerhalb der bosnischen HDZ. Diese rief nach Kriegsausbruch „Herceg-Bosna“ aus, der zweite Para-Staat auf dem Gebiet Bosniens. Sein Entstehen ist eng mit dem Machtbereich der HDZ und den militärischen Einheiten der Partei, der HVO (Kroatischer Verteidigungsrat) verbunden. Bereits 1991 wurde in dem Einflußgebiet der HDZ der jugoslawische Dinar durch den kroatischen Dinar ersetzt. Mit der Ausrufung von „Herceg-Bosna“ im Juli 1992 wurde in diesem Gebiet,

---

<sup>290</sup> Francine Friedman, The Bosnian Muslims, 196.

<sup>291</sup> s. Laura Silber, Allan Little, The Death of Yugoslavia, 87-97; Melita H. Šunjić, Woher der Hass? Kroaten und Slowenen kämpfen um Selbstbestimmung (Wien/München 1992) 79-82.

das hauptsächlich die Herzegowina umfaßt, eine kroatische Verwaltung eingeführt. Weiterhin erhielt das Gebiet ein eigenes Schulsystem, eigene Staatssymbole (mit großer Ähnlichkeit zu den kroatischen Symbolen). Kroatisch wurde als Amtssprache eingeführt. Das Zentrum der „Herceg-Bosna“ war das kroatische Westmostar.<sup>292</sup> Die HDZ und die kroatische Armee in Bosnien bestimmten die Grenzen und kontrollierte die innere Entwicklung. „Herceg-Bosna“ stand in direkter Abhängigkeit zu Kroatien. Die enge Verbindung zwischen der „Herceg-Bosna“ und der kroatischen Regierung wurde militärisch im Krieg deutlich, da die Armee Kroatiens öfters die HVO unterstützte. Politiker der bosnischen HDZ erklärten, daß die Hauptstadt aller Kroaten Zagreb sei, und daß nur eine Vereinigung mit Kroatien die Probleme von „Herceg-Bosna“ lösen könne.<sup>293</sup> Auf politischer Ebene zeigte sich das Ausmaß kroatischer Intervention in Bosnien u.a. im Oktober 1995, als die bosnischen Kroaten zu den kroatischen Parlamentswahlen zugelassen waren und eine wichtige Rolle beim Wahlsieg der HDZ spielten. Für die Stimmen der Auslandskroaten, also überwiegend bosnische Kroaten, waren 10 % der Parlamentssitze reserviert. Von den Auslandskroaten erhielt die HDZ 90 % der Stimmen, während sie insgesamt gerade die Hälfte der Stimmen erhielt (zur Verbindung zwischen HDZ in Kroatien und in Bosnien s. Kapitel 3.2.1).<sup>294</sup> Der internationale Druck auf Kroatien führte jedoch im März 1994 zu einer muslimisch-kroatischen Föderation. Diese Föderation soll nach dem von den USA ausgehandeltem Kompromiß eine Konföderation mit Kroatien eingehen können. Trotz der formalen Existenz der Föderation bestand „Herceg-Bosna“ über den Friedensvertrag von Dayton fort.<sup>295</sup>

### 3.6.2. Libanon

#### *Syrien*

Die nie aufgegebenen Ansprüche Syriens auf den Libanon erhielten ab 1970 wieder praktische Bedeutung. Bis zur Machtergreifung durch Hafiz al-Assad war Syrien von hoher interner Instabilität und zahlreichen *Coup d'Etats* geprägt. Verschiedene Flügel der Baath Partei regierten bereits seit 1963. Bis zum Aufstieg von Assad verloren sich die Parteiflügel jedoch in Fraktionenkämpfen. Assad wlich von dem panarabischen Anspruch der Baath ab und konzentrierte sich auf die Kontrolle des syrischen Umlandes (Jordanien, die PLO und Libanon). Die führende Rolle im Staat übernahmen mit Assad die Alawiten, eine Abspaltung der Schiiten. Der Rückhalt von Assad im Militär und die große Loyalität der Elite zu Assad durch die gleiche Religionszugehörigkeit sind zwei wichtige Element der Stabilität der Baath Regierung unter Assad.<sup>296</sup>

---

<sup>292</sup> Laura Silver, Allan Little, The Death of Yugoslavia, 326.

<sup>293</sup> Marie-Janine Calic, Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina, 96 f.

<sup>294</sup> Office of the Sabor (Hg.) Final Official Results of the Voting for the Sabor, 27.10.1995, <http://www.sabor.hr/izbori/rezultat/finrezl.html>.

<sup>295</sup> zur zwiespältigen Bosnien-Politik der HDZ, s. Andrea Christiane Mayr, Die HDZ (Hrvatska Demokratska Zajednica): Eine Analyse der Partei und ihrer Politik im Hintergrund der Entwicklungen in Kroatien seit 1989 (Diplomarbeit Wien 1996) 101-108.

<sup>296</sup> John F. Devlin, Syria, in: Samuel F. Wells, Mark Bruzonsky, Security in the Middle East. Regional Change and Great Power Strategies (Boulder, Col./London 1987) 15 f. Zum Politikstil von Assad s. Thomas Friedman, From Beirut to Jerusalem, 76-104.

Diese Stabilität erlaubte es Syrien, sich zunehmend in die inneren Angelegenheiten des Libanon einzumischen und zu versuchen eine Vormachtstellung im Land zu erlangen. Neben den historischen Ansprüchen spielten vier realpolitische Ziele eine zentrale Rolle:

1. Durchsetzung eines arabischen Führungsanspruchs gegenüber Ägypten,
2. eine Kontrolle der gesamten Nordgrenze Israels,
3. der Schutz des totalitären Regimes in Damaskus vor einer offenen und pluralistischen Gesellschaft in der Nachbarschaft,
4. Wahrung wirtschaftlicher Interessen und
5. die Kontrolle über die PLO.

*Ad 1.* Vor dem arabisch-israelischen Krieg 1973 hielt Ägypten innerhalb der arabischen Welt die Führungsrolle inne. Syrien war weitgehend isoliert und besaß nur wenige arabische Verbündete und eine unsichere Partnerschaft mit der Sowjetunion. Durch die interne Stabilität Syriens und den beginnenden Dialog Ägyptens mit Israel konnte Syrien nach 1973 eine führende Rolle in der arabischen Welt übernehmen. Der Friedensschluß Ägyptens mit Israel stärkte zwar Syrien weiter in der arabischen Welt, doch verlor Syrien dadurch einen mächtigen Frontstaat gegenüber Israel. Syrien konnte alleine kaum einen Krieg erfolgreich gegen Israel führen. Somit verlor es an Druckmitteln gegenüber Israel und den Vereinigten Staaten.<sup>297</sup>

*Ad 2.* Gegenüber Israel hatte der Libanon eine doppelte Bedeutung. Im Fall eines israelischen Angriffs auf Syrien stellt der Libanon einen wunden Punkt dar, da Damaskus nur etwa 30 Kilometer von der libanesischen Grenze entfernt liegt.<sup>298</sup> Neben diesem defensiven Wert des Libanon konnte er zugleich als Boden für einen Kleinkrieg mit Israel genutzt werden, ohne daß Syrien das Risiko unmittelbarer kriegerischer Auseinandersetzungen auf sich nehmen mußte.

*Ad 3.* Die libanesische Medienfreiheit und die relativ ungestörte politische Betätigung vieler Parteien stellte wegen des regen Verkehrs zwischen den beiden Ländern eine direkte Bedrohung für das Regime in Syrien dar. Das offene politische System des Libanons ermöglichte anderen arabischen Staaten eine aktive Präsenz im Lande. Diese besaßen Zeitungen oder nahmen auf Parteien Einfluß. Da Syrien in einem gespannten Verhältnis zu einigen arabischen Staaten (Irak, Ägypten) stand, konnte deren Aktivität im Libanon als Bedrohung gesehen werden. Schließlich herrschte im Libanon ein religiöser Pluralismus, der die Dominanz der Alawiten im syrischen Staat potentiell in Frage stellte.

*Ad 4.* Wegen der Topographie der beiden Länder und wegen der französische Mandatspolitik waren die wirtschaftlichen Interessen beider Länder eng verwoben. Syrien und insbesondere Damaskus war von den libanesischen Häfen abhängig. Zugleich war eine große Zahl syrischer Gastarbeiter im Libanon beschäftigt.<sup>299</sup>

---

<sup>297</sup> Theodor Hanf, Die drei Gesichter des Libanonkrieges, 92.

<sup>298</sup> Die Golan-Höhen befinden sich in etwa gleicher Entfernung, so daß Damaskus zwei Seiten gegenüber verwundbar ist.

<sup>299</sup> Itmar Rabinovich, The Changing Prism: Syrian Policy in Lebanon as a Mirror. An Issue and an Instrument, in: Moshe Ma'oz, Avner Yaniv (Hg.) Syria under Assad (Beckenham 1986) 179 f.

*Ad 5.* Eine Kontrolle des Libanon wurde für Syrien nach 1970 auch deshalb interessant, weil neben der Vorherrschaft über den Staat auch die PLO unter syrische Herrschaft gebracht werden konnte.

Mit Ausbruch des Krieges im Libanon bot sich Syrien die Option einer direkten Intervention. Eine doppelte Bedrohung ging für Assad aus dem Libanon nach den ersten Kriegsmonaten aus. Die sich anbahnende Niederlage der Maroniten ließ die Schaffung eines kleinen Libanon mit christlicher Dominanz wahrscheinlicher werden. Ein solches „Maronitisches Zion“, wahrscheinlich mit Israel verbündet, lag mit Sicherheit nicht im Interesse Syriens. Obwohl sie ideologisch der Opposition näher stand als den maronitischen Milizen, war der Sieg der Libanesischen Nationalbewegung für Assad nicht wünschenswert: „Assad did not wish to be sandwiched between a radical Iraq and a radical Lebanon.“<sup>300</sup>

So kam es zuerst zu einer syrischen Invasion auf Bitten der maronitischen Milizen und einem Waffenstillstand, der die 1. Phase des Krieges beendete. Die engen Verbindungen zwischen einigen radikalen Palästinensergruppen und Syrien sowie die anhaltende Besetzung des Landes führten zu einer zunehmenden Anspannung zwischen Christen und Syrern und schließlich zu Kämpfen der beiden vormaligen Partner. Seit diesem Zeitpunkt kam es zu keiner weiteren Allianz zwischen Maroniten und dem syrischen Regime.<sup>301</sup>

Die israelische Invasion des Südens und syrische Niederlagen gegenüber den Maroniten führten zu einem syrischen Rückzug in das Bekaa-Tal. Als die *Forces Libanaises* 1981 mit Syrien um die Stadt Zahlé kämpften, engagierte sich Israel erstmals offen auf der Seite der Maroniten. Die bis nach Beirut vorangetriebene israelische Invasion im Libanon schwächte den Einfluß Syriens. Erst mit dem israelischen Rückzug 1984 und der Annahme des libanisch-israelischen Friedensvertrages von 1983 durch den libanesischen Präsidenten Amin Gemayel verstärkte sich die syrische Präsenz erneut und gipfelte in der vollständigen Eroberung des Landes 1990 (vgl. Kapitel 2.6.2.).

Neben der PSP und den progressiven Parteien wurden die Amal-Miliz der engste Partner Syriens.<sup>302</sup> Die Zusammenarbeit von Schiiten und der syrischen Regierung hatte sowohl strategische, wie auch religiöse Gründe. Die ideologischen Partner Syriens, die Baath-Partei, wurde in der Frühphase des Krieges so weit geschwächt, daß mit dieser Gruppierung die syrische Hegemonie über das Land nicht hergestellt werden konnte. Mit den maronitischen Milizen und ihren Partnern war wegen der unüberbrückbaren Differenzen der Ziele eine langfristige Kooperation unmöglich. Die linken Gruppen waren aus den obengenannten Gründen wenig attraktiv für Syrien. Auch das Verhältnis zwischen vielen Sunniten und dem Regime Assads war gespannt. Erstens gehört die syrische Führung der islamischen Minderheit der Alawiten an, so daß in Syrien großes Mißtrauen der sunnitischen Mehrheit gegenüber der Regierung herrschte. Zweitens gab es Anfang der achtziger Jahre eine starke islamistische Bewegung in Syrien. Diese Muslimbruderschaft wurde von Syrien 1982 gewaltsam zerschlagen (ca. 20.000 Tote).

---

<sup>300</sup> Ebd., 181.

<sup>301</sup> Lebanon: is a unified political command with Syria in the offering, in: The Middle East, February 1977, Nr. 28, 30-33 und Tewfik Mishlawi, The Fragile Peace, in: The Middle East, March 1978, Nr. 41, 15 f.

<sup>302</sup> Itmar Rabinovich, The Changing Prism, 184-190.

In dieser Zeit gab es auch eine entsprechende Bewegung unter den Sunniten im Libanon (insbesondere in Tripoli), die in klarer Gegnerschaft zu Assad stand. Die einzige größere Konfession, die keine Spannungen mit Syrien hatte, waren die Schiiten, die zudem den Alawiten religiös nahestehen. Der moderate Kurs der Amal hat zudem eine Kooperation begünstigt.

Das Verhältnis zur Hizbollah war sehr viel komplexer. So haben erst die engen syrisch-iranischen Beziehungen das Entstehen der Hizbollah ermöglicht. Zugleich bemühte sich Syrien stets die schiitischen Islamisten und strikter Kontrolle zu halten, damit das sekuläre Regime in Syrien nicht durch religiöse Bewegungen im eigenen Land gefährdet würde.<sup>303</sup>

### *Israel*

Neben Syrien engagierte sich Israel als das zweite Nachbarland im Libanon. Erst mit dem Bürgerkrieg entwickelte sich diese Einflußnahme zu einer militärischen und politischen Einmischung größeren Ausmaßes. Drei mögliche Gründe lassen sich für Israels Intervention angeben:

1. Territoriale Ansprüche,
2. Vertreibung der PLO,
3. Installierung eines freundschaftlichen, christlich dominierten Regimes.

*Ad 1.* Bereits bei der Friedenskonferenz in Paris 1919 forderte eine Delegation der zionistischen Bewegung eine nördliche Grenze Palästinas entlang des Flusses Litani (zwischen Tyrus und Saïda). In der Zwischenkriegszeit erinnerten jüdische Politiker in Palästina an diese Grenze. Sie lag 20 bis 30 Kilometer nördlich der Mandatsgrenze. Die Waffenstillstandslinie 1949 und die heute international anerkannte Grenze entspricht dieser Mandatsgrenze. Bis 1978 gab es trotz gelegentlich geäußerter Ansprüche und insgesamt vier arabisch-israelischer Kriege (ohne nennenswerte libanesische Beteiligung, außer beim Krieg 1948/9) keine Annexionsbemühungen Israels. In den ersten Jahren des Bürgerkrieges bestand jedoch eine informelle Trennlinie zwischen Syrien und Israel, die entlang des Litani verlief.<sup>304</sup> Auch wenn während des Bürgerkrieges gelegentlich vermutet wurde, daß Israel die Annexion der Gebiete plante, spricht die tatsächliche Entwicklung dagegen. Insgesamt konzentrierte sich vor 1978 die israelische Aufmerksamkeit auf die anderen Nachbarländer

*Ad 2.* Nachdem die PLO seit 1970 ihren Hauptsitz nach Beirut verlegte, nahmen die Spannungen in den Beziehungen zwischen Israel und Libanon zu. Einerseits wollte Israel die PLO und ihre Angriffe auf Israel von libanesischem Boden aus verhindern, andererseits trugen die israelischen Bombardierungen des Libanons nach 1968 zur weiteren Destabilisierung des Staates bei. Dies stärkte die PLO, die ihre Souveränität auf libanesischen Boden durch die Schwäche des Staates ausbauen konnte. Israel strebte jedoch bis 1977 keine Invasion im Libanon an und bemühte sich in erster Linie um

---

<sup>303</sup> Asad Abukhalil, Syria and the Shiites: Al-Asad's policy in Lebanon, in: *Third World Quarterly*, April 1990, Nr. 2, Jhrg. 12, 1-20.

<sup>304</sup> Albert Bourgi, Droit du peuple libanais à la souveraineté et à l'intégrité territoriale: le cas du Sud-Liban, in: *Association Internationale des Juristes Démocrates* (Hg.), *Livre Blanc sur l'Agression Israélienne au Liban* (Paris 1983) 27-30.

einen Friedensvertrag mit Ägypten. Die Wahl der Regierung Begin brachte einen Kurswechsel mit sich. Unter ihm sollte Israel eine aggressivere Politik gegenüber dem Libanon anstreben.

*Ad 3.* Die guten Beziehungen Israels zur christlichen Gemeinde und insbesondere den Maroniten geht bereits auf die Zwischenkriegszeit zurück. Ein Großteil der religiösen und politischen Elite stand damals der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina positiv gegenüber. Sie sahen in Israel einen potentiellen Verbündeten gegenüber den panarabischen und panislamischen Kräften. Zudem hofften sowohl maronitische wie auch israelische Politiker, durch eine Staat, der sich auf der Grundlage einer Religion gründet, die eigene Legitimation zu erhöhen. 1946 schloß die *Jewish Agency* mit der Maronitischen Kirche ein Kooperationsabkommen. Aufgrund innenpolitischen Drucks wurde es jedoch im Libanon geheimgehalten und blieb ohne Wirkung.<sup>305</sup>

Erstmals bombardierte Israel 1968 den Flughafen und zerstörte 13 libanesische Flugzeuge als Gegenschlag auf palästinensischen Anschlägen auf Israel. Im selben Jahr kam es zwischen libanesischen und israelischen Truppen zu Kämpfen an der Grenze. Mit Ausbruch des Bürgerkrieges und dem Zerfall der staatlichen Autorität konnte der Libanon weniger als zuvor die PLO von Einsätzen gegen Israel abhalten oder zumindest einzugrenzen. Diese Ereignisse führten im März 1978 zu einer israelischen Invasion des Südlibanons bis zum Fluß Litani. Nach Vertreibung der PLO und palästinensischer Flüchtlinge aus dem Gebiet zog sich Israel auf einen etwa fünf Kilometer breiten Streifen, die sogenannte „Sicherheitszone“, an der Grenze zurück. Zwischen dieser Zone, die von einem pro-israelischen maronitischen Major kontrolliert wurde, und dem restlichen Land entsandte die UNO eine 6.000 Mann starke Friedenstruppe (UNIFIL), die bis heute dort stationiert ist. Haddad erklärte im April 1978 das Gebiet unter seiner Kontrolle zum „freien Libanon“ und entzog sich dem Einfluß der libanesischen Regierung. Parallel zur engen Kooperation zwischen Haddad und Israel förderte Israel die Forces Libanaises und bildete sie aus. Insbesondere zu deren Anführer, Bashir Gemayel, entwickelte Israel enge Beziehungen.

Der Anfang der achtziger Jahre war von Spannungen zwischen Israel und Syrien geprägt. Die PLO erneuerte ihren Einfluß auf den Südlanon und nahm die Angriffe auf Israel wieder auf. Die neue Gewaltspirale zwischen Israel und der PLO führte schließlich zur israelischen Invasion im Libanon im Juni 1982. Die Armee stieß bis Westbeirut vor. Zunächst schienen zumindest das zweite und dritte Ziel Israels im Libanon erreicht zu sein. Die PLO mußte sich aus dem Libanon zurückziehen. Sie fand nur in Tunesien Zuflucht und büßte ihren Einfluß auf die Nachbarländer Israels ein. Zugleich konnte Israel zeitweise das politische System des Libanon beeinflussen und in Verbindung mit den Forces Libanaises eine christlich dominierte Regierung schaffen. Der neue Präsident Amin Gemayel schloß einen Vertrag mit Israel im Mai 1983. Hierin wurde Israel die militärische Kontrolle über den Süden zugestanden und der israelische Rückzug an den Syriens gekoppelt.<sup>306</sup> Wie erwähnt, kündigte Gemayel den Vertrag

---

<sup>305</sup> Itamar Rabinovich, The War for Lebanon, 104 f. Zur Wechselwirkung zwischen Zionismus und Maronitischem Nationalbewußtsein s. Elaine Hagopian, Maronite hegemony to Maronite militancy: the creation and disintegration of Lebanon, in: Third World Quarterly, Nr. 4/1989, Jhrg. 11, 101-117; Georges Corm, Liban: les guerres de l'Europe et de l'Orient, 1840-1992 (Paris 1992) 82-90.

<sup>306</sup> Itamar Rabinovich, The War for Lebanon, 104-108, 111 f., 118-121. Der Vertragstext ist zu finden bei <http://www.hiof.no/almashriq/lebanon/320/327/israel-lebanon.txt>.

jedoch unter syrischem Druck und nach dem Abzug der israelischen Truppen wieder auf. Nach dem Rückzug Israels aus dem Libanon (vgl. Kapitel 2.6.2.) beschränkte sich somit Israels Aktivitäten im Libanon auf die Kontrolle der „Sicherheitszone“ und gelegentliche Luftangriffe auf Stellungen von Palästinensern und der Hizbollah.

### 3.6.3. Zusammenfassung

Übereinstimmend haben die Nachbarländer Bosniens und des Libanon haben eine wichtige Rolle bei dieser Destabilisierung der Länder vor dem Krieg gespielt. Während des Krieges setzte sich diese Einflußnahme in direkte Intervention um. Durch unterschiedliche Allianzen zwischen den Gruppen innerhalb der Staaten mit den Nachbarländern wurden die innerstaatlichen Spaltungen verstärkt. Die militärische Unterstützung der Nachbarländer verschärfte die Kriegsführung. Die Motivation der Intervention ist jedoch unterschiedlich in Bosnien und im Libanon.

In Bosnien bestanden historische Expansionsinteressen Kroatiens und Serbiens. Durch die gleiche Nationszugehörigkeit der jeweiligen Bevölkerung Bosniens wurde diese Expansion begünstigt. Kroatien und Serbien haben, trotz serbischer Besitzansprüche auf Kroatien, lange Zeit geheim und offen die Spaltung Bosniens betrieben. Während das kroatische Kriegsziel in Bosnien zwischen der Annexion der Herzegowina und einer Unterstützung für den Fortbestand Bosniens schwankte, blieb das serbische Ziel unverändert die Annexion ganz Bosniens bzw. eines Großteils der Republik.<sup>307</sup>

Im Libanon verfolgte Israel hingegen keine langfristigen territorialen Interessen. Israel versuchte durch die Intervention im Libanon das eigene Land zu stabilisieren. Obwohl Israel im Libanon einen Verbündeten in Gestalt der Maroniten besaß, wurde die Allianz nie so eng wie jene in Bosnien. Mit Syrien kam es gelegentlich zu informeller Zusammenarbeit. Grundsätzlich blieben aber beide Mächte verfeindet und verfolgten im Libanon gegensätzliche Ziele. Syrien hatte im Unterschied zu Israel durchaus territoriale Interessen. Diese hatten zwar nicht, wie in Bosnien, die offene Annexion zum Ziel, sondern lediglich die Vorherrschaft über das Land. Das Interesse an der Kontrolle über den Libanon entsprang vorrangig nicht nationalen, konfessionellen oder ideologischen Gründen, sondern strategischen und machtpolitischen Motivationen. Dies führte auch zu den häufig wechselnden Allianzen, die stets von gemeinsamen strategischen Interessen geprägt waren.<sup>308</sup>

---

<sup>307</sup> Marie-Janine Calic, Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina, 65-69; Laura Silver, Allan Little, The Death of Yugoslavia, 339-342.

<sup>308</sup> Bernard Reich, Israel, in: Samuel F. Wells, Mark Bruzonsky, Security in the Middle Eastm Regional Change and Great Power Strategies (Boulder, Col./London 1987), 45-60; René Klaff, Konfliktstrukturen und Außenpolitik im Nahen Osten. Das Beispiel Syrien (= Libertas Optima Rerum 11, Berlin 1993) 172-243.